Nr. 21. 30. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Putsch der Jungtürken.

Die folgenschweren Entscheidungen über die Frage, die der Staatsstreich der jungtürkischen Offiziere aufgeworfen hat, werden voraussichtlich erst in den nächsten Tagen erfolgen. Die Mächte werden erst die Antwort der jetzigen Machthaber abwarten, bevor sie sich zu neuen Schritten entschließen. Die Befürchtung besteht allerdings, daß ihnen dazu keine Zeit gelassen wird. Was freilich die Balkanstaaten anlangt, so scheint die englische Regierung auf die Londoner Delegierten einen Druck auszuüben, um sie zum Abwarten zu bewegen. Für die Balkanstaaten läge ja die Versuchung nahe, die durch den Regierungssturz notwendigerweise eingetretene Verwirrung zu benutzen, um einen entscheidenden Schlag zu führen. Nicht minder groß ist die Gefahr, die von türkischer Seite droht. Von dem Ministerium der kriegerischen Offiziere erwarten die, die es eingesetzt haben, die „Rettung des Vaterlandes", die Revanche für die Niederlagen, den Sieg der Armee. Kann das Ministerium diese Hoffnungen unerfüllt lassen, selbst wenn es die Einsicht von der Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung erlangte?

Ob diese Befürchtungen sich erfüllen oder nicht, das hängt wie der schließliche Ausgang überhaupt vor allem davon ab, daß die Einigkeit der Mächte gewahrt, daß jede Separataktion vermieden werde. Die Verantwortung für jede Absonderung ist heute schwerer als je.

Ermordung des früheren Kriegsministers.

Konstantinopel, 24. Januar. Der bisherige Kriegsminister Nazim Pascha wurde getötet.

Die Erschießung Nazim Paschas, die geeignet erscheinen könnte, das ruhige und zielbewußte Vorgehen Enver Beys und Talaat Beys zu diskreditieren, ist zweifellos durch die Schuld der Adjutanten Kiamil Paschas und Nazim Paschas bedingt worden. Enver und Talaat hatten ausdrücklich beschlossen, kein Blut zu vergießen. Als jedoch die Adjutanten Nazim Paschas auf Enver und seine Begleiter aus dem Fenster schossen, wurde das Feuer erwidert, wobei Nazim Pascha fiel. Trotz dieses Zwischenfalles ist die Ordnung jedoch nirgends gestört worden und in der ganzen Stadt herrscht Ruhe. Dieser Kabinettswechsel ist ein Werk der Armee. Sie will unbedingt den Krieg und zieht die Fortsetzung des Feldzugs einem unehrenhaften Frieden vor.

Die Erschießung — ein Irrtum.

Konstantinopel, 24. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Kriegsminister Nazim Pascha soll, wie noch ergänzend gemeldet wird, einem Irrtum zum Opfer gefallen sein. Der Adjutant des Ministers hatte, wie man erzählt, auf Enver Bey gefeuert, um ihn den Eintritt in den Saal, wo der Ministerrat tagte, zu verwehren. Daraufhin gab ein Unbekannter mehrere Schüsse ab, durch die der Minister und sein Adjutant getötet wurden. Der Tod Nazim Paschas wurde in der Nacht durch Mukhtar Bey allen Botschaftern mitgeteilt.

Wie der Regierungssturz geschah.

Frankfurt a. M., 23. Januar. Die „Frankfurter Ztg." meldet aus Konstantinopel: Gegen 3½ Uhr versammelten sich etwa 1500 Personen auf dem Platz vor der Moschee des Sultans Bajazet. Mit roten Fähnchen bewegte sich der Zug, bald lawinenartig anwachsend, zur Hohen Pforte. Hier riefen die Demonstranten: „Wir wollen keinen schändlichen Frieden!" Bald sah man an dem Freiheitsfelsen Enver Bey ankommen. Die Menge machte ihm Platz und Enver Bey begab sich ungehindert direkt ins Kabinet des Großwesirs Kiamil. Enver Bey setzte dem Großwesir den furchtbaren Ernst der Lage und die Ueberreizung des Volkes, dem ein Friedensschluß unter solchen Bedingungen unverständlich sein würde, in kurzen Worten auseinander. Kiamil antwortete sofort, daß er bereit sei, zur Verhütung schwerer Erschütterungen des Landes abzudanken. Er unterzeichnete auch sofort seine Demission und bat Enver Bey, diese dem Sultan zu unterbreiten. Enver Bey fuhr mit dem Schriftstück sogleich im Automobil nach dem Palais von Dolma-Bagdsche. Der Kriegsminister hatte, als er von der Demonstration Kenntnis erhielt, den Hof der Pforte durch ein Bataillon Infanterie besetzen lassen, doch blieb das Militär der Menge gegenüber untätig.

Das frühere Ministerium gefangen.

Konstantinopel, 24. Januar. Das gestürzte Ministerium ist in der Pforte interniert. Die Minister versuchten, telephonisch Truppen und Polizei herbeizuführen, es erschien aber niemand zur Hilfe. Die Wache der Pforte hat den Unionisten keinerlei Widerstand geleistet, obwohl auf die Wachoffiziere mit Revolvern geschossen wurde. Der Direktor der Anatolischen Bahn Herr Huguenin befand sich gerade mit dem ersten Dragoman der deutschen Botschaft Dr. Weber im Beratungszimmer der Pforte, als die Unionisten eindrangen. Der Kriegsminister Nazim Pascha wurde zu Füßen Herrn Huguenins erschossen. Die Minister waren aufs äußerste bestürzt, nur Kiamil blieb eisig kalt und erwartete lächelnd die Eindringenden. Auch der Minister des Aeußern Noradunghian bewahrte seine Haltung. Enver Bey begab sich, nachdem Kiamil seine Demission unterzeichnet hatte, sofort zum Sultan. Nach seiner Rückkehr hielt er von der Pforte aus eine kurze Ansprache an die Menge und teilte mit, daß Mahmud Schewket zum Großwesir und Izzet zum Generalissimus ernannt seien. Sodann begab er sich wieder ins Palais zum Sulton. Vor der Pforte bewegte sich eine Menge von 2000 bis 3000 Personen. In ihrer Mitte wurden fortgesetzt Ansprachen gehalten und Rufe ausgebracht: „Hoch die Freiheit und das Komitee! Nieder mit den Tyrannen!" Der neue Minister des Innern äußerte sich dahin, daß die neue Regierung nicht ohne weiteres den Krieg bedeute; die Türkei wolle aber lieber schnell und mit Ehren untergehen, als langsam sterben.

Der Minister des Innern hat an die Walis folgenden Runderlaß gerichtet: Das Kabinett Kiamil Pascha wollte Adrianopel und die Inseln dem Feinde überlassen und hat deshalb eine Anzahl von Beamten unter dem Schein einer Nationalversammlung zusammenberufen. Die Bevölkerung, die darüber in Aufregung geraten ist, hat eine Kundgebung veranstaltet. Infolgedessen sind die Minister zurückgetreten. Die neue Regierung ist entschlossen, die Ehre des türkischen Volkes zu schützen.

Die Untätigkeit des Militärs.

Konstantinopel, 23. Januar. Während der heutigen Demonstrationen verhielt sich die Wache auf der Pforte, die in den letzten Tagen auf 300 Mann verstärkt wurde, zuschauend, weil das Kommando fehlte. Die Demonstration verursachte auf der Pforte unbeschreibliche Verwirrung. Die Demonstranten schrien fortwährend: „Im Namen Gottes," während andere gegen die Regierung demonstrierten, weil sie Adrianopel preisgebe. Geistliche hielten aufreizende Reden, wobei sie auch viele Verse aus dem Koran zitierten. Insbesondere wurde Kiamil Pascha verunglimpft. **Gegenwärtig ist der Großwesir mit dem ganzen Kabinett auf der Pforte gefangen.** Vor der Pforte steht eine ungefähr 2000 Personen zählende Menge.

Trotz strömenden Regens blieben die Manifestanten bis nach 8 Uhr vor der Pforte, das Erscheinen des Reskripts über die Ernennung des neuen Großwesirs erwartend. Gegen 8½ Uhr hielt Mahmud Schewket von der Freitreppe des Pfortenpalastes aus eine kleine Ansprache an die Menge, in der er sagte, er wisse, daß er die Gewalt unter schwierigen Umständen übernehme; er werde sich bemühen, das Vaterland zu retten. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen, worauf sich die Menge langsam zu zerstreuen begann.

Die Zeitungen „Ikdam" und „Jeni Gazetta" sind verboten worden.

Verwundungen.

Konstantinopel, 24. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Publikum herrscht große Verwirrung. Bei den Unruhen sind etwa 12 Personen verwundet worden. Es werden viele Verhaftungen vorgenommen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden. Starke Patrouillen durchzogen nachts die Straßen. In Stambul sind einige Personen verhaftet worden, unter ihnen der Chefredakteur der Zeitung „Ikdam", Ali Kemal, und der frühere Deputierte von Gümüldschina, Ismail.

Ein Regierungsmanifest.

Konstantinopel, 24. Januar. Die hohe Pforte zu betreten oder zu verlassen, ist jedermann außer den offiziellen Persönlichkeiten strengstens untersagt. Die Volksmenge bereitete dem neuen Großwesir Mahmud Schewket und Oberst Enver Bey jubelnde Ovationen.

Vor der Pforte wurde unter der Bevölkerung ein Manifest verteilt, welches an die Ereignisse seit dem albanesischen Aufstande, die militärischen Operationen im Sommer, die Demission Said Paschas und die Ernennung des Kabinetts Mukhtar erinnert. Das letztere habe durch seinen Fehler, vor den albanesischen Aufständischen zu kapitulieren und auf diese Weise den Appetit der Balkanstaaten zu reizen, welche an die militärische Schwäche der Türkei glaubten, die Bildung des Balkanbundes herbeigeführt. Die Regierung habe, obwohl sie Kenntnis hatte von der Existenz des Balkanbundes, 120 000 Mann entlassen. Das Kabinett Mukhtar habe den seit längerer Zeit vorbereiteten Kriegsplan für den Balkankrieg nicht angewendet und die Kommandos unfähigen Offizieren anvertraut, und auf diese Weise die Niederlagen verursacht. Das Manifest greift auch das Kabinett Kiamil Pascha an, welches trotz der guten Situation der Armee einen Frieden um jeden Preis schließen wolle. Dieses Kabinett habe demissioniert. Die ottomanische Nation werde ihre Rechte auf die europäische Türkei nicht aufgeben und hierfür alle Opfer bringen. Die Ottomanen würden beweisen, daß sie fähig seien, zu leben im Ruhm und in der Weltgeschichte.

Die neue Regierung.

Konstantinopel, 24. Januar. Die Liste des neuen Kabinetts, die nachts dem Sultan vorgelegt wurde, ist folgende: Großwesirat und Krieg Mahmud Schewket, Präsidium des Staatsrats Prinz Said Halim, Inneres Hadji Adil. Interimistisch übernehmen: Aeußeres der frühere Gesandte in Athen Mukhtar, Marine Mahmud Pascha, Justiz der frühere Wali von Konstantinopel Ibrahil, Finanzen der Präsident des Oberrechnungshofes Rifaat, öffentliche Arbeiten Senator Latzaria, Evkaf Hairi, Handel der frühere Minister des Innern Djelal, Post Finanzinspektor Osman, Unterricht der frühere Gouverneur von Magnesia Schukri.

Die Militärliga gegen die Jungtürken?

Konstantinopel, 24. Januar. In Stambul herrscht vollständige Ruhe. Der **Führer der Militärliga,** General **Scherif Pascha,** erklärt, daß die Militärliga stark genug sei, um den **jungtürkischen Putsch niederzuschlagen.** (?) Sollten die Jungtürken Widerstand leisten, so sei ein Einschreiten der Mächte unvermeidlich. Es wird **strenge Depeschenzensur gehandhabt.** Die **neue Regierung** wird das **alte Parlament,** das eben aufgelöst wurde, wieder **einberufen.**

Eine Drohung.

Konstantinopel, 23. Januar. Nach dem „Terdjuman i Hakikat" hat der Kommandant von Adrianopel, Schukri Pascha, heute an das gewesene Kabinett ein Telegramm gerichtet, in dem er sagt, nachdem er erfahren habe, daß Adrianopel den Verbündeten überlassen werden solle, habe er beschlossen, die Bevölkerung zu entfernen und die Kanonen gegen die Stadt zu richten, um diese gänzlich zu zerstören, den äußeren Raum zu durchbrechen und nach Konstantinopel zu kommen. Der Ministerrat besprach eben dieses Telegramm, als der Regierungswechsel eintrat.

Die Haltung der Mächte.

Die Auffassung in England.

London, 24. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Während man hier die durch den Fall Kiamils geschaffene Situation als ernst auffaßt, glaubt man doch nicht, daß der Krieg wieder ausbrechen wird, wenigstens nicht, bevor die Türkei die Note der Mächte beantwortet hat. In mehreren Blättern liest man Befürchtungen, daß Rußland auf eigene Hand eingreifen wird, was dann zu einer allgemeinen europäischen Katastrophe führen könnte. Im allgemeinen ist die Stimmung jedoch weniger pessimistisch. „Daily Chronicle" meint, daß die Revolution in der Türkei einer arrangierten Affäre ähnlich sehe. Wenn Europa genügend einig wäre, würde das Erscheinen von ein paar Kriegsschiffen vor Konstantinopel die Stadt bald beruhigen. Eine ähnliche Auffassung findet sich in den „Times", die die Ansicht äußern, daß der erfahrene Kiamil möglicherweise ohne Bedauern der Kriegspartei Platz gemacht, um sie vor die harte Wirklichkeit zu stellen, in der Hoffnung, daß sich die Jungtürken bald zurückziehen würden. Das Blatt schreibt weiter, Taalat Bey rechne offenbar mit dem Zwiespalt der Mächte, deren Aufgabe es jetzt sei, frühestens die Leerheit derartiger Berechnungen darzutun.

Die Stimmung in Paris.

Paris, 24. Januar. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat die Nachricht von den Konstantinopeler Vorgängen bei allen Regierungen große Bestürzung hervorgerufen. Wie es heißt, wollen die Mächte sofort in neue Verhandlungen eintreten, um die zu ergreifenden Schritte zu beraten. Die französische Regierung hat angesichts der Gefahr, daß die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden könnten, ihre Botschafter angewiesen, bei den anderen Mächten vorstellig zu werden, hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen. Die französische Regierung legt großen Wert darauf, daß die Mächte nicht einzeln Schritte unternehmen, sondern daß ein gemeinsames Vorgehen Platz greift. Die englische Regierung hat bereits nach Paris Nachricht gegeben, daß sie diese Ansicht teile, und man zweifelt auch nicht, daß Rußland in zustimmendem Sinne antworten wird, obgleich die Haltung Rußlands während der letzten Zeit Anlaß zu Befürchtungen gegeben hat. Auch gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß die Dreibundmächte über ihren Standpunkt bald Gewißheit geben werden. In Diplomatenkreisen herrscht eine gewisse Unruhe über die Haltung Oesterreichs.

Eine deutsche offiziöse Stimme.

Köln, 24. Januar. Die „Kölnische Zeitung" schreibt heute im Anschluß an die Ereignisse des gestrigen Tages: Ueber die Aufnahme der gestrigen Ereignisse in Konstantinopel sei betont, daß im gegenwärtigen Augenblick die Hauptsache die Fortsetzung der Bemühungen der Großmächte bleibt. Darum ist gerade jetzt jede Kritik an dem Vorgehen der Großmächte unangebracht. Die Mächte

werden sofort wegen ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen Fühlung nehmen oder haben es bereits getan, aber etwas Bestimmtes als Ergebnis dieser Fühlungnahme läßt sich noch nicht mitteilen. Was die neue türkische Regierung betrifft, so fehlt bisher jede Mitteilung von ihr an die Mächte. Die Mächte müssen natürlich mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß die Antwort der Pforte auf ihre Note unbefriedigend ausfällt und daß es vielleicht nicht gelingen wird, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern.

Die Balkandelegierten über die neue Lage.

Paris, 24. Januar. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" meldet: Der Sturz des Kabinetts Kiamil Pascha hat bei den Vertretern der Balkanverbündeten teils Befriedigung, teils Beunruhigung hervorgerufen. Die Bulgaren hätten erklärt: Jetzt haben wir eine klare Situation vor uns. Anstatt noch länger die Winkelzüge in London erwägen zu müssen, werden wir uns bei Adrianopel und Tschataldscha wiedersehen; anstatt uns Adrianopel von den Großmächten abtreten zu lassen, werden wir es mit den Waffen in der Hand nehmen, und das ist besser für uns. Aehnlich hätten sich die Montenegriner geäußert. Die Serben dagegen hätten gesagt: Das ist eine böse Nachricht. Wir werden offenbar den Krieg von neuem beginnen müssen. Wir hätten gern die neuen Opfer an Menschenleben erspart, aber die Türkei wird jetzt den Frieden noch ein wenig teurer bezahlen müssen.

Eine Warnung.

London, 24. Januar. Die „Times" schreiben: Wir möchten die Verbündeten in ihrem eigenen Interesse und in dem Europas ernstlich vor übereilten Schritten warnen. Wir möchten ihnen raten, abzuwarten und ein Verhalten zu vermeiden, das eine Krisis herbeiführen könnte, welche die Mächte spalten würde.

Die Daily News schreibt: Die Lage ist ernst. Aber wenn die großen Mächte den Zusammenhalt beweisen, den sie in letzter Zeit gezeigt haben, ist das Schlimmste immer noch zu vermeiden, und vielleicht ist es jetzt noch möglich, die Türkei zu überzeugen, daß ein weiterer Widerstand eine verbrecherische Verschwendung von Menschenleben und ohne praktischen Nutzen ist.

Diplomatische Besprechungen.

Konstantinopel, 24. Januar. Die Botschafter der Mächte sind heute vormittag beim Doyen des diplomatischen Korps, Markgrafen Pallavicini, zu einer Besprechung zusammengetreten.

London, 24. Januar. Dr. Danew wird heute nachmittag eine Zusammenkunft mit Sir Edward Grey haben. Darauf werden die Balkandelegierten eine Konferenz abhalten, um über die zu ergreifenden Maßregeln schlüssig zu werden.

Italienische Kriegsschiffe.

Rom, 24. Januar. Die Panzerkreuzer „San Marco" und „Pisa" haben den Befehl erhalten, sich sofort in die türkischen Gewässer zu begeben.

* * *

Mätzchen.

Im „Berliner Tageblatt" entrüstet sich der Chefredakteur über die Haltung des „Vorwärts", der wieder „russischer sei als der Zar" und die „russische Polizei gegen den Ehrgeiz türkischer Offiziere zu Hilfe" riefe. Diese Unterstellung, die Herr Theodor Wolff schon zum zweiten Male verübt, obwohl gerade wir das russische Separatvorgehen als einen Streich asiatischer Tücke gekennzeichnet hatten, ist so unanständig und zugleich so töricht, daß eine sachliche Polemik gegen solche unehrlichen Mätzchen eigentlich überflüssig wäre. Nur um den merkwürdigen Charakter und die noch merkwürdigere Einsicht entschiedenliberaler Auslandspolitik zu beleuchten, seien der Haltung des liberalen Blattes einige wenige Worte gewidmet. Die Haltung der Sozialdemokratie und die Haltung, die der „Vorwärts" seit Beginn der Balkankrise eingenommen hat, ist durch unsere prinzipielle Stellung, wie sie der Baseler Kongreß formuliert hat, gegeben. Die Lösung der orientalischen Frage war ohne kriegerische Verwickelung nur durch die Errichtung einer föderativen Balkanrepublik zu erreichen, wie auch diese die einzige Form einer definitiven Lösung der Schwierigkeiten bilden kann. Nachdem der Krieg ausgebrochen, war es unsere Aufgabe, uns mit aller Kraft gegen die Hineinzerrung anderer Staaten und vor allem Deutschlands zu wenden.

Das „Berliner Tageblatt" hat in der kritischsten Zeit uns deshalb angefallen, uns, weil wir nicht gleich ihm die österreichischen Kriegstreibereien und den Prochaskaschwindel mitmachten, der Begünstigung Rußlands angeklagt. Es wiederholt diesen Blödsinn jetzt, weil wir nicht gewissenlos genug sind, eine Politik zu unterstützen, die den Frieden erst recht gefährden müßte. Herr Wolff verschreibt der deutschen Regierung allerdings ein unfehlbares Rezept. Sie hätte sich an dem Schritt der Mächte in Konstantinopel nicht beteiligen und erklären sollen, „wenn jemand die asiatische Türkei „teilen" möchte, sind wir auch mit dabei". Daß eine solche Politik gegen das übrige Europa den Frieden gesichert hätte, das wird außer Herrn Wolff wohl niemand glauben. Und daß wir Sozialdemokraten die Beteiligung an imperialistischen Raubplänen unterstützen sollen, ist eine Zumutung, deren Naivität selbst einem Feuilletonisten nicht erlaubt ist.

Heute nun steht die Sache mehr als je so, daß jedes Ausspringen einer Macht das selbständige Vorgehen anderer, vor allem Rußlands, fast unabwendbar nach sich ziehen müßte. Und der Rat Herrn Wolffs, Deutschland möge die Politik des gemeinsamen Vorgehens der Mächte verlassen, bedeutet zugleich die sichere Herbeiführung der Wiederaufnahme des Kampfes auf dem Balkan, verbunden mit den gefährlichsten Komplikationen in Kleinasien. Und deshalb hoffen wir, daß Herr Wolff mit seiner anmaßlichen Schulmeisterei in Zukunft ebenso wenig Erfolg haben wird als bisher.

Militärrevolte in — Deutschland!

Endlich sieht sich auch die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." zu der Erklärung genötigt, daß die Gerüchte von der bevorstehenden neuen großen Militärvorlage der Wahrheit entsprechen. Längst seien, so schreibt sie, die maßgebenden Stellen darin einig, „daß eine Reihe von Mehrbedürfnissen unseres Heeres befriedigt werden" müßten. Es ist beabsichtigt, die Vorlage dem Reichstag im Laufe seiner Tagung zugehen zu lassen. Die Vorarbeiten nähmen den regelmäßigen Fortgang. Vor ihrem Abschluß könnten Angaben über ihren Inhalt natürlich nicht gemacht werden.

Es steht also fest, daß nicht nur dem neuen Moloch Luftmilitarismus geopfert werden soll, sondern daß „eine Reihe" von militaristischen Mehrbedürfnissen befriedigt werden soll. Nicht nur der Bau von Zeppelinen, Parsevalen und anderen starren, halbstarren und unstarren bombenwerfenden Luftungetümen soll gefordert, nicht nur zahlreiche Geschwader von Flugmaschinen sollen neu errichtet werden, sondern auch Infanterie, Artillerie und Kavallerie sollen eine Verstärkung erfahren. Ob nicht schließlich auch noch der Wassermilitarismus mit neuen Ansprüchen hervortritt, ist keineswegs sicher — ist doch auch bereits die nachgerade alljährlich fällige Flottenvorlage angekündigt worden!

Das Interessante an diesem sinnlosen Treiben unserer Land-, Wasser- und Luftmilitaristen ist aber, daß die Regierung sich diese Forderungen durch eine Revolte unserer Militärkreise hat abtrotzen lassen! Die Offiziersrevolten sind nicht nur in der Türkei an der Tagesordnung! Brachte doch auch dieser Tage das Scheriblatt, das Organ für amtliche Ablagerungen aller Art, einen Artikel über „die Forderungen der Armee"! Und sowohl die „Rhein.-Westf. Zeitung" wie die „Post" haben bestätigt, daß dieser Artikel, dies Pronunziamiento des Offizierkorps, aus sehr hohen militärischen Kreisen stamme! Mit Recht macht die „Frankf. Zeitung" darauf aufmerksam, daß dieser publizistische Vorstoß der „Armee" eine höchst bedenkliche Erscheinung sei und durchaus in Parallele stehe zu den berüchtigten Ereignissen des Orients!

Daß unser Militarismus sich als Selbstzweck, als beherrschende Macht des Staates fühlt, beweisen ja auch allerhand Meldungen der letzten Zeit. Da haben die bisherigen Leiter unseres Luftmilitarismus ostentativ um ihre Entlassung gebeten, weil „nur" 20 Millionen mehr für den Luftmilitarismus gefordert werden sollen. Aber nach dem Zeugnis der „Post" sollen überhaupt „zwischen den maßgebenden Stellen der Reichsregierung" in den Militärfragen „erbitterte Kämpfe" geführt werden und dort „ein Tohuwabohu herrschen, wie es größer kaum gedacht werden kann". Die Ultramilitaristen und Weltpolitiker um jeden Preis suchen dort eben die Militaristen und Weltpolitiker des alten Schlages völlig niederzuringen, um das Wettrüsten so ins Aschgraue zu treiben, daß eine Weltkatastrophe unvermeidlich ist! Und wie die heutige Meldung der „Nordd. Allg. Ztg." verrät, haben die bis zum Wahnwitz draufgängerischen Ultras den Sieg davongetragen! Zur Bestätigung dieses alle friedliebenden, gesunder Vernunft zugänglich gebliebenen Kreise der Nation aufpeitschenden Faktums wird demnächst dem Reichstag das ganze Bündel neuer Militärforderungen zugehen!

Natürlich wäre diese Revolte der Armee, d. h. des sich als Nebenregierung fühlenden, die Volksvertretung geringschätzig beiseite schiebenden Offizierkorps ganz undenkbar, wenn sich nicht die Kreise des Parlaments, die den abenteuer- und expansionslüsternen Kapitalismus vertreten, eins fühlten mit den konfliktslüsternen Rittern vom Säbel! Nur weil sich die Hoffnung unserer herrschenden Klassen, durch auswärtige Konflikte den inneren Krisen am ehesten Herr werden zu können, völlig deckt mit den Konfliktsgelüsten gewisser Militärkreise, sehen sich die besonneneren Elemente der Regierung zur Kapitulation gezwungen und die Massen des Volkes selbst den wahnsinnigsten Rüstungsforderungen gegenübergestellt! Hat sich doch Herr Bassermann nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau" am Donnerstag in einer in Bromberg gehaltenen Rede dahin geäußert, daß die neue Militärvorlage nicht nur Luftflottenforderungen, sondern auch „eine bessere Ausgestaltung der Artillerie und Kavallerie" bringen müsse. Mit Bezug auf die äußere Politik führte er aus, daß eine deutsche Friedenspolitik in der jetzigen ernsten Zeit eine Politik der Illusionen sei. Die Versicherung unserer Friedensliebe habe in dem Laufe der Jahre geradezu ermüdend gewirkt.

Es ist offenbar dringend an der Zeit, daß die deutschen Volksmassen der von militaristischen und politischen Heißspornen bedrängten Regierung wieder einmal durch eine energische Aktion zu Hilfe kommen!

Das Ministerium Briand.

Paris, 22. Januar. (Eig. Ber.)

Es ist in Frankreich politischer Brauch, daß nach der Präsidentenwahl das Ministerium seine Demission überreicht, aber wieder berufen wird. Diesmal war eine einfache Wiederholung dieser Uebung ausgeschlossen, da zum erstenmal der im Amt stehende Ministerpräsident selbst gewählt worden ist. Immerhin hätte eine solche Situation die bloße Ergänzung des Kabinetts zugelassen. In der Tat hat Briand auch die Existenz einer Ministerkrise bestritten und erklärt, die Regierung sei nur „geköpft" worden — wozu Marcel Sembat in der „Humanité" witzig bemerkt, ein Nachwachsen des Kopfes käme in der Natur bei den Salamandern vor. Indes ist nicht zu verkennen, daß sich das Ministerium am Tage der Versailler Wahl — und im Zusammenhang mit ihr — in Wirklichkeit schon im Zustand der Krise befand. Nicht nur war die Wunde des „Falles Millerand" mit einem bloßen Notverband bedeckt worden, sondern der Austritt des Herrn Pams bedeutete zugleich mit dem Verlust eines ja nicht allzuschwer ersetzbaren Ackerbauministers die Absage der radikalen Mehrheit, die diesen Herrn Pams als Präsidentschaftskandidaten auf den Schild gehoben hatte. Nach der Jubelouverture, womit die neue Aera von der ganzen linksrepublikanischen Presse eingeleitet wurde, mochte man annehmen, die Schläge der letzten Woche würden vergeben und vergessen werden und die angekündigte Beruhigungspolitik Briands würde diesmal die verprügelten Radikalen liebevoll aufheben. Wahrscheinlich hat Briand das auch beabsichtigt, ebenso wie es die radikalen Portefeuillekandidaten erwarteten. Bezeichnend war, daß sich das im „Radikal" veröffentlichte offizielle Communiqué des radikalen Exekutivkomitees, das vor ein paar Wochen Briand mit der Insulte: „Wer auf den Mast klettern will, muß reine Wäsche haben" bedacht hatte, jetzt ganz mäuschenstill verhielt. Indes vollzog sich die Rekonstruktion des Kabinetts unter viel mehr Schwierigkeiten, als man geglaubt hatte. Briand holte sich einen Korb nach dem andern und das Ministerium, das er schließlich zustande brachte, sieht recht geflickt aus. Poincaré hatte ein „großes", ein „nationales" Ministerium im Sinne der Bourgeoisie regiert. Aber die repräsentativen Männer, die Millerand, Delcassé, Bourgeois, sind abgetreten, und die weiter mittun wollen, sind doch mehr Sterne zweiter und dritter Ordnung, Politiker, deren Ungeduld größer ist als die Gewißheit künftiger Unentbehrlichkeit. Die neu Berufenen aber können ebensowenig den Anspruch darauf machen, der Welt als strahlende Spitzen der nationalen Kultur zu imponieren. Herr Barthou ist sicher ein strebsamer Parlamentarier, der die Flecken einer revolutionären Studentenzeit längst als gewandter Schwimmer in meliniſtischen und anderen maßgebenden Gewässern abgewaschen hat. Herr Baudin, der Präsident der Marine-Liga, die von den Stahlindustriellen inspiriert wird, ist den Großkapitalisten ebenso willkommen wie Herr Etienne, der Präsident der Omnibusgesellschaft, der in allen großen Spekulationen der Finanz seine Hand hatte und für dessen in der äthiopischen, den Kongo-, den Uenza- und Marokko-Affären bewährten Eroberergeist der dunkle Erdteil keine Geheimnisse mehr hat; Herr Jonnart, der sich gleichfalls für die Schneider-Kruppsche Kombination in der Uenza interessiert hat, ist als Schwiegersohn des Finanz- und Industriemagnaten Aynard nicht weniger der Sympathie der großkapitalistischen Kreise gewiß. Für sein diplomatisches Talent führt der „Temps" die besondere Wertschätzung ins Feld, die Eduard VII. für ihn hatte — ähnlich wie vor einigen Tagen die Meinung des Zaren zugunsten Millerands. Es scheint zu den Errungenschaften der nationalen Renaissance zu gehören, daß sich die französische Demokratie von ausländischen Potentaten approbieren lassen soll.

Aber alle diese, für den Kreis der großen Profitmacher gewiß sehr schätzenswerten Eigenschaften geben dem Kabinett Briand noch keine bedeutenden Charakterzüge. Das „Journal des Débats" rühmt ihm dafür eine Einheitlichkeit nach, die man insofern nicht bestreiten kann, als wohl keines seiner Mitglieder zum politischen Opfertod das Zeug hat. Aber es wäre sicher verfehlt, anzunehmen, daß Briand irgend ein festes Programm konservativer Politik verfolgen wolle. Er hat sich beeilt, ein Interview richtigzustellen, das ihm den Entschluß unterschob, mit den Gegnern der Poincaréschen Kandidatur keine politische Gemeinschaft pflegen zu wollen. Derlei Nibelungentreue ist seine Sache nicht. Darum aber ist auch die mißtrauische Resolution, worin die Radikalsozialisten ihre Stellung zum neuen Ministerium ausgedrückt haben, keineswegs ein sicheres Vorzeichen für die künftige parlamentarische Situation. Gewiß, wären die Radikalen eine nur einigermaßen konsolidierte Partei, so hätten sie die Kraft, ihren führenden Persönlichkeiten die Anteilnahme an der Regierung zu sichern. So aber kämpft jeder für sich, und schon die Aussicht auf irgend ein Trinkgeld beschwichtigt viele.

Darum ist zu verstehen, daß — den „Rappel" ausgenommen — kein einziges radikales Blatt der neuen Regierung feindlich entgegentritt, obzwar in ihrem Personal der äußersten Linken nur ein bescheidener Platz eingeräumt wird. Der „Radical" gibt genug deutlich zu verstehen, daß die bürgerliche Linke für das Ministerium zu haben sein werde, wenn es die Wahlreform — auf majoritärer Basis zum Abschluß bringen wolle. Aus diesem einen Punkt sind alle Schmerzen des Radikalismus zu kurieren. Von den „neuen Männern" ist der Unterstaatssekretär der Finanzen Herr Bourély, der bisherige Leiter der „Lanterne", ein Führer der Obstruktion gegen den Proporz. Und Herr Barthou müßte sich auch erst in allerneuester Zeit zur Verhältniswahl bekehrt haben. Wird Briand aus seinem Herzen eine Mördergrube machen? Am Ende haben es jetzt auch die gemäßigten Parteien mit der Wahlreform nicht so eilig, nachdem die Wahl in Versailles die Ohnmacht der radikalen Linken gezeigt hat. Und so wäre denn eine allgemeine „Beruhigung" der bürgerlichen Parteien wohl in einem Ausgleich zu finden, worin die Radikalen die rabiate Pfaffenfresserei, für die ja ohnehin keine rechte Stimmung mehr da ist, für eine Verschleppung oder Verpfuschung der Wahlreform hingäben. Daß just Briand, der Urheber des Worts von den „Sümpfen" der Bezirkspolitik, ihr Erhalter werden sollte, wäre nicht die erstaunlichste Wendung in seinem politischen Lebenslauf. Aber daß die Wahl Poincarés, für die gerade im Namen der Wahlreform Propaganda gemacht worden ist, den Proporz umbringen sollte, wäre ein besonderer Schlager in der bürgerlichen Staatsposse.

* * *

Paris, 24. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Erklärung der Regierung wurde nur von der Rechten und dem Zentrum applaudiert. Jaurès appellierte an die Radikalen, den Proporz anzunehmen. Ministerpräsident Briand gab unter steigender Unruhe nur unbestimmte, verwirrte Erklärungen über sein Programm. Seine Aeußerungen über den notwendigen Ausgleich in der Wahlreform verstimmten nur die Proporzanhänger, ohne die Radikalen zu versöhnen. Die von den Sozialisten beantragte einfache Tagesordnung wurde mit 362 gegen 101 Stimmen bei 130 Stimmenthaltungen abgelehnt. Allgemein wird das neue Ministerium für lebensunfähig gehalten. Das von Chéron beantragte Vertrauensvotum wurde angenommen. Briand erlitt nach seiner Rede einen Ohnmachtsanfall, erholte sich jedoch schnell wieder.

Das Programm des Ministeriums.

Paris, 24. Januar. Die heute nachmittag in der Kammer und im Senat verlesene ministerielle Erklärung besagt: Das neue Kabinett wird die allgemeine Politik des vorangegangenen fortsetzen, das eine so allgemeine Zustimmung im Parlament und im Lande gefunden hat. Es wird auf dem Gebiete der inneren Politik die Verständigung aller Republikaner und auf dem der nationalen Interessen eine enge und solidarische Vereinigung aller Franzosen durchführen. Die Regierung wird die Wahlreform ohne Verzug durch das Zusammenwirken aller Republikaner auf der Basis einer angemessenen Vertretung der Minoritäten zu Ende führen. Ebenso erscheint es angebracht, die Einkommensteuer, die Reform des Obersten Kriegsrats und das Kadergesetz für die Kavallerie, das für die nationale Verteidigung unentbehrlich ist, zustande zu bringen. Die Kammer wird den französisch-spanischen Vertrag, welcher die Einführung einer endgültigen Organisation in Marokko möglich macht, unverzüglich zur Prüfung erhalten. Von weiteren dringenden Problemen müssen diejenigen, welche die Laienschule betreffen, ohne Provokation und Härte, aber mit Beharrlichkeit zur Lösung gebracht werden; das Beamtengesetz ist gleichfalls dringend. Die Erklärung betont sodann, daß die sozialen Aufgaben in weitherzigem Sinne gelöst werden müßten.

Die Regierung wird entschlossen dahin streben, den Wohlstand des Landes zu erhöhen, den Kolonialbesitz in den besten Stand zu setzen, den Kredit Frankreichs zum ersten in der Welt zu machen, dem Heere und der Flotte die Mittel zu geben, damit sie jedem Angriff widerstehen und die nationale Ehre mit Stolz wahren können. Das Land selbst gab erst kürzlich erfreuliche Beispiele von Kaltblütigkeit und Würde. Seine Mitarbeit war der Regierung wertvoll bei der Ueberwindung der schwierigen Verwickelungen, aus denen Frankreich ehrenvoll hervorging. Mehr als je ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Probleme der äußeren Politik, die sich besonders im nahen und fernen Osten erheben, gerichtet zu halten. Treue gegen unsere

Verbündeten und unsere Freunde bleibt das unveränderliche Prinzip unserer auswärtigen Politik. Die Erfahrung der letzten Monate zeigte in reichlichem Maße, was die diplomatische Aktion Frankreichs im Dienste des Friedens an moralischem Ansehen und an überzeugender Kraft gewinnt, wenn sie bei Offenheit und Courtoisie gegenüber den anderen Nationen in enger Verbindung und beständiger Uebereinstimmung mit der Diplomatie seiner Freunde und Verbündeten bleibt. Wenn wir uns in unserer Haltung von dieser Linie nicht entfernen, werden wir das geistige und wirtschaftliche Erbe bewahren, und indem wir mit unserem Einfluß die wesentlichen Werkzeuge der nationalen Verteidigung stärken, werden wir der Sache des Friedens dienen.

Die Aufnahme der Erklärung.

Paris, 24. Januar. In der Kammer verlas Briand unter großer Aufmerksamkeit des Hauses die Regierungserklärung. Die die Wahlreform behandelnde Stelle wurde von der Linken mit Lachen und schwachem Beifall begrüßt. Bei der Frage der Laienschule erhob sich keine Kundgebung. Die Erklärung wurde vom Zentrum beifällig aufgenommen. Als Briand die Tribüne verließ, wurde er vom Zentrum und verschiedenen Bänken der Linken mit Beifall begrüßt. Die Kammer trat dann in die Besprechung der eingebrachten Interpellationen ein.

Im Senat verlas Barthou die Regierungserklärung. Die Linke zeigte bei der Stelle über die Wahlreform, besonders über der Vertretung der Minderheiten, leise Unruhe. Das Zentrum begrüßte die Erklärung mit Beifall, die Linke enthielt sich jeder weiteren Kundgebung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar 1913.

Das Kaligesetz.

Aus dem Reichstage, 24. Januar. Nachdem der Reichstag am Freitag die Aussprache über die Reichs-Schulkommission beendet hatte, wendete er sich den Positionen des Etats zu, die sich auf die Ausführung des Kaligesetzes beziehen. Eingesetzt sind für diese Positionen etwas über sechs Millionen Mark. Das Geld wird eingenommen durch eine Abgabe von 60 Pf. auf den Doppelzentner abgesetzten reinen Kalis. Der Betrag wird demnach um so größer, je größer der Absatz von Kali wird. — Nach dem Kaligesetz darf aber das Geld nur zur „Propaganda", d. h. für die Förderung des Kaliabsatzes abgegeben werden.

Das Kalisyndikat will den ganzen Betrag haben, weil es am besten die Propaganda betreiben könne. Selbstverständlich treten für diese Begünstigung der Kalikapitalisten die Konservativen und die Nationalliberalen ein. Unsere Redner, die Genossen Sachse und Dr. Cohn (Nordhausen), wandten sich entschieden dagegen. Sie wollen keine Kalischmiergelder durch die Kasse des Reiches gehen lassen. Das Zentrum möchte die Wünsche der Kalikapitalisten nur zu einem Teile befriedigen. Die Fortschrittliche Volkspartei ist auch nicht grundsätzlich gegen die Ueberweisung der Kaligelder an das Syndikat, wenn die Sicherheit für eine sachgemäße Verwendung der Gelder vorliege.

Unsere Redner wiesen aber darauf hin, daß viel richtiger eine gründliche Aenderung des Kaligesetzes ist. Die Aenderung müsse sich in der Richtung bewegen, die unsere Partei schon bei der Beratung des Gesetzes beantragt hatte: die Kaligruben und ihre Ausbeutung müßten der Gesamtheit vorbehalten sein und ihr auch nutzbar gemacht werden. Die jetzigen Zustände seien unhaltbar. Eine Unmasse von Schächten wird angelegt ohne jede Rücksicht auf das Bedürfnis, einzig und allein, damit die Grubenbesitzer einen größeren Anteil an der Produktionsmenge erhalten.

Der Regierungsvertreter gab zu, daß die Verstaatlichung wünschenswert ist. Leider sei der richtige Zeitpunkt versäumt. Jetzt würde die Uebernahme der Gruben viel Geld erfordern.

Ferner wiesen unsere Redner — an der Hand einer Denkschrift der Reichsverwaltung — auf die Verhältnisse der in den Gruben beschäftigten Arbeiter hin. Die glücklichen Besitzer der guten Werke stecken Riesenprofite ein, die Arbeiter dagegen werden in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet. Genosse Sachse machte daher eingehende Vorschläge zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse. Diese Vorschläge müssen bei der Aenderung des Gesetzes berücksichtigt werden.

Bezeichnend ist es, daß Abg. Speck vom Zentrum schon jetzt den Einwand machte, daß das Gesetz nicht schnell genug fertig werden könnte, wenn alle Wünsche der Arbeiter erfüllt werden sollen. Der Profit der Kapitalisten soll wohl auch hier wieder dem Wohle der Arbeiter vorgehen.

Die Aussprache ist geschlossen. Die Abstimmungen erfolgen erst Sonnabend.

Abgeordnetenhaus.

Die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, mit der sich das Abgeordnetenhaus auch am Freitag noch beschäftigte, verlor sich völlig in Einzelheiten. Erwähnenswert ist die Erklärung des Ministers, daß der Entwurf eines Fischereigesetzes ausgearbeitet ist, dem Landtage aber in dieser Session nicht mehr zugehen wird.

Im übrigen wurde viel über Landesmeliorationen, über Obst- und Gemüsebau und andere landwirtschaftliche Fragen gesprochen, wobei die meisten Redner wohl weniger durch die zur Beratung stehenden Titel, als vielmehr durch die Nähe der Neuwahlen veranlaßt wurden, das Wort zu ergreifen und teils rein lokale Dinge zur Sprache zu bringen.

Am Sonnabend soll es in der gleichen Weise weiter gehen. Bleibt dann noch Zeit übrig, so wird sich das Haus noch mit Beamtenpetitionen befassen.

Keine Aenderung des Jesuitengesetzes.

Nachdem bereits verschiedene größeren Zentrumsblätter die Nachricht dementiert haben, daß zwischen der Regierung und einigen Zentrumsführern über eine Milderung des Jesuitengesetzes verhandelt wird, kommt nun auch die „Nordd. Allgem. Ztg." mit einem Dementi:

„Die in der Presse mehrfach aufgetauchten Behauptungen, der Reichskanzler führe selbst oder durch andere Verhandlungen mit dem Zentrum über eine Aenderung des Jesuitengesetzes, entbehren der Begründung."

Ein Vorspiel zur Landtagswahl in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben:

In liberalen Kreisen ist jüngst vielfach die Frage erörtert worden, ob es nicht empfehlenswert sei, den Großblock schon im ersten Wahlgang zu proklamieren, das heißt, daß in näher zu bestimmenden Kreisen die Großblockparteien den Schwarzblauen nur einen Kandidaten gegenüberstellen sollen. Als Hauptgrund wurde angegeben, daß auf diese Weise ein Kampf zwischen den Parteien, die doch hinterher bei der Stichwahl zusammengehen, vermieden würde. Da das für uns in zahlreichen Kreisen ein völliges Ausschalten unserer Kandidaten bedeutet haben würde, so ist man in unseren Kreisen der Frage überhaupt nicht näher getreten. Der Landesvorstand hat vielmehr aufgefordert, in allen Kreisen Kandidaten aufzustellen. Und als dann die fortschrittliche „Neue Badische Landeszeitung" berichtete, daß Verhandlungen in dieser Frage eingeleitet seien, hat er erklärt, daß ihm davon nichts bekannt sei. Ein anderes fortschrittliches Blatt, der „Badische Landesbote" in Karlsruhe, gibt jetzt zu, daß die Fortschrittliche Volkspartei zu keiner Zeit irgendwelche gesonderte Verhandlungen mit der Sozialdemokratie wegen eines Zusammengehens für die nächsten Landtagswahlen geführt oder darauf zielende „Anträge" gestellt habe. Tatsache sei aber — und das dürfte auch dem sozialdemokratischen Landesvorstand bekannt sein —, daß noch während der Sommertagung des badischen Landtages von führender sozialdemokratischer Seite an die Fortschrittliche Volkspartei mit der Anfrage herangetreten wurde, ob sie geneigt sei, einen Großblock für den ersten Wahlgang der nächsten Landtagswahlen abzuschließen und daß darauf eine bejahende Antwort, unter der Voraussetzung eines Zusammengehens der gesamten Linken, einschließlich der Nationalliberalen, erfolgte." —

Wie immer die Sache liegen mag, jedenfalls ist nicht daran zu denken, daß unsere Partei auch nur in einem einzigen von den 73 Landtagswahlkreisen von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten absieht.

Herr v. Oldenburg als Reichstagskandidat im Wahlkreise Jerichow.

Die Konservativen wollen im Wahlkreis Jerichow den früheren Reichstagsabgeordneten v. Oldenburg-Januschau aufstellen. Dieser Kreis ist 1912 zum ersten Male von der Sozialdemokratie erobert worden. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat nun aber die Wahl bekanntlich für ungültig erklärt und deshalb rüsten die Konservativen für die Neuwahl. Herr v. Byern, der den Kreis von 1907—1912 vertrat und auch im letzten Wahlkampf wieder kandidierte, hat wegen Krankheit eine abermalige Kandidatur abgelehnt. Herr v. Oldenburg gilt den Konservativen nun allem Anscheine nach als der geeignetste Mann, den Kreis wieder zu erobern. Die Fortschrittler werden vermutlich den Lehrer Merten-Berlin wieder aufstellen. Die Berliner „Börsenzeitung" schreibt dazu:

„Sowohl in den Kreisen der Reichstagsabgeordneten als auch im Wahlkreise selbst rechnet man damit, daß diesmal der Konservative und der Fortschrittler in die Stichwahl kommen werden, wobei es sehr wahrscheinlich, daß letzterer mit sozialdemokratischer Hilfe ebenso wie im Jahre 1903 gewählt werden wird."

Das ist natürlich vollendeter Unsinn. Zunächst einmal steht noch keineswegs unbedingt fest, daß der Reichstag dem Beschluß der Wahlprüfungskommission beitritt. Selbst wenn das aber geschehen sollte, dann kann die Nachwahl nicht eine Stichwahl zwischen Konservativen und Fortschrittlern zeitigen, sondern nur eine zwischen der Sozialdemokratie und einer der beiden bürgerlichen Parteien.

Das Bekenntnis zum Putschismus.

Das Scharfmacherorgan in der höchsten Potenz, „Die Post", ist unter die Meuchelmörder gegangen. Das Blatt, das bei der geringsten Ausschreitung streikender Arbeiter den Staat in Gefahr sieht, begrüßt die Ermordung des Oberstkommandierenden der türkischen Armee, Nazim Pascha, und die Militärrevolte in Konstantinopel mit folgenden begeisterten Worten:

„Was den gestrigen Militäraufstand an sich betrifft, so ist es selbstverständlich, daß man ihn nur unter Berücksichtigung der in Konstantinopel gegebenen Verhältnisse billigen kann. Die Armee hat nun einmal lediglich politisches Instrument zu sein, sie hat aber keinesfalls auf eigene Faust Politik zu treiben. Das ist so selbstverständlich, daß man es wohl kaum ausführlicher zu wiederholen braucht. Wenn man die Vorgänge in Konstantinopel dagegen als die berechtigte Ausnahme von dieser Regel bezeichnen darf, so kommt dabei in erster Linie in Betracht, daß es sich hier um einen Akt der Selbsterhaltung handelte, um einen Schritt, wenn nicht gar das Reich, so doch wenigstens die Ehre zu retten, welche Kiamil und vor allem der bisherige Oberkommandierende Nazim Pascha leidten Herzens hinzugeben bereit waren. Nazim Pascha ist gestern bei dem Aufstand erschossen worden, und wie uns versichert wird, hätte die Kugel, die ihn traf, keinen größeren Schädling der Türkei aus dem Wege räumen können, als sie es hier mit einem Manne getan hat, der, um es ganz gelinde auszudrücken, die nationale Gewissenlosigkeit bei sich zum hervorstechendsten Charaktermerkmal ausgebildet hatte. Mit ihm sind natürlich auch die anderen Jammermänner unschädlich gemacht worden, die zum Teil gegen ausländisches Gold sehr empfänglich gewesen sind, und neue und zweifellos bessere Namen sind an ihre Stelle getreten."

Besonders pikant wird das Bekenntnis zum politischen Mord durch die Tatsache, daß just die „Post" in der ärgsten Weise gegen den Oberst Gädke gehetzt hat, weil er einmal über Serbien sich in ähnlicher Weise ausließ.

Oesterreich-Ungarn.

Die Schwarz-Gelben als „Kulturträger" auf dem Balkan.

Nach der soeben veröffentlichten amtlichen Statistik zählte man in dem Reichsland Bosnien-Herzegowina 1910 1 898 044 Einwohner gegen 1 158 164 bei der ersten Zählung im Jahre 1879. Das flache Land zeigt eine stärkere Volkszunahme als die Städte, ferner ist ein bedeutender Ueberschuß von Männern, auch nach Abrechnung der starken Garnisonen, zu verzeichnen. Unter den 7 bis 20 Jahre alten Landbewohnern sind . . . **87,25 Proz. Analphabeten.**

Das ist die schwarz-gelbe Kulturarbeit, die den Rechtstitel für die Annexion abgeben mußte. Auf je 10 000 Einwohner des zu 88 Proz. agrarischen Landes kommen nicht weniger als 188 öffentliche Beamte! Die Industrie kommt als Beschäftigung erst lange nach dem Handel und dem häuslichen Dienst.

England.

Das Frauenstimmrecht.

London, 23. Januar 1913. (Eig. Ber.) Am Vorabend einer Debatte, die historisch werden wird, findet man die parlamentarische Lage so verwickelt, daß man daran zweifeln muß, ob es einen Menschen in der Welt gibt, der die ganze Situation überschauen kann. Der Plan der liberalen Führer, die verzwickte Frage des Frauenstimmrechts zu lösen, war so fein ausgedacht, daß seine Urheber, wie es häufig in solchen Fällen vorkommt, die Fäden in ihrer Hand nicht mehr entwirren können. Man hat daher mit der großen Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die nächsten Tage eine schwere politische Krise bringen werden. Nachrichten über den Rücktritt Asquiths oder Sir Edward Greys und das Fallenlassen der ganzen Wahlrechtsvorlage schwirren durch die Luft. Wie viele aus der Menge der „positiven Tatsachen" auf Wahrheit beruhen und wie viele nur Stimmungsmache sind, ist unmöglich zu sagen. Aber die Energie, mit der die liberalen Feinde des Frauenstimmrechts ihre Propaganda betreiben, läßt darauf schließen, daß der Regierung aus diesem Viertel eine große Gefahr droht. Es heißt, daß diese Liberalen so entschlossen sind, das Frauenstimmrecht zu Fall zu bringen, daß sie, sollte das eine oder das andere Amendement angenommen werden, bei der dritten Lesung der Vorlage gegen das ganze Gesetz stimmen werden. Ihre Stärke wird verschieden mit 30 bis 40 und 70 bis 80 Stimmen angegeben. Mit den Konservativen vereinigt, würden sie wahrscheinlich die Vorlage und damit die Regierung zu Fall bringen können. Es verlautet auch, daß die Regierung die ganze Vorlage fallen lassen wird, wenn keines der Frauenstimmrechtsamendements angenommen werden sollte. Es soll dann an Stelle der Wahlrechtsvorlage eine Vorlage zur Abschaffung des Pluralwahlrechts, die zu Anfang des vergangenen Jahres von einem nicht offiziellen Mitglied eingebracht wurde und die zweite Lesung hinter sich hat, weiter beraten werden. Diese Vorlage, die von einem Abgeordneten, der jetzt Mitglied der Regierung ist, auf Bestellung eingebracht wurde, war als Rückendeckung gedacht für den Fall, daß sich der Regierung bei der Durchpeitschung der Wahlrechtsvorlage unüberwindbare Schwierigkeiten bieten sollten. Man gibt als Grund für das Fallenlassen der Wahlrechtsvorlage unter den oben erwähnten Umständen an, daß die Regierung dadurch die Frauen und den größten Teil ihrer Gefolgschaft versöhnen wolle. Es wird nämlich beständig darauf hingewiesen, daß die Wahlrechtsvorlage in ihrer unveränderten Gestalt ein großes Unrecht sei, da sie drei Millionen Männern das Stimmrecht gebe, die es nicht verlangt hätten, und da sie den Frauen, die jahrelang agitiert hätten, das Stimmrecht vorenthalte. Das geringste Zugeständnis, das die Regierung den Frauen machen müsse, sei daher, daß sie anerkenne, daß keine Erweiterung des Wahlrechts tunlich sei, die nicht die Frauen in sich schließt. Es fragt sich aber in diesem Falle, was die Arbeiterparteiler und die liberalen Freunde des Frauenstimmrechts tun werden, die mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß diese Wahlrechtsvorlage die Frauen politisch emanzipieren wird. Werden sie diesen Rückzug ohne Rebellion mitmachen? Wie man sieht, überall findet die Regierung Klippen und wenn sie auf ihrer Reise durch die Wahlrechtsvorlage nicht von außerordentlichem Glück begleitet wird, muß sie an einer Stelle Schiffbruch leiden, an der sie das Unglück nicht geahnt hat.

Die Verhandlung.

London, 24. Januar. Unterhaus. Das Haus begann heute die Verhandlungen über den Abänderungsantrag des Staatssekretärs Grey zur Wahlrechtsbill. Der Abänderungsantrag wurde von dem Unionisten Lyttelton eingebracht, der ein Anhänger des Frauenstimmrechts ist. Grey selbst wird erst am Montag sprechen. Die Debatte bewegte sich heute in den bekannten Bahnen früherer Beratungen über das Frauenstimmrecht. In den Reden kamen keine Parteiunterschiede zum Ausdruck. Bemerkenswert war die Rede des Kolonialministers Harcourt, der die Haltung seiner Kollegen Grey und Lloyd George, die Anhänger des Frauenstimmrechts sind, lebhaft kritisierte. Er fragte Grey, weshalb es keine Frauen als Botschafter gebe und weshalb man keine weiblichen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt habe. Sie hätten zur Belustigung der Nationen beitragen können. (Heiterkeit.) Dann fragte Harcourt Lloyd George, warum er zwar für das Frauenstimmrecht, aber nicht für das allgemeine Frauenstimmrecht sei, und warum er fünf Millionen Frauen der arbeitenden Klasse vom Wahlrecht auszuschließen wünsche. Dies geschehe sicherlich nicht, weil es sich in der Hauptsache um Hausgesinde handele. Lloyd George scheue sich nicht, von diesen Frauen die drei Pence für den Versicherungsfonds zu nehmen, fürchte er sich vielleicht, ihre Meinungsäußerungen entgegenzunehmen? (Heiterkeit.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Beratung über den Abänderungsantrag Staatssekretär Greys auf Montag vertagt, wo die Abstimmung darüber stattfinden wird. **Es wird allgemein angenommen, daß, wie das Ergebnis der Abstimmung sein mag, die Regierung die Bill zurückziehen wird.**

Rußland.

Die Zarenjustiz gegen die finnischen Rechte.

Petersburg, 23. Januar. Das Schwurgericht hat den Bürgermeister und zwei Ratsherren von Nystad wegen Widerstandes gegen das Gesetz über die Gleichberechtigung der Russen in Finnland zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Marokko.

Kämpfe und kein Ende.

Paris, 23. Januar. Aus Mekines wird von gestern gemeldet, Alpenjäger haben in der Gegend der Kasbah Elhajeb aufständischen Beni Guild und Beni Burzus beträchtliche Verluste beigebracht. Auf seiten der Alpenjäger wurden drei Mann getötet und acht verwundet, davon vier schwer.

Paris, 24. Januar. Wie aus Oran gemeldet wird, hatten die französischen Truppen bei Taurirt ein heftiges Scharmützel mit aufrührerischen Marokkanern zu bestehen. Die Franzosen hatten zwei Tote und acht Verwundete. Die Marokkaner wurden mit starken Verlusten in die Flucht geschlagen.

Amerika.

Der englisch-amerikanische Konflikt wegen des Panamakanals.

London, 23. Januar. In der Antwort des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten, Knox, an Staatssekretär Grey wegen des Panamakanals wird ausgeführt, daß Greys Einwendungen formuliert worden seien in Unkenntnis der Tatsache, daß die von Taft festgesetzten Gebühren sich auf Berechnungen gründeten, die den Betrag mit berücksichtigten, den die amerikanische Küstenschiffahrt bezahlt hätte, wenn ihre Befreiung von den Kanalgebühren nicht in einer solchen Weise erfolgt wäre, daß der verhältnismäßige, von der fremden Schiffahrt zu tragende Anteil an den Verzinsungs- und Betriebskosten des Kanals durch die Befreiung nicht erhöht werde. Der aus der Befreiung der amerikanischen Küstenschiffahrt herrührende Ausfall würde lediglich der amerikanischen Regierung zur Last fallen. Die Tatsache, daß die Kanalakte dem Präsidenten die Befugnis erteile, etwas gegen die Interessen der britischen Schiffahrt zu tun, sei kein gerechter Grund zur Klage, wenn nicht von dieser Befugnis so Gebrauch gemacht würde, daß die britischen Einwendungen auf etwas Tatsächlicherem als der bloßen Möglichkeit beruhten. Zu einem Schiedsspruch liege keine Notwendigkeit vor. Knox gibt indessen zu, daß Großbritannien eine Prüfung der Berechnungen verlangen kann, auf denen die Abgaben basieren, sowie der Bestimmungen über die Regelung des Küstenverkehrs usw., um zu entscheiden, ob die britische Schiffahrt gegenwärtig unfair behandelt wird. Im Falle einer Kontroverse betreffend solche Fragen tatsächlicher Art seien die Vereinigten Staaten bereit, zur Untersuchung an eine gemeinsame Oberkommission zu verweisen, die in dem nicht ratifizierten englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag vorgesehen war, den die Vereinigten Staaten zu ratifizieren bereit seien.

Diese Antwort ist Staatssekretär Grey am Montag durch den amerikanischen Geschäftsträger überreicht und heute veröffentlicht worden.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Der Achtstundentag für alle Regierungsarbeiten, die direkt oder indirekt vergeben werden, ist eine sehr alte Forderung der amerikanischen Arbeiterorganisationen. 45 Jahre lang kämpfen sie darum. Im Jahre 1868 wurde die Forderung der Arbeiter zum ersten Mal zum Gesetz erhoben, aber damit begann der Kampf um die Durchführung des Gesetzes. Die Unternehmer ließen es auslegen und deuten, daß es ihnen keinen Schaden bringen konnte, sie verschafften sich richterliche Urteile, die dem Sinn und Geist des Gesetzes widersprachen; namentlich sollte es nicht für die Arbeiten gelten, die an Kontraktoren vergeben waren. Jetzt endlich, vom 1. Januar 1913 ab, sollte es bedingungslos in Geltung treten, und die Gewerkschaften waren stolz auf den endlich errungenen Erfolg. Alle Arbeiten, die die Regierung zu vergeben hat, auch die an Kontraktoren vergebenen Arbeiten, müssen bei achtstündiger Arbeitszeit hergestellt werden. Die Arbeiter hatten gesiegt. Aber wer da glaubt, die Unternehmer gaben ihre Sache verloren, der irrt gewaltig. Eine geradezu verblüffend dreiste Entscheidung gab jetzt der Bundesanwalt ab; er sagte: Dem Gesetze seinen Lauf, aber — die Kontraktoren haben das Recht, nach den zurückgelegten acht Stunden Arbeit für Regierungsaufträge **die Arbeiter noch länger zu beschäftigen und zwar mit anderen Aufträgen.**

Und nun macht man sehr lange Gesichter in den Gewerkschaften. Man durchschaut aber noch immer nicht das elende Spiel, das die Politiker mit den Arbeitern treiben. Man sieht nur schwer und langsam ein, daß eigene politische Macht dazu gehört, um die Forderungen der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen und sich in gebührenden Respekt zu setzen.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Bauklempner.

Am 31. März läuft auch der für das Bauklempnergewerbe geltende Tarif ab, falls er am 1. Februar von einem der Vertragskontrahenten gekündigt wird. Für die Arbeiter gilt es nun, zu der Frage der eventuellen Tarifkündigung Stellung zu nehmen und zu beraten, wie sie die Angelegenheit am vorteilhaftesten regeln. Donnerstag fand eine gutbesuchte allgemeine Klempnerversammlung statt, in der Adolf Cohen referierte. Redner gab zunächst einen Ueberblick über die durch den Ablauf der Verträge im Baugewerbe geschaffene allgemeine Situation. Seit Jahren schon strebten die Unternehmer danach, für alle Verträge den gleichen Ablauftermin zu erhalten. Sie sagten, hierdurch würden die fortwährenden Störungen und Aufregungen im Gewerbe vermieden. Hinter dieser Absicht verberge sich jedoch zweifellos ein ganz anderes Bestreben. Man wolle, falls es zu einem Kampfe komme, möglichst alle Gewerkschaften dabei engagieren und so vermeiden, daß eine Organisation die andere unterstützen könne. Man wolle die Kasse, die Kampfmittel der Gewerkschaften nach Möglichkeit zu schwächen suchen. Diese Taktik der Unternehmer könne natürlich auf die Entschließungen der Arbeiter nicht den geringsten Einfluß ausüben. Für die Arbeiter gelte es die Frage zu beantworten, was ist zu tun, was ist das beste für die Berufsangehörigen und wie können sie am besten die Aufgaben der Organisation erfüllen? Am 1. Februar müßten sich die Klempner klar darüber sein, was sie zu unternehmen gedenken. Redner besprach die von den Vertrauensmännern gepflogenen Beratungen und gefaßten Beschlüsse. Die Vertrauensmänner hätten einstimmig beschlossen, den Tarif am 1. Februar nicht zu kündigen und ersuchen die Versammlung, diesen Beschluß zu dem ihrigen zu machen. Falls der Vertrag von den Unternehmern nicht gekündigt werde, würde er ab 1. April auf ein Jahr weiter laufen.

Am letzten Montag habe eine Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden, in der den Unternehmern der Beschluß der Vertrauensmänner mitgeteilt worden sei. Man habe von den Unternehmern erfahren wollen, wie sie sich zu einer Kündigung des Tarifes verhielten. Diese hätten jedoch erklärt, sie könnten nicht selbständig über die Frage entscheiden, sondern müßten nach der Direktive des Unternehmerkartells im Baugewerbe handeln. Die Klempnermeister hätten dadurch ihre völlige Abhängigkeit vom Baukartell dokumentiert. Die Herren hätten nur wissen wollen, wie sich die Arbeitervertreter dazu stellen würden, wenn der Tarif auf weitere drei Jahre abgeschlossen würde. Wenn die Arbeiter zustimmten, den Vertrag ohne Aenderung auf ein Jahr zu verlängern, so brächten sie doch zweifellos ein sehr großes Opfer, sie verzichteten auf die Ausnutzung einer eventl. eintretenden günstigen Konjunktur. Um die Unternehmer zu einer bestimmten Aeußerung zu zwingen, habe er (Cohen) rein persönlich gesagt, wenn der Tarif auf weitere drei Jahre ohne jeden Kampf verlängert würde, würden die Arbeiter schließlich ihre Zustimmung dazu geben, falls man eine Lohnzulage von 3 Pf. auf drei Jahre verteilt, bewilligen würde. An diesen Vorschlag seien aber die Arbeiter keineswegs gebunden. Die Unternehmer wären nun gleich mit einer Art Gegenvorschlag gekommen. Sie forderten eine Herabsetzung der Stundenlöhne für neuausgelernte Klempner. Ein solcher Vorschlag sei natürlich ganz undiskutabel. — Am 28. Januar würde die Schlichtungskommission wieder zusammentreten und werde man dann sehen, ob es zu einer Kündigung des Tarifs komme.

Redner beantragt nunmehr, zu beschließen, den Tarif am 1. Februar nicht zu kündigen. Sollte es mit den Unternehmern in bezug auf § 3 des Tarifes (Lohnfrage) zu einer Verständigung kommen, so sollten diese Vorschläge einer weiteren Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Weiter beantragte Cohen, zu beschließen, der Agitationskommission in bezug auf die Einzelverträge, die mit Unternehmern abgeschlossen sind, welcher keiner Organisation angehören, freie Hand zu lassen.

Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Cohen auf, alles daran zu setzen, daß die Klempner, falls es zu einem Kampfe komme, gerüstet dastehen.

Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung gegen etwa 10 Stimmen den Vorschlägen Cohens zu. — Nächsten Donnerstag wird dann eine Versammlung endgültige Beschlüsse fassen.

Der Verband der Maler

hatte am Donnerstag eine Versammlung seiner Vertrauensmänner einberufen, um ihnen von dem gegenwärtigen Stande der Tarifverhandlungen Mitteilung zu machen. Mietz gab eine Darstellung der von uns bereits veröffentlichten Verhandlungen und betonte, daß sich noch nicht übersehen lasse, welchen Ausgang die Tarifverhandlungen nehmen würden. Die Wünsche der Arbeitgeber erscheinen unerfüllbar. Ein planmäßiges Vorgehen der Unternehmer im Baugewerbe, im Malergewerbe und in der Holzindustrie sei unverkennbar. Sollte es zum Kampf in diesen drei Gewerbegruppen kommen, so würden 200 000 Arbeiter an demselben beteiligt sein. Möglich, daß die Unternehmer den Kampf wollen, um ihre Macht zu zeigen. Doch die Arbeiter brauchten sich davor nicht zu fürchten. Sie könnten dem Kampf ruhig entgegensehen und würden ihre Maßnahmen für diesen Fall treffen.

Weiter handelte es sich in der Versammlung um die Ausgabe von Fragebogen, durch welche festgestellt werden soll, in welchem Umfange Bleifarben verwendet werden und wieweit die darauf bezügliche Bundesratsverordnung befolgt wird. Das so gewonnene statistische Material soll auf der bevorstehenden Ausstellung in Leipzig Verwendung finden.

Auch unter den Seifenarbeitern Berlins gärt es. Dieselben gehören organisatorisch als Gruppe zum Verbande der Fabrikarbeiter. In einem Bericht der Gruppenleitung, den der Gruppenleiter Poch vor einer Versammlung gab, konnte er mitteilen, daß die im vorigen Jahre beschlossene Hausagitation guten Erfolg gehabt habe; dieselbe wäre zweifellos noch besser gewesen, wenn nicht die Erlangung von Adressen mit zu großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Im Anschluß an die Hausagitation fanden neunzehn Agitationsbesprechungen statt, welche alle durchweg gut besucht waren und in welchen auch eine große Zahl der Erschienenen dem Verbande der Fabrikarbeiter beitraten. In einer Versammlung der Firma Gustav Lohse waren von den Beschäftigten zirka 30 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Verbande beigetreten. In einer 8 Tage später abgehaltenen Besprechung erschienen allerdings nur drei Arbeiterinnen und einige Tage darauf erklärten einige ihren Austritt aus der Organisation. Die Gruppenleitung forschte nun nach den Ursachen dieser Vorkommnisse und stellte folgendes fest: Von einem Arbeiter der Firma war derselben Bericht über den Verlauf der Versammlung gegeben worden. Dieser „ehrliebende Auchkollege" besaß auch die Liebenswürdigkeit, der Firma die Namen der Teilnehmer bekannt zu geben.

Die Firma Gustav Lohse bekam es nun fertig, ihren Beschäftigten zu sagen: Wer der Organisation beitritt oder angehört, geht jeder Vergünstigung, wie Weihnachtsgratifikation u. dergl. verlustig. „Die Organisierten würden sich auch in anderer Beziehung nicht nur nicht verbessern, sondern verschlechtern. Dieser Standpunkt der Firma ist um so unverständlicher, als sie es doch der organisierten Arbeiterschaft Groß-Berlins nicht übel nimmt, daß sie zu dem Riesenprofit der Firma mit beiträgt. Bei der Firma Rudolf Hermann kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr und mehr zu der Einsicht, daß sie von den frommen Sprüchen, welche die Firma an Haus und Wände malen läßt, nicht satt werden können. Ebenso wenig von dem dünnen Tee, welcher ihnen in den sogenannten Teestunden verabfolgt wird, die namentlich dann abgehalten werden, wenn die Gruppenleitung die Beschäftigten zu einer Besprechung eingeladen hat. Trotzdem sind einige derselben für die Organisation gewonnen. Allerdings dürfen sie dies beileibe nicht wissen lassen, weil sie sonst Gefahr laufen, von dem christlichen Firmenleiter, Herrn Stobwasser, aufs Straßenpflaster geworfen zu werden. Der Verband der Fabrikarbeiter wird natürlich nicht rasten, bevor der letzte Seifenarbeiter und die letzte Arbeiterin Groß-Berlins dem Verbande zugeführt ist. Auch die übrige Arbeiterschaft kann zur Aufklärungsarbeit in den Reihen der Seifenarbeiter wesentlich beitragen helfen.

Verband der Schneider, Filiale Berlin I. Die Differenz bei dem Zwischenmeister Hirsch, Hirtenstr. 21, ist beigelegt und wird hiermit die Sperre aufgehoben.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Tabakarbeiter. Nach wie vor ist die Zigarrenfabrik Bornkessel, NW. Waldstr. 39, gesperrt. In betreffender Fabrik, die bis zu dieser Zeit Tariffirma war, sind die Löhne in bewußter Weise unter den Minimalsatz gedrückt worden. Eine Rollerin Straskowski nebst Wickelmacherin arbeiten dort zu diesen niedrigen Löhnen. Selbstverständlich werden dem Fabrikanten Bornkessel auch die grünen Plakate für sich und seine Abnehmer entzogen. Darum aufgepaßt!

Arbeiter, Raucher! Kauft nur dort Euren Zigarrenbedarf ein, wo das grüne Plakat, unterschrieben Alwin Schulze, vorhanden ist. Fragt immer nach diesen Plakaten.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

In der Freitagssitzung wurde über die Maßnahmen bei Tarifübertretungen verhandelt. Hierzu fordern die Gehilfen besonders die Beseitigung verschiedener einseitiger Bestimmungen des bisherigen Tarifvertrages, während die Unternehmer die Ersatzpflicht bei Tarifverstößen, die Hinterlegung einer Geldsumme als Sicherheit für Ansprüche der einen oder anderen Partei bei Tarifverstößen oder Nichtbefolgung von Entscheidungen der Tarifämter fordern. Die Gehilfen lehnten diese Anträge vor allem aus rechtlichen Gründen, weil sie in der Praxis unerfüllbar sind und zu einer Reihe weiterer Differenzen Anlaß geben würden, als undiskutierbar ab. Trotz warmer Befürwortung durch die Unternehmer machten auch die Unparteiischen starke Bedenken gegen diese bisher noch ungeklärte Frage geltend. Die Anträge wurden zurückgestellt.

Zur Frage der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz war äußerst interessant, daß von den Unternehmern, die in der Presse und in Versammlungen nicht oft genug über den offenen und versteckten Widerstand des Verbandes der Maler bei der Durchführung der jetzt geltenden Bestimmungen klagen konnten, jetzt hier, wo es galt, Beweise anzutreten, erklärt werden mußte, daß die Organisation der Gehilfen in jeder Hinsicht ihren tariflichen Verpflichtungen nachgekommen sei. Sie akzeptierten auch mit unwesentlichen Aenderungen die von dieser unterbreiteten Abänderungsvorschläge, die in der Hauptsache eine schärfere Präzisierung der bisherigen Bestimmungen und insbesondere die Verpflichtung für die Unternehmer enthalten, bei tariflichen Sperren Geldstrafen und Prozeßkosten besonders aus § 153 der Gewerbeordnung zur Hälfte zu tragen.

Das Hauptinteresse in der Beratung am Freitag nahm die Frage des paritätischen Arbeitsnachweises in Anspruch. Hier standen sich zunächst die Meinungen der Parteien diametral entgegen. Während die Unternehmer es mit der platonischen Bemerkung bewenden lassen wollten, die Errichtung staatlicher oder städtischer Arbeitsnachweise zu unterstützen, wollen die Gehilfen die bisherigen Bestimmungen, nach denen paritätisch obligatorische Arbeitsnachweise „anzustreben" sind, dahin erweitert wissen, daß solche zu errichten sind. Die Gehilfenvertreter betonten in längeren Darlegungen die unbedingte Notwendigkeit, die Frage der Arbeitsvermittelung im Tarifvertrage zu dessen Aufrechterhaltung und aus den verschiedensten allgemein sozialpolitischen Gründen bestimmter als bisher zu regeln. Sie belegten ihre Ausführungen mit verschiedenen Beispielen aus der bisherigen Praxis und wiesen den Unternehmern nach, daß sie die dehnbare Fassung des einschlägigen Paragraphen benützt haben, um gegen die Ausbreitung der paritätischen Arbeitsvermittelung im Sinne des Reichstarifvertrages offen anzukämpfen. Den Vorwurf gegen die Gehilfenorganisation, sie benütze den Nachweis zur Stärkung ihrer Organisation, konnte deren Vertreter, gestützt auf urkundliche Beweise, dem Unternehmerverband zurückgeben. Die Unternehmer versuchten ein allen Regeln der Parität widersprechendes Reglement zur Grundlage eventuell zu errichtender Arbeitsnachweise zu machen und erklärten unter solchen Umständen dann für paritätische Nachweise eintreten zu wollen. Die Unparteiischen bezeichneten den Arbeitsnachweis als den Lebensnerv des Tarifvertrags. Darüber sei nicht mit allgemeinen Bestimmungen hinwegzukommen, sondern diese müssen bestimmter gefaßt werden. Auch diese Frage bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Die Tarifdauer soll in beiderseitigem Einverständnis wieder auf drei Jahre festgesetzt werden. Die zweite Lesung über das Tarifschema wurde einer Kommission von je vier Unternehmern und vier Arbeitervertretern übertragen, die am Sonnabend ihre Funktion erledigen soll.

Der Kampf gegen die Päpstlichen.

Mit brutalem Haß, der nichts von christlicher Liebe verrät, verfolgen die Kölner jeden, der im Einklang mit der Ansicht des Papstes den Interkonfessionalismus bekämpft. Das hat nun auch ein Kaplan Schopen erfahren. Die „Kölner Korrespondenz" berichtet:

„In ihrem Begleitschreiben zur Gewerkschaftsenzyklika fordern die Bischöfe den Klerus auf, die Enzyklika dem Volke zu erklären. Kaplan Schopen in M.-Gladbach beschloß, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Ein öffentlicher Vortrag wurde angekündigt. Nun setzten die Herren der M.-Gladbacher Volksvereinszentrale alles in Bewegung, das Auftreten Schopens zu verhindern, und sie erreichten es, daß der Pfarrer den Vortrag einfach verbot, weil die Weisung der Bischöfe überflüssig sei. Ebenso konnte ein Vortrag im katholischen kaufmännischen Verein nicht gehalten werden. Am 15. Dezember hielt Kaplan Schopen eine Predigt über die „Liebe zum Papst", im Anschluß an eine Allokution Pius X., an eine Abordnung des sogenannten Unio Apostolici. Diese Predigt wurde durch die „Kölner" als eine „Volksaufwiegelung" bezeichnet! Denunziationen gingen an die kirchliche Oberbehörde nach Köln ab, es wurde so lange gewühlt, bis man die Versetzung Schopens in ein entlegenes Dorf (Coslar bei Jülich) durchgesetzt hatte. Man ließ dem Geistlichen keine Zeit sich zu besinnen, in Ruhe seine Geschäfte abzuwickeln, von seiner liebgewordenen Vereinstätigkeit Abschied zu nehmen usw., nein, sofort nach der Versetzung schickte ihm sein Pfarrer durch den Küster das Schild seines Beichtstuhles ins Haus und setzte einen anderen Geistlichen in den Beichtstuhl, ferner untersagte er ihm jede sonstige Tätigkeit im kirchlichen Dienst, sein Name wurde sofort aus der Dienstordnung der Weihnachtstage gestrichen; auch Hochämter durfte er nicht mehr halten, nur noch stille Messen wie ein Fremder. Das Predigen wurde ihm sogar auf ausdrücklichen Wunsch seines Pfarrers durch die Kölner Behörde verboten."

Zum Kapitel der Unduldsamkeit und des Terrors bildet der Vorgang einen hübschen Beitrag. Die M.-Gladbacher werden aber wohl darauf verzichten, ihn als abschreckendes Beispiel, und als Material für die Scharfmacher, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Wenn die Leutchen schon mit ihren eigenen Glaubensgenossen in solcher Weise umspringen, dann kann man ermessen, wessen sie gegen Andersdenkende fähig sind. Es ist doch etwas Erhebendes um die christliche Liebe — der Bachemiten.

Neue Maßregelung im Saarrevier.

Im Saarrevier ist jetzt eine neue Maßregelung vorgenommen worden. Auf Grube Velsen ist der Knappschaftsälteste Becker-Held durch die Bergwerksbehörde entlassen worden. Becker-Held gehört der freien Gewerkschaft an. Die Gründe der Entlassung sind noch nicht bekannt. — Gleichzeitig wird die Gründung eines nationalen Bergarbeiterverbandes, des königlichen Bergwerksvereins im Saarrevier, gemeldet, der sich dem Bund deutscher Werkvereine angeschlossen hat.

Letzte Nachrichten.

Zusammentritt des neuen Ministeriums.

Konstantinopel, 24. Januar. (W. T. B.) Gegen Mittag begaben sich die Minister in den Palast. Der frühere Minister des Aeußern, Noradunghian, wurde gebeten, ebenfalls zu kommen, um die Regierung über die internationale Lage zu informieren. Während des ersten Ministerrats, der heute nachmittag stattfinden wird, soll über eine geziemende Beantwortung der Note der Mächte beraten werden. Der heutige Selamik ist ohne Zwischenfall verlaufen. Der Kriegsminister Nazim Pascha ist heute früh unter militärischen Ehren in Gegenwart Mahmud Schewket Paschas bestattet worden. Der frühere Großwesir Kiamil ist in seinen Konak zurückgekehrt.

Eine Proklamation.

Konstantinopel, 24. Januar. (W. T. B.) Der interimistische Minister des Innern Talaat Bey hat an die Provinzbehörden Zirkulardepeschen gerichtet, worin er ihnen mitteilt, daß das Kabinett Kiamil beschlossen habe, das ganze Vilajet Adrianopel und einen Teil der Inseln dem Feinde preiszugeben, und daß es eine sogenannte „Beratung" in den Palast eingerufen habe, von der es jene Beschlüsse gutheißen ließ; daher sei das aufgeregte Volk vor die Pforte gekommen und infolge der Demonstration habe das Ministerium demissioniert. Die Zirkulardepesche besagt weiter, daß die heiligen Rechte des Vaterlandes verteidigt werden würden. Da die Wiederaufnahme des Krieges wahrscheinlich sei, müsse die Bevölkerung zu materieller und moralischer Unterstützung ermuntert werden.

Die Armee will den Krieg.

Konstantinopel, 24. Januar. (Meldung des Wiener k. k. Tel.-Korr.-Bureaus.) Man behauptet, daß die gestrige Demonstration des Komitees von den aus dem Hauptquartier in Tschataldscha eingetroffenen Offizieren veranlaßt wurde, welche erklären, daß die Armee unbedingt die Wiederaufnahme des Krieges wolle.

Unterdrückung der öffentlichen Meinung.

Konstantinopel, 24. Januar. (W. T. B.) Die Zeitungs- und Depeschenzensur wird streng gehandhabt. Von den türkischen Zeitungen ist bisher nur die „Sabah" erschienen. Das Blatt betont, daß alle gestern gehaltenen Reden darin gipfelten, daß die Nation die Politik des Kabinetts Kiamil nicht billige, welches beschlossen habe, den heiligen Boden des Vaterlandes den Feinden preiszugeben und Hunderttausende armer Landsleute im Stich zu lassen.

Die Auffassung der Balkandelegierten.

London, 24. Januar. (W. T. B.) **Wie das Reutersche Bureau erfährt, kamen die ersten Delegierten der Balkanstaaten heute abend zusammen. Da einige der Delegierten von ihren Regierungen noch keine vollständigen Weisungen erhalten hatten, vertagte man sich auf 24 Stunden. Die Delegierten sind der Ansicht, daß die Ereignisse in Konstantinopel einer ablehnenden Antwort auf die Note der Mächte gleichkommen. Die Balkanmissionen haben heute abend lange Chiffretelegramme an ihre Regierungen gesandt und um weitere Weisungen ersucht.**

Keine Viehnot in — Rußland.

Petersburg, 24. Januar. (W. T. B.) Das Handelsministerium hat eine Konferenz einberufen zur Entscheidung der Frage, ob ein Fleischexport ohne Nachteil für den inneren Markt möglich ist. Die südrussischen Viehhändler erklärten, der Viehbestand sei ausreichend, um den inneren und den äußeren Markt zu befriedigen.

Schiffsuntergang.

Christiania, 24. Januar. (W. T. B.) Die norwegische Bark „Agda" ist am Dienstag in der Nordsee untergegangen. Von der 15 Mann starken Besatzung sind zwölf ertrunken. Acht Mann stammen aus Stettin.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

98. Sitzung. Freitag, den 24. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Vp.) fragt: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß in der letzten Zeit die Werbetätigkeit der französischen Fremdenlegion eine besonders intensive war, und daß vor allem die Anwerbung minderjähriger deutscher Staatsangehöriger, sogar angeblich teilweise auf deutschem Boden, zunahm? Bejahendenfalls: was gedenken die Verbündeten Regierungen zu tun, um diesem Unwesen Einhalt zu tun?

Ministerialdirektor **Lewald**: Den neuerdings in der Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Werbungen der französischen Fremdenlegion ist die Regierung nachgegangen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, daß diese Werbetätigkeit eine besonders intensive war, und daß die Anwerbung minderjähriger Deutscher zugenommen hat. Daß auf deutschem Boden eine Werbetätigkeit ausgeübt wurde, hat sich nicht erweisen lassen, und in verschiedenen Fällen als erfunden herausgestellt. Alle uns bekannt werdenden Fälle werden mit Aufmerksamkeit verfolgt und zutreffendenfalls wird mit größtem Nachdruck eingeschritten werden. (Beifall.)

Abg. **Ledebour** (Soz.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Konsulatsberichte aus den Balkanländern die von verschiedenen europäischen Zeitungen wiederholt vorgebrachten Behauptungen bestätigt haben, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die türkische, albanische und jüdische Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen, die angeblich stellenweise sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung jener Bevölkerungsteile angenommen haben? Gedenkt der Reichskanzler ferner, die Entsendung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung jener Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzuregen?

Geheimrat **Lehmann**: Auf die erste Frage ist zu bemerken: die Berichte unserer Konsuln aus den Balkanstaaten haben sich mehrfach mit den angeblichen Ausschreitungen beschäftigt. Die Berichte beruhen jedoch in der Hauptsache auf Schilderungen dritter Personen, deren Angaben von den Konsuln nicht nachgeprüft werden können. Soweit sie sich auf Wahrnehmungen beteiligter Personen stützen, hat sich ergeben, daß die verantwortlichen Befehlshaber und Behörden gegen Uebergriffe mit Nachdruck und Erfolg eingeschritten sind. Die zweite Frage ist zu verneinen.

Abg. **Hoch** (Soz.) fragt: Ist die Behauptung richtig, das Kolonialamt habe im Widerspruch mit der im vorigen Jahre abgegebenen Zusage des Herrn Staatssekretärs des Kolonialamts keine Zustimmung dazu gegeben, daß die Diamantenregie einen neuen Vertrag über die Abgabe der Diamanten aus Südwestafrika schließt, bevor der Reichstag zu den Bedingungen des Vertrages Stellung nehmen konnte?

Ein Vertreter des Reichskolonialamtes: Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hat am 19. April v. J. in der Budgetkommission erklärt: was die Frage anlange, daß die Verwaltung mit dem Abschluß des Vertrages hätte warten sollen, bis der Reichstag sich schlüssig gemacht hätte, so bemerke er, daß der Abschluß solcher Verträge in die Exekutive der Regierung falle, und daß es auch unmöglich sei, derartige Verträge in parlamentarischer Weise abzuschließen. Damit die Regierung solche Verträge richtig abschließe, sei die Diamantenregie eingesetzt, das ist auch heute noch der Standpunkt der Kolonialverwaltung. Sie hat noch keine Zustimmung zu einem neuen Vertrage gegeben. Für die Bedingungen des nächsten Vertrages sind die Aeußerungen der Handelskammer in Hanau eingeholt worden. Die Ausschreibung wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des März stattfinden.

Etat des Reichsamts des Innern.

Zehnter Tag.

Die Beratung über den Titel „Reichsschulkommission" sowie über den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der Kommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen wird fortgesetzt.

Abg. **Schulz** (Soz.):

Unser Zweck, den Reichstag zu einer Schuldebatte zu veranlassen, ist erreicht worden. Wir wünschen die Zuständigkeit des Reichs auf dem Gebiet der Schule und möchten das am liebsten durch ein Reichsschulgesetz herbeiführen. Der Abg. Kuckhoff sieht in unserer Resolution eine Gefahr für die Einzelstaaten. Es soll ihnen ja aber gar nichts genommen werden, sie sollen nur zu flotterem Vorgehen aufgemuntert werden. Darin kann doch keine Gefahr liegen. Daß wir Sozialdemokraten, wie er fürchtet, das Heft in die Hand bekommen, wird die Mehrheit des Reichstages schon zu verhindern wissen. Würde man übrigens eine Volksabstimmung darüber herbeiführen, ob das deutsche Volk das Volksschulwesen lieber in den Händen der Sozialdemokratie oder in denen des internationalen römischen Klerikalismus sieht, so wird es sich sicher für die Sozialdemokratie entscheiden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben noch immer kein Gesetz über das Einjährig-Freiwilligen-Privileg. Der Kriegsminister v. Goßler sagte seinerzeit, es könne nicht erlassen werden, weil die Unterrichtsverhältnisse in den verschiedenen Bundesstaaten so verschieden sind, erst wenn sie einheitlicher gestaltet sein werden, wird es erlassen werden. Wir Sozialdemokraten haben übrigens keine Sehnsucht nach diesem Gesetz, sondern wünschen vielmehr ein einfaches Gesetz, das das Einjährigenprivileg von Grund aus abschafft. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei Herrn Kerschensteiner erkenne ich gern an, daß er im Gegensatz zu vielen seiner preußischen Kollegen den Mut hat, auszusprechen, was er denkt. Er hat ja erfreulicherweise unsere Forderung auf Einrichtung eines Reichsschulamts unterstützt, allerdings mit einem gewissen Vorbehalt. Aber dieser Vorbehalt hat gar keine Bedeutung, weil wir ja ein solches Amt, wie er es bekämpft hat, in unserer Resolution gar nicht fordern. Das fordern wir in unserem Initiativantrag, während unsere Resolution nicht über den Rahmen dessen hinausgeht, was auch Herr Kerschensteiner verlangt. Wir können uns seiner Begründung für das Reichserziehungsamt anschließen. Natürlich verzichten wir damit nicht auf die Forderung eines Reichsschulgesetzes, doch steht diese Forderung jetzt nicht zur Debatte. Uebrigens befindet sich Herr Kerschensteiner mit seiner Ablehnung eines Reichsschulgesetzes im Gegensatz zu vielen Liberalen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Debatte im vorigen Jahr hat die Regierung sehr lebhaft geschwiegen. In diesem Jahr war ihr Schweigen womöglich noch lebhafter. Vielleicht gelingt es uns doch noch, sie zu bewegen, von dem Gedankenreichtum, der sich hinter diesem Schweigen birgt, dem Reichstag etwas mitzuteilen. Ich würde mich freuen, wenn der Staatssekretär Dr. Delbrück recht bald einen Erlaß unterzeichnete, durch welchen das Einjährig-Freiwilligen-Privileg aufgehoben und der jetzigen Reichsschulkommission das Lebenslicht ausgeblasen würde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Wörle** (Z.): Es handelt sich bei den Schulfragen vielfach um Fragen der Weltanschauung. Ueber die Frage, was gut und schlecht im Schulwesen ist, dürften unsere Anschauungen sehr weit auseinandergehen. Daher können wir prinzipiell einem Reichsschulamt nicht zustimmen. Wir wollen nicht eingreifen in die Schulkompetenzen der Einzelstaaten. Herr Schulz hat offen und ehrlich und mit Mannesmut das sozialistische Schulprogramm hier verteidigt. Er wird aber auch mir zugestehen müssen, daß ich aus persönlicher Ueberzeugung heraus auf Grund meiner christlichen Weltanschauung und in treuem Festhalten an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung den gegenteiligen Standpunkt vertrete. Die Forderung eines Reichsschulbeirats, wie sie Herr Kerschensteiner erhob, ist eine Halbheit. Er schreit nach der anderen Hälfte, um seine Anschauungen auch durchzusetzen, nach dem Reichsschulgesetz. Wir lehnen den Antrag der Sozialdemokraten ab, weil wir auch nicht einen Schritt vorwärts tun wollen auf dem Wege zum sozialistischen Zukunftsstaat. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Hoff** (Vp.) fordert frühere Berechtigung der Lehramtskandidaten zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution **Albrecht** (Soz.) wird abgelehnt.

Zum Kapitel Ausführung des Kaligesetzes beantragt die Kommission, für den Fall einer Abänderung des Kaligesetzes diesem neuen Gesetz rückwirkende Kraft für die Kaliwerke beizulegen, die nach dem 15. Januar 1913 in Angriff genommen worden sind.

Ein Antrag **Behrens** (Wirtsch. Vg.) will die Propagandagelder für die landwirtschaftlichen Korporationen, Genossenschaften und Verbände von 900 000 M. auf eine Million erhöhen.

Abg. **Sachse** (Soz.):

Das Kaligesetz sollte eigentlich bis zum 31. Dezember 1925 Geltung haben, und jetzt sagt die Regierung bereits, es kann so nicht weiter gehen. Wir haben schon bei der Beratung des Gesetzes erklärt, daß es unzureichend sei, weil es der Ausbeutungswut keine Schranken setze. Wir verlangten bereits damals die

Verstaatlichung des Kalibergbaues.

den Unternehmern paßt das Gesetz nicht, weil es, wenigstens in geringem Maße, versucht, auch die Verhältnisse der Arbeiter zu regeln. Schon damals, bei der Schaffung des Gesetzes, hätten keine neuen Kaliwerke mehr abgeteuft werden dürfen. Die schon damals vorhandene Ueberproduktion ist seitdem noch gestiegen, die Zahl der Schächte hat sich verdreifacht, und daher ist der Verkaufswert der Produktion der einzelnen Werke zurückgegangen. Das Kaliwerk Aschersleben, das den Outsider spielte und halb so teuer verkaufte wie das Syndikat, hat trotzdem ungeheure Ueberschüsse erzielt und 12 Proz. Dividende verteilt. Jetzt ist es dem Syndikat beigetreten, es berichtet aber, daß wir dreimal soviel Schächte besitzen, als nötig wären, den Bedarf der ganzen Welt zu decken. Trotzdem werden unnötigerweise Millionen für neue Schächte ausgegeben, die für wirtschaftliche Aufgaben nützlicher verwendet werden könnten. Das einzig richtige Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten ist auch heute noch die Verstaatlichung.

Im Handelsblatt des „Berliner Tageblatt" hieß es, daß die verfahrene Situation auch durch eine Novelle nicht mehr zu retten wäre, es bliebe nur eine Gewalttat. Das ist eben die Verstaatlichung. Wir wollen aber keine Verstaatlichung, bei der die Kaliinteressenten ein Bombengeschäft machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen dabei die Interessen der Arbeiter und der Konsumenten gewahrt wissen. Die verstaatlichten Werke müßten wirkliche Musterarbeitsstätten sein. Die Verwendung der Propagandagelder darf dem Kalisyndikat nicht in die Hände gespielt werden. Wohin das führt, hat die Schmiergelderdebatte gezeigt. Eine kräftige Propaganda muß natürlich getrieben werden. Mit einem sachlichen Beirat zu diesem Zweck sind wir einverstanden. — Der Kommissionsbeschluß hat in Kaliinteressentenkreisen große Erregung hervorgerufen und hat teilweise schon gewirkt. Aber es scheint, daß die Herren doch ein Hintertürchen finden. Um das zu verhindern, müssen wir zur Verstaatlichung übergehen. Ich möchte der Regierung zurufen:

Nur keine Furcht vor dem Gott Mammon,

sie hat die Pflicht, den Kapitalisten, die die Sache so verfahren haben zum Schaden der Arbeiter, kräftig in die Zügel zu fallen. — Aus der uns vorgelegten Denkschrift geht auch die Höhe der Löhne der Kalibergarbeiter hervor. Sie beträgt für Hauer 1907—09: 4,74, 1911: 4,89 M. Trotzdem die Kalibergwerke im Jahre 1912 bedeutend bessere Geschäfte gemacht haben als 1911, sind die Löhne nicht erhöht worden. Auch hier müßte die Regierung eingreifen. Der Reichstag hat im vorigen Jahre eine Resolution angenommen, in der Forderungen für die Arbeiter enthalten waren, so sollten die abgeschlossenen Tarifverträge im „Reichsarbeitsblatt" veröffentlicht werden. Ueber die Forderungen zugunsten der Arbeiter „schweben noch Erwägungen". Die Forderung nach Veröffentlichung der Tarifverträge hat die Regierung abgelehnt, „weil die Herren Werksvertreter die Veröffentlichung nicht wünschten". Die Regierung hätte durch diesen Wunsch doch stutzig werden müssen. Der Zweck der Nichtveröffentlichung ist doch nur der, die Verteilungsstelle zu täuschen. So hat das Werk Wintershall (es ist das Nr. 8, die Namen werden uns in der Denkschrift nicht genannt) 20 Pf. weniger gezahlt, als tariflich vereinbart war. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Die Tarifverträge sind vielfach auch nur durch einen Druck auf die Arbeiter zustande gekommen; in Heeringen lehnten sie ihn bei der ersten Abstimmung ab; das galt als Kündigung. Unter diesem Druck und durch die Versicherung, die Löhne bleiben wie bisher trotz geringerer tariflich verabredeter wurden die Leute zu dem Vertrag bestimmt. So täuscht man also die Verteilungsstelle. Dasselbe ist in Heiligenroda der Fall, wo der geringere tarifliche Lohn nur im Falle der Kündigung, also als Strafe gezahlt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch darüber beschweren sich die Arbeiter, daß, als im vorigen Jahre Nachzahlungen erfolgten, diese lediglich an die „guten Schäfchen" gegeben wurden.

Dadurch, daß uns nur die Nummern der Werke genannt werden, umgeht die Regierung den Reichstagsbeschluß. Es heißt in dem Gesetz nur, daß die Verteilungsstelle zur Geheim-

Kleines Feuilleton

Ein neuer Ankläger Galileis. Der Kampf der römischen Kirche gegen die Lehre von der Erdbewegung wie überhaupt gegen den Geist der neuen Zeit, den sie mit Tortur und Scheiterhaufen, mit allen Mitteln der brutalen Gewalt zu ersticken hoffte, gehört zu den schmachvollsten Ereignissen der Weltgeschichte. Man sollte daher meinen, daß es heutzutage keinem Menschen, auch dem überzeugtesten Anhänger der katholischen Kirche nicht, je einfallen würde, die Handlungsweise der damaligen kirchlichen Machthaber irgendwie in Schutz zu nehmen. Aber siehe da! es findet sich heute noch ein Jünger der Gesellschaft Jesu, der das Werk der Ehrenrettung jener Geistesbenker unternimmt und die Schuld an dem „immerhin bedauerlichen „Galilei-Fall" dem Opfer selbst zuschiebt.

Anläßlich der im Jahre 1909 erschienenen groß angelegten Lebensbeschreibung Galileis von E. Wohlwill, deren bis jetzt vorliegender erster Band bis zum Abschluß des Prozesses von 1616 reicht, unternimmt der Jesuit A. Linsmeier in der „Zeitschrift für katholische Theologie" die obenerwähnte gottesgefällige Mission. Da in jenem Prozesse die Lehre des Kopernikus über die Bewegung der Erde als „schriftwidrig" verurteilt wurde, 17 Jahre später aber dem greisen Galilei aus diesem Urteil eine neue, schon endgültige Verurteilung erwachsen ist, so wendet jetzt der gelehrte Pater alle seine Verstandeskräfte an, um zu beweisen, daß es vorzüglich die naturwissenschaftlichen Mängel der galileischen Lehren waren, wodurch die Entscheidung der Kongregation vom Jahre 1616 durchaus notwendig geworden ist. Diese nachträgliche Vermummung des würdigen Ketzergerichts in eine Akademie der Wissenschaften wirkt desto komischer, je mehr sich der geistige Abkömmling der galileischen Richter damit abgibt, dem Galilei selbst für seinen „überstürzten Eifer" gehörig den Kopf zu waschen. „Es war unklug und ein überstürzter Eifer, daß Galilei sich vorzeitig auf Erklärung von Schrifttexten einließ. Der vernunftgemäße Vorgang wäre gewesen, zuerst seine neue Bewegungslehre, seinen neuen Trägheitsbegriff und die daraus sich ergebende Widerlegung beliebter Gegenbeweise vollständig auszuarbeiten und zu veröffentlichen. . . . Erst nach die er Vorarbeit wäre es möglich gewesen, in der außerordentlichen Einfachheit der neuen astronomischen Lehre einen triftigen Grund zu erkennen, vom Wortlaut gewisser Schrifttexte abzuweichen." . . .

So, nun wissen wir, wie es kommen müßte, damit sich alles in ein Wohlgefallen auflösen könnte. Vielleicht entwirft der würdige Pater nächstens ein Programm, wie sich die Wissenschaft bei ihrer Forschung künftig zu verhalten hat.

Die Verbrechen der Kirche an unserer Geisteskultur sind so zahlreich wie Sand am Meere. Sie derzeit zu begehen, war gewiß kein Heldenstück, mag aber in gewissem Sinne psychologisch begreiflich sein. Sie jetzt zu beschönigen, wo eben dieselbe Kirche die Früchte der von ihr seinerzeit verdammten Lehren bequem und seelenruhig verzehrt, ist noch weniger heldenhaft und zeugt von keinem Ueberfluß an Witz. Aber dazu noch die Opfer jener Verfolgungen nachträglich zu verhöhnen, das verrät doch eine Gesinnung, vor der sicherlich auch die Richter Galileis so etwas wie Scham empfunden hätten.

Theater.

Theater in der Königgrätzer Straße: „Brand" von Ibsen. Seitdem das Schillertheater vor Jahren den Versuch gewagt, ist Ibsens „Brand" nicht mehr über eine Berliner Bühne gegangen. Um so verdienstvoller war die Erneuerung des Experimentes durch die Meinhardt-Bernauersche Direktion. Auch wenn die Verlebendigung im Bühnenbilde nur zum Teil gelang, die Annahme, daß die Eigenart der Dichtung einer Verkörperung im Theaterrahmen vielfach widerstrebe, sich bestätigte, lenkte die Aufführung den Blick auf ein für Ibsens Entwickelungsgang höchst charakteristisches Werk, ein Gedankendrama von intensivster Innerlichkeit zurück. Es ist etwas vom Geiste Kierkegaards darin, von jenem Geist, der flammend im Zorn den Stumpfsinn und die Heuchelei einer sich „christlich" nennenden Gesellschaft geißelt, jenen Wahrheitssinn, der bei dem Widerspruche von angeblichem „Glauben" und wirklicher Gesinnung ein klares Entweder—Oder heischt. Will man so leben, wie es alle, die Besseren wie die Schlechteren, tun; als Naturwesen, die allüberall für sie selber möglichst günstige Kompromisse schließen, dann soll man sich auch eingestehen, daß dies Verhalten in evidentem Widerspruche steht zu Jesu Verkündung, daß niemand könne zween Herren dienen. Die Kirche selbst mit ihren alles sanktionierenden Kompromissen, die sich als Versorgungsanstalt für das Wohlergehen der Gläubigen in einem künftigen Leben etabliert hat, ist an solchem Maßstabe gemessen nicht weniger unchristlich wie die Gesellschafts- und die Staatsordnung. Um diesen Angelpunkt kreist Brands Bewußtsein. Gegen Dogmen so gut wie gleichgültig, empfindet er den Zwiespalt zwischen Sein und Sollen — einem Sollen, daß die unbedingte Unterwerfung aller natürlichen Triebe unter ein höchstes Gebot im Sinne Christi vorschreibt —, als schmerzlichste Gewissensnot. Nicht Jesus der barmherzige Menschen- und Kinderfreund, der Jesus, der da sagte, er sei gekommen, das Schwert zu bringen, steht ihm vor den Augen. Für diesen will er zeugen vor der Welt. „Alles oder nichts" ist Brands Lieblingsspruch. So absurd sein Tun und Handeln dem natürlich Unbefangenen Menschenverstande erscheinen muß, so tief ist diese maß- und ziellose Dialektik einander übertrumpfender Forderungen im Wesen einer ethisch-religiösen, absolute Postulate aufstellenden Ideologie angelegt. Wohl um uns fernliegende, aber darum, nicht um erkünstelte Probleme handelt es sich in dem Drama. Daß die Ausführung nicht durchweg von poetisch bildnerischer Kraft getragen wird, streckenweise in schematischer Skizzierung verläuft, ändert an diesem Grundcharakter nichts.

Ein düsterer Schatten, an Ewiges mahnend, teilt Brand, der in den Bergen schweifende Prophet dem fröhlichen Brautpaar Einar und Agnes gegenüber. Daß er zu einem Sterbenden gerufen, sein eigenes Leben im sturmgepeitschten Fjord aufs Spiel setzt, gewinnt ihm Agnes' anbetende Liebe und Bewunderung. Jedes Leiden will sie an seiner Seite auf sich nehmen. Eher opfert der harte Gatte das Leben des Söhnchens, der in der eisigen Luft und Düsterheit des Pfarrhofes hinsiecht, als daß er auch nur den Schein erwecken möchte, er könne seine Aufgabe im Stich lassen. Der eigenen Mutter verweigert er nach langem inneren Kampf den letzten Segen, da sie die Buße, die sie läutern sollte, nicht über sich gewann. Den Höhepunkt erreicht das Drama in den Szenen des vierten Aktes, da Brand, der die geliebte Frau aus erdenschwerem betäubenden Verzweiflungsschmerze um das gestorbene Kind erretten, ihre Seele im Glauben stählen will, verlangt, sie soll die als Reliquien bewahrten Kleider ihres Kleinen — alle bis aufs letzte — für das frierende Kind einer bettelnden Zigeunerin hergeben. Es ist ein Opfer über die Kraft! Was sie erlösen sollte, tötet sie! — Der Schlußakt ist ganz allegorisch. Die Kirche, die Brand vom Gelde seiner Mutter Agnes zum Gedenken erbaut hat, scheint ihm, kaum vollendet, ein schlechtes Gotteshaus. Staatlich bestallte gleisnerische Salbader werden dort von der Kanzel reden. So fordert er das Volk auf, ihm zu den schneeigen Firnen des Gebirges zu folgen, Gott aufzusuchen in den erhabenen Einsamkeiten der Natur. Eine Lügennachricht des Vogtes, daß ein gewaltiger Heringsschwarm, reiche Beute verheißend, sich im Fjord heranwälze, genügt, die Schar, die Brand begleiten wollte, zu sprengen. Er bleibt allein mit einem wahnsinnigen Zigeunermädchen. Eine Lawine begräbt ihn und vom Himmel her über den Leichnam des ewig ungeduldigen Forderers und Anklägers tönt eine Stimme: Gott ist ein Gott der Liebe.

Irene Triesch spielte die Agnesszene des vierten Aufzuges mit rührend zartester Beseelung. Rosa Bertens war vortrefflich als die im Geiz versteinerte alte Mutter Brands. Karl Meinhards Vogt und Otto Gebührs Probst repräsentierten markant charakteristisch das hausbackene, stets mit den niedrigsten Motiven rechnende Philistertum. Herr Hartau in der Figur des Brand bot eine wohldurchdachte fleißig ausgefeilte Leistung, die aber den Zuschauer nicht zwingend in den Bannkreis der großen Ibsenschen Gestalt festzuhalten vermochte. Die gereimte deutsche Uebersetzung von Christian Morgenstern führte ein gut Teil unnützen und störenden Wortgeklappers mit sich. dt.

Humor und Satire.

Der Kaiserbecher.

Wehklagt, ihr loyalen Zecher,
Weil in Mainz, der treuen Stadt,
Ha, ein Dieb den Kaiserbecher
Meuchlings nachts gestohlen hat!

Schön aus Silber und aus Golde
Im Museum stand er da,
Wo man Patriotenbolde
Eifrig ihn beschnüffeln sah.

Im Auguste Achtundneunzig
Nahm S. M. daraus den Trank
Und empfand seitdem als Freund sich
Mainz verpflichtet, Gott sei Dank.

haltung der „geschäftlichen Maßnahmen" verpflichtet sei. Die Regierung scheint auch fiskalische Werke auf diese Weise schützen zu wollen, die durchaus keine Musterbetriebe sind. Es ist Pflicht der Regierung uns die betreffenden Kaliwerke, deren Löhne in der Denkschrift veröffentlicht sind, zu nennen. Auch über die Betriebsverhältnisse wird die Verteilungsstelle getäuscht. Die Wünsche der Bergarbeiter und der Allgemeinheit für das neue Gesetz gehen dahin: Das Abteufen neuer Schächte muß überhaupt inhibiert werden. Zwei Schächte müssen allerdings überall vorhanden sein. Dann muß der Arbeiterschutz verbessert werden. Tarifverträge dürfen keine Lohnreduzierungen bringen und dürfen dem Arbeiter nicht aufgezwungen werden; sie müßten am besten von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden. Vor allem müssen die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein. Das Koalitionsrecht der Bergarbeiter darf in ihnen nicht eingeschränkt werden. Es darf nicht so gehen wie in Saarbrücken, wo die Regierung einen Vertrauensmann der Arbeiter gemaßregelt hat. Die Kostenübertragung muß den Arbeitern bekannt gemacht, mindestens der Bergbehörde mitgeteilt werden. In der Kommission ist uns erklärt worden, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen wird, damit die Arbeiter immer wissen, ob sie Lohnentschädigung zu verlangen haben. Der Schutz für die Steinkohlenarbeiter, daß sie bei über 28 Grad Celsius nur sechs Stunden zu arbeiten brauchen, muß auch auf die Kaliarbeiter ausgedehnt werden; bei 22 Grad Celsius dürfte höchstens sieben Stunden gearbeitet werden. Eine

gesetzliche achtstündige Maximalschicht

muß eingeführt werden; im Kalibergbau hat eines nach der Denkschrift noch eine neunstündige. Der Minister sollte den Namen dieses Werkes nennen. In England, Frankreich, selbst in Spanien haben die Bergarbeiter seit 1911 gesetzlich geregelte Arbeitszeit, in Amerika, in Holland, in Kanada haben wir achtstündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt gesetzlich bestimmt, in Neuseeland ist Frauen- und Kinderarbeit im Bergbau gesetzlich verboten. Wie sieht es dagegen in Deutschland aus! Noch nirgends haben wir gesetzlich die achtstündige Schicht. Der Gesundheitszustand der Bergarbeiter ist infolgedessen hundemiserabel, 60 bis 70 Prozent, bei manchen Werken fast 100 Prozent, werden krank. (Hört! hört! b. d. Soz.) Die Ueberschichten sind horrend; während der Kampagne werden 57 Schichten im Monat verfahren. (Hört: hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in der Lohnzahlung sind uns andere Länder, auch Oesterreich weit voraus. Die Vorschriften über die Wetterführung müßten besser beobachtet werden. Die jämmerlichsten Zustände herrschen in bezug auf die Wascheinrichtungen; man gibt den Leuten nicht einmal die Gelegenheit, ihre vom Salz zerfressenen Hosen auszuwaschen. Wenn der Kalibergbau auch nicht die Gefahren des Kohlenstaubes mit sich bringt, so beißt bei der langen Arbeitszeit das Salz in die Augen und bringt Gesundheitsschädigungen mit sich. Auch die Abwässerfrage muß geregelt werden; man darf nicht dulden, daß die Flußläufe weiter versalzen, sozusagen versaut werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schließlich noch eine Anregung. Es liegt im Interesse der Gesamtheit, wenn auch die Nebenprodukte besser ausgenutzt werden. Wir schwimmen in Deutschland nicht im Golde, aber wir schwimmen im Salz. (Heiterkeit.) Früher wurde sogar das Kalisalz auf die Halde geworfen, bis man seinen Wert erkannte. Ich hoffe, daß im Sinne dieser meiner Ausführungen das neue Gesetz gestaltet wird, im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiter. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Richter: Es ist richtig, daß die Entwickelung der Kaliwerke eine unhaltbare geworden ist. Es ist ganz unwirtschaftlich, wenn eine Anzahl Werke für eine Förderung gegründet werden, die auch von wesentlich weniger Werken geleistet werden kann. Auch darin stimme ich dem Vorredner bei, daß die Gestaltung des Gesetzes an dieser fieberhaften Gründung von Werken Schuld ist. Zur Abhilfe hat der Vorredner die Verstaatlichung empfohlen. Meine persönliche Meinung ist, daß der Gedanke des Kalimonopols sehr viel Sympathisches hat. Aber die Monopolisierung hätte vor sehr langer Zeit schon in Angriff genommen werden müssen, heute wird sie schwer durchzuführen sein. Sie würde erstens $1^1/_2$ Milliarden kosten, und zweitens hängt über einem solchen Kalimonopol heute immer das Damoklesschwert, daß auch außerhalb Deutschlands Kali gefunden werden kann. Dann wären die ganzen Aufwendungen für das Monopol umsonst gewesen. Die Quotenbestimmungen des Gesetzes sind zweifellos abänderungsbedürftig. Alle diese Uebelstände sind in einer Denkschrift im Reichsamt des Innern zusammengestellt; wir wollen sie aber noch ergänzen, indem wir den Weg zur Besserung zeigen. Wie das darauf beruhende Gesetz aussehen wird, vermag ich heute noch nicht zu sagen. Der Vorredner bemängelte, daß im Kalibergbau die Arbeitszeit nicht gesetzlich geregelt ist, wie im Steinkohlenbergbau. Aber hier kann die hohe Temperatur nicht so leicht ertragen werden. Dann beschwerte sich Herr Sachse, daß die Arbeiter einen Revers unterschreiben mußten, keiner Organisation anzugehören. In dieser Beziehung ist Remedur geschaffen. Die Tarifverträge konnten wir nach Lage der Gesetze nicht veröffentlichen, da die eine Seite es nicht wünschte; ich habe aber denselben Einwand erhoben, wie Herr Sachse, ich begreife nicht, wieso die Herren die Veröffentlichung verweigern, da doch jeder, der Interesse daran hat, sich die Verträge, die ja in Händen so vieler Arbeiter sich befinden, leicht verschaffen kann. (Sehr richtig!)

Abg. Speck (Z.). Die guten Absichten des Kaligesetzes sind nur zu einem kleinen Teil erfüllt worden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Für das neue zu erwartende Kaligesetz hat der Abg. Sachse eine große Reihe Wünsche über den Arbeiterschutz und den Betrieb geäußert, die wir größtenteils teilen und auch unterstützen werden; doch werden wir mit der Aufnahme der Wünsche ins Gesetz vorsichtig sein müssen, damit es nicht am Widerspruch des Bundesrats scheitert.

Gegen die im Etat vorgesehene Erhöhung der Propagandagelder habe ich keine Bedenken; meine Freunde werden auch dem Antrag Behrens, diese Gelder noch um 100 000 M. zu vermehren, zustimmen. — Bei der Verwendung dieser Gelder zu Versuchen in den Kolonien sollte auch die Marine- und die Kolonialverwaltung zugezogen werden. Bei der Verteilung und Verwendung der Gelder muß auch der Reichstag ein wirksames Mitbestimmungsrecht haben. — Der Hauptzweck des Gesetzes, die Einschränkung der Produktion, ist nicht erreicht worden. Soll dieser Zweck durch das neue Gesetz erreicht werden, so muß es rückwirkende Kraft erhalten, damit nicht inzwischen neue Schächte in Angriff genommen werden. Das verlangt die Budgetkommission mit der von ihr beantragten Resolution. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Bärwinkel (natl.) warnt davor, daß bei dem neu zu erwartenden Kaligesetz der Reservefonds zu anderen Zwecken verwendet werde als zur Hebung des Kaliabsatzes. Die im Etat für die Inlandspropaganda geforderte Summe erscheint mir hoch genug, und deshalb kann ich, wenigstens für meine Person, dem Antrag Behrens nicht zustimmen. Die Auslandspropaganda hätte stärker sein können; wir hätten dadurch den Absatz wahrscheinlich erheblich gesteigert. Der Ueberproduktion, der Eröffnung neuer Schächte muß Einhalt getan werden, darüber war man sich in der Kommission einig. Nur über das Wie ist man sich nicht einig. Die Sozialdemokraten kommen mit ihrer utopistischen Idee einer Verstaatlichung ohne Entschädigung. Dieser Weg ist natürlich nicht gangbar. Aber wir müssen uns die Freiheit auch zu einem etwas gewaltsamen Eingriff vorbehalten. In diesem Sinne ist die Resolution der Kommission gefaßt und absichtlich etwas kautschukartig gehalten. — Eine Regelung der Abwässerfrage durch Gesetz ist unnötig, man kann sehr gut mit der staatlichen Kontrolle auskommen; was Graf Posadowsky im vorigen Jahr über die Versalzung der Flüsse vortrug, war nicht richtig und ist auch in der Presse widerlegt worden. Auf keinen Fall darf ein Gesetz einseitig die Abwässer der Kaliwerke betreffen, und die Verunreinigungen der Flüsse durch andere chemische Fabriken unberührt lassen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Arnstadt (k.): Wir müssen das Verständnis für die Kalidüngung immer mehr verbreiten; sie hängt mit der Frage der Fleischerzeugung aufs engste zusammen. Aber auch für die Getreideerzeugung kann die Kalidüngung eine erhebliche Rolle spielen. Wir begrüßen es daher mit Freude, daß für den Antrag Behrens eine Mehrheit im Hause vorhanden ist. Die Propagandagelder für den Bund der Landwirte sind viel zu gering. Früher sprach man von Schmiergeldern. Auf diesen alten Ladenhüter scheint man jetzt nicht mehr zurückzukommen. Der politische Standpunkt spricht hier gar nicht mit, es ist ein wirtschaftlicher Verband, der in dieser Beziehung seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Er hat mehr ausgegeben, als er bekommen hat. Natürlich sollen auch andere Genossenschaften wie der Reichsverband ländlicher Genossenschaften reichlich bedacht werden.

Unterstaatssekretär Richter: Wir sind bemüht, den Wünschen der einzelnen Verbände nach Propagandageldern nachzukommen. Natürlich ist es für die Regierung nicht leicht, allen Wünschen gerecht zu werden. Ueber die Regelung der Kaliabwässerfrage resp. aller Abwässer schweben Verhandlungen zwischen den Regierungen.

Abg. Gothein (Vp.): Die Notwendigkeit der Kalipropaganda habe auch ich stets betont. Ob die Fonds immer richtig verwandt werden, ist eine andere Frage. Tatsache ist, daß dieselben Redner des Bundes der Landwirte, die für Kali Propaganda machen, nachher politische Reden halten. Daher wäre es richtiger, daß ein politischer Verein wie der Bund der Landwirte keine solchen Propagandagelder erhielte. Gegen die Erhöhung der Fonds für die Inlandspropaganda wenden wir uns entschieden. Dafür ist schon so viel Geld ausgegeben, wie man kaum verantworten kann. Viel mehr müßte für die Propaganda im Ausland, wo der Absatz noch erheblich zu heben ist, geschehen. Die beste Propaganda für Kali ist und bleibt ein billiger Preis. Der Reservefonds ist bestimmt für die Förderung des Kaliabsatzes, es steht mit dem Gesetz in Widerspruch, wenn schon im voraus im Etat eine große Zuweisung an den Reservefonds vorgesehen wird. Der Kalikrisis gehen Sie nicht mehr aus dem Wege, auch nicht durch ein paar Aenderungen des Gesetzes. Ihr Mangel an Mut und Entschlußkraft war daran schuld. Die Sozialdemokraten, die wegen der Schaumklöße für die Arbeiter dem Gesetz zugestimmt haben, sagen nun, all das wäre nicht eingetreten, wenn die Verstaatlichung erfolgt wäre. Gewiß hat die Verstaatlichung etwas für sich, aber sie darf nicht erfolgen in einer Gründerperiode. Wir sind stolz darauf, daß wir trotz mancher populären Stimmungen geschlossen gegen das Gesetz gestimmt haben. Der Resolution der Kommission stimmen wir zu. Das Unheil einer fürchterlichen Kalikrisis aber ist durch alle Gesetzesänderungen nicht mehr aus der Welt zu schaffen und Sie (nach rechts) tragen die Verantwortung. (Bravo! links.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Auf die Verwendung der Propagandagelder muß der Reichstag Einfluß, zum mindesten Kontrolle behalten. Wenn das Kalisyndikat die Verteilung vorzunehmen hat, sind Mißbräuche eher möglich. Daß für die Inlandspropaganda genug geschehen ist, bestreite ich. Einer Verstaatlichung würden wir sympathisch gegenüberstehen, bezweifeln aber, daß die Schwierigkeiten einer gerechten Abfindung sich überwinden lassen.

Die Tarifvertragsklausel des Kaligesetzes mag mangelhaft sein; aber die bei der Beratung des Gesetzes von den Sozialdemokraten beantragte war noch mangelhafter, da sie die Möglichkeit einer Förderung des Tarifvertragswesens ausschloß. In der neuen Vorlage werden wir die Mängel auszubessern suchen; dazu müssen aber die Anträge besser vorbereitet werden, als damals die sozialdemokratischen. — Die vom Abg. Sachse vorgebrachten Wünsche werden wir beim Kaligesetz kaum erfüllen können, wenn wir hier oder im Bundesrat eine Mehrheit haben wollen, auch gehört die Regelung einer Reihe der von ihm vorgetragenen Wünsche in die Gewerbeordnung. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.):

Den vielen Leichenreden über das Kaligesetz will ich keine neue hinzufügen. Allerdings scheint hier wieder eine Unstimmigkeit zwischen einem Reichsamt und einem preußischen zu bestehen. Will man dem Chef der preußischen Bergverwaltung glauben, so scheint die Kaliindustrie nicht so bedroht, wie es hier dargestellt wird. Wenigstens hat bei einem Fest des Kalisyndikats der Oberberghauptmann Vehlsen ausgeführt, die Kaliindustrie habe sich trotz aller Schwierigkeiten gut befunden, sie erscheine als ein recht gesunder Junge. Nun, uns erscheint sie vielmehr wie

ein aufgeschwemmter und krankhaft entwickelter Junge.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Kaligesetz wollte auf eine Verminderung der Schächte hinwirken; eingetreten ist das genaue Gegenteil, eine ganz wüste Vermehrung der Werke. Auffallend ist, daß beim Kaligesetz die Regierung nicht von einem Schutz der Arbeitswilligen sprach, sondern sogar einen Koalitionszwang einführte, die Werke wurden gezwungen, der begünstigten Organisation, dem Syndikat beizutreten. Eine der schlimmsten Wirkungen des Gesetzes war die sogenannte Quotenjagd, die Sucht der Werke, ihren Anteil an der Produktion möglichst zu erhöhen. Diese Sucht hat nicht zu einer Konzentration der Bergwerksbetriebe geführt, sondern zu einer starken Zerstückelung. Neben dieser Zerstückelungstendenz geht allerdings die allgemeine kapitalistische Konzentrationstendenz einher, die sich aber nicht vollständig durchsetzen konnte. Am lebhaftesten hat sich der Konzentrationsprozeß bei den staatlichen Bergwerken bemerkbar gemacht. Das Reichsamt des Innern wird ernsthaft zu prüfen haben, ob in all diesen Fällen der Konzentration die Bestimmung des § 19 des Kaligesetzes zugunsten der Arbeiter beobachtet worden ist, wonach Arbeiter, die infolge einer solchen Zusammenlegung beschäftigungslos werden und eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsgelegenheit nicht finden, von dem Unternehmer Ersatz für den Einnahmeausfall zu verlangen haben. Diese Verpflichtung scheint nicht in allen Fällen, wie mir z. B. auch aus meinem Wahlkreise berichtet worden ist, beobachtet zu werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die sinnlose Verschwendung von Geld und Kraft, die darin liegt, daß Kaliwerke nicht angekauft werden, um Kali zu produzieren, sondern um Quoten zu erlangen, ist schon genügend gesprochen worden. Zehntausende von Kubikmetern Salz werden auf die Halde geworfen, und so wunderbar ist unsere Gesellschaftsordnung, daß dasselbe Salz, wenn es in den Haushalt kommt, für den Konsum der breiten Massen mit einer Steuer belastet ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Geschäftsbericht des Kaliwerks Aschersleben weist mit Recht darauf hin, daß in derselben Zeit, wo zahllose Kaufleute nicht imstande sind, zu erschwinglichen Bedingungen Kredit zu bekommen, Tausende von Millionen Kapital im Kalibergbau sinnlos in die Erde geworfen werden. Der Schächtebau an sich ist ja schon ein sehr gutes Geschäft für leistungsfähige Firmen und dahinterstehende große Bankgeschäfte. Einer Firma wie Orenstein u. Koppel ist es ganz gleich, was aus der Kaliindustrie wird, wenn sie nur ihre gut bezahlte Arbeit bei der Niederbringung von Schächten hat. Was ein Mittel zu einem höheren Zweck sein sollte, wird hier, wie so oft in unserer so wunderbaren Gesellschaftsordnung, zum Selbstzweck. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich ist auch viel Geld verspekuliert worden und durch Spekulation gewonnen worden. Sie dürfen aber nicht denken, daß wir bei den Monopolideen diese gewaltigen Spielerverdienste entschädigen wollen. Wer solche Papiere kauft, muß eben auch mit dem Verlust rechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die weitaus überwiegende Zahl der Kalibergwerke haben große Ueberschüsse gehabt. Diese Ueberschüsse sind zum Teil herausgewirtschaftet durch Erniedrigung der Löhne der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Daß Herr Behrens die einzige Schutzbestimmung des Gesetzes, die über die Tarifverträge, auch jetzt noch bekämpft, ist eigentlich wunderbar. Sein Kollege Schiffer hat seinerzeit unseren Anträgen zugestimmt.

Auf den staatlichen Kalibergwerken in meinem Wahlkreise sind die Löhne niedriger als im allgemeinen Durchschnitt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das staatliche Werk in Bleicherode hat in den Verträgen, daß 4—5 M. Lohn für die achtstündige Arbeitsschicht und darüber bezahlt wird. Das erweckt den Anschein, als ob mehr wie 5 M. bezahlt wird, während das „darüber" sich nur auf die achtstündige Schicht bezieht, also auch für eine längere Schicht werden nur 4—5 M. bezahlt. Bei einem Privatmann, der derartiges täte, würde man vom Schwindel sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei einem staatlichen Werk ist das natürlich ausgeschlossen.

Die Verstaatlichung wollen wir natürlich nur auf der Grundlage durchführen, daß allen Teilen damit geholfen ist, nicht nur der Landwirtschaft, sondern vor allem auch der Arbeiterschaft, die heute in dem angeblich gesunden Kalibergbau unter den schrecklichen Verhältnissen in gesundheitlicher Beziehung zu leiden hat. Es war wirklich ein sehr magerer Trost, daß der Unterstaatssekretär meinte, die Arbeit im Kalibergbau sei nicht so gesundheitsschädlich wie im Kohlenbergbau angesichts der Tatsache, daß der Kalibergbau

1500 Tote und 120 000 Verwundete

zu der Zahl der in industriellen Betrieben verunglückten Arbeiter stellt. Die Herren Verwaltungsbeamten, die über die Schmerzen und den Jammer der Bergarbeiter zu entscheiden haben, sollten einmal selbst 14 Tage lang ein paar Stunden unter die Erde gehen, dann würden sie erfahren, wie es tut, sich in solchen Temperaturen aufzuhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem Festessen des Kalisyndikats hat sich der Oberberghauptmann v. Velsen über die Gestaltung des neuen Kaligesetzes geäußert, ohne dabei auch nur mit einem Wort die Arbeiter zu erwähnen. Wir erwarten, daß das Reichsamt des Innern diese Sitten preußischer Beamten nicht mitmacht, sondern sich auch mit den Arbeitern und ihrer Gewerkschaft in Verbindung setzt, wenn es sich um die Gestaltung des neuen Gesetzes handelt. Bei unserem Eintreten für die Verstaatlichung kann uns auch die Entschädigungsfrage nicht schrecken. So sehr viel wohlerworbene Rechte gibt es im Kalibergbau nicht.

In der „Deutschen Tageszeitung" finden sich sehr schöne Artikel gegen Mammonismus und Materialismus; aber den „Tanz um das goldene Kalb" der Propagandagelder und der Dividenden aus den chemischen Fabriken des Bundes der Landwirte macht die „Deutsche Tageszeitung" recht lustig mit. (Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Die Nationalliberalen sollten gerade aus nationalen Ursachen für den Monopolgedanken eintreten. Dieser wird schließlich so stark sein, daß selbst der Abg. Gothein aus einem Saulus zu einem Paulus wird, namentlich wenn er sich noch länger unserer aufklärenden Nachbarschaft erfreut. (Heiterkeit.) Wenn wir unsere Propaganda fortsetzen, so hoffe ich, daß wir alle das Monopol noch erleben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion schließt. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. (Fortsetzung des Etats.)
Schluß $6^1/_4$ Uhr.

Parlamentarisches.

Das Petroleummonopol in der Reichstagskommission.

Nachdem von zwei Mitgliedern der Kommission am Freitag die Ergebnisse der Debatten über die Versorgungs- und Preisfrage in ihren negativen und positiven Teilen nochmals zusammengefaßt waren und nachdem Müller-Fulda erklärt hatte, daß er den Vertrag der Regierung mit der Steaua Romana, den die Regierung der Kommission vorenthält, genau kenne, ging man in der Generaldiskussion über zu einem neuen Punkte: der Möglichkeit des staatlichen Eingreifens. — Das Zentrum sprach sich entschieden gegen ein Eingreifen des Reichs durch die Schaffung eines Monopols in irgend welcher Form aus. Es befürwortet den Weg der vertraglichen Verständigung mit den für die Versorgung des deutschen Marktes in Betracht kommenden vier Lieferungsgesellschaften. Das Zentrum sei auch bereit, zum Schutze der Konsumenten gegen die Ausbeutungsgelüste des Trusts ein kleines Kartellgesetz zu machen. Es werde gegen das Monopol stimmen. Wenn aber doch eins gemacht werden sollte, dann könnte es nur ein Monopol in Regie des Reiches sein.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion lehnte das Eingehen auf die Vorschläge des Zentrums als unpraktisch ab. Der Vertragsabschluß des Reichs mit den vier Gesellschaften würde die Kartellierung geradezu hervorrufen und so die Abhängigkeit des Reiches und der Konsumenten noch steigern. Kartellgesetze aber seien schwierig zu machen und bleiben in der Regel ohne Erfolg, wie der Kampf der amerikanischen Regierung gegen die Standard Oil Co. aufs beste beweise. Es bleibe bloß das Monopol, und

---

Wird die Freundschaft nicht verschwinden,
Wenn ihm nun zu Ohren kommt,
Daß sich dort ein Mensch tat finden,
Der auf nichts mehr Rücksicht nimmt?

Was geschehn ist, wer kann's wissen?
Zweifelnd tät man so und so.
(Unsre Polizei beflissen
Sucht ihn sicher anderswo.)

Jedenfalls ein Menetekel
Ist der leergeword'ne Fleck
Und der Brave kehrt voll Ekel
Sich von diesem Tekel weg!

Moppel.

Notizen.

— **Kunstchronik.** Die Corinth-Ausstellung wird an den Sonntagen nicht um 4, sondern um 6 Uhr geschlossen werden.

— Der Streit um „den reinen Toren". „Parsifal" wird in Monte Carlo nun doch in Form einer subskribierten Generalprobe aufgeführt. In Mailand soll er in der dortigen Skala in der Saison 1913/1914 unter allen Umständen in Szene gehen. „Das Schicksal des „Parsifal" in Monte Carlo", sagte der Herzog Visconti di Modrone, „wird für die Aufführung der Wagnerschen Oper in der Skala von keiner Bedeutung sein. Wir werden „Parsifal" in den ersten Tagen des Monats Januar des kommenden Jahres bestimmt zur Aufführung bringen. Kein Hindernis und kein „Veto" werden uns davon abbringen, da wir in dem uns durch das Gesetz gewährleisteten vollen Rechte sein werden. . . ."

— Der Eroberungszug des Filmtheaters. Mit feierlichen Schwüren der Dramatiker und Theaterdirektoren begann der Feldzug des Theaters gegen den Film. Aber bald fielen die Dichter um, nun folgt das Theater. Reinhardt hat die bedeutendsten Aufführungen des Deutschen Theaters einer Filmgesellschaft zur Reproduktion überlassen. Man beginnt mit der „Venezianischen Nacht".

— Die Musterwohnung im Gewerkschaftshause ist von nun an wieder Montag, Mittwoch und Sonnabend von 6—9 Uhr geöffnet.

— Der letzte Omnibus in Paris. Es war ein feierliches Begräbnis, dem eine ungeheure Menschenmenge beiwohnte, schreibt man der „Köln. Ztg.". Der Leichenzug setzte sich von der Place Saint-Sulpice, dem früheren Ausgangspunkt der täglichen Arbeit des Verschiedenen, in Bewegung. Sein Nachfolger, der Autobus, führte ihn der ewigen Ruhestätte zu. Es war ein vornehmes Begräbnis. Das Verdeck war mit Kränzen von Veilchen und Mimosen behängt, eine Reihe von Automobilen folgte, mit schwarzem Flor umwunden. Es war ein offizielles Begräbnis. Die Boulevards waren abgesperrt, damit der Zug vorüberziehen konnte, und die Kinematographen arbeiteten. Jetzt gibt es keinen Pferde-Omnibus mehr in Paris. Mit einer kleinen Fastnachtsposse, die von der Zeitschrift „Das Auto" veranstaltet und von den Behörden gnädig geduldet wurde, endigte sein Pariser Dasein.

zwar das reine Reichsmonopol. Die Gründe, die die Regierung dagegen anführe: Vermehrung des Beamtenheeres, Risiko des Reichs usw., seien durchaus nicht stichhaltig. Wenn man den Zweck des Monopols: Schutz der Konsumenten erreichen wolle, dann müsse die Vertriebsgesellschaft fallen. Der Gedanke, daß die Banken und das Privatkapital auf Kosten der Verbraucher hohe Dividenden zahlen, sei genau so zu bekämpfen, wie der andere Gedanke, daß das Reich das Monopol als Einnahmequelle benützen könnte. Die sozialdemokratische Fraktion erkläre sich grundsätzlich für den Monopolgedanken, lehne aber die Vertriebsgesellschaft ab und verlange das Reichsregierungsmonopol.

Die Vertreter der beiden liberalen Fraktionen sprachen sich gegen das Eingreifen des Reiches auf dem Wege des Vertragsabschlusses und der Kartellgesetzgebung aus, weil es nicht zum Ziele führe. Sie sind für ein Monopol und zwar für die Vertriebsgesellschaft. Sie erklären sich bereit, die Bestimmungen über die Vertriebsgesellschaft so zu ändern, daß der Einfluß des Reiches vermehrt und der der Banken wesentlich zurückgedrängt wird. Sie wollen auch Maßregeln treffen dagegen, daß das Reich das Monopol als Finanzquelle benützt. Die Liberalen werden also für den Monopolgedanken stimmen, aber in der Form der Vertriebsgesellschaft.

Da die Konservativen und Polen wegen des Schlusses der Sitzung noch keine Stellung zu der Frage der Betriebsform genommen haben, auch die Regierung zu dem Antrage der Sozialdemokraten auf Einrichtung des Reichsregiemonopols sich noch nicht geäußert hat, so läßt sich über das Schicksal der Regierungsvorlage sicheres noch nicht sagen. Es steht nur soviel fest, daß unter 28 Mitgliedern sicher 15, also die Mehrheit, für den Gedanken eines Monopols sind. Die nächste Sitzung wird die Entscheidung bringen sowohl über das Prinzip des Monopols als über die Frage, ob Reichsregie oder Vertriebsgesellschaft.

Wichtige Beschlüsse der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages pflegte in der Freitagsitzung eine allgemeine Aussprache über die wirtschaftliche Lage und über die Gehaltsverhältnisse der unteren und mittleren Reichspostbeamten. Die Erhöhung der Bezüge, die die Besoldungsreform vom Jahre 1909 gebracht hat, sind besonders für die erwähnten beiden Beamtenkategorien unzulänglich; ein Mißstand, der sich mit der inzwischen rapid vor sich gegangenen Teuerung verschlimmert hat. Die Regierung sieht dieser Entwickelung ziemlich tatenlos zu, ja, sie setzt den Bestrebungen des Reichstages, eine Besserung eintreten zu lassen, heftigen Widerstand entgegen. Der Unwille darüber brach allgemein durch. Schatzsekretär Kühn versuchte zu Beginn der Freitagssitzung die Kommission von ihrem Vorhaben abzubringen, die Bezüge der Beamten zu erhöhen. Um aber dem Reichstag entgegenzukommen, schlug er, der Schatzsekretär, für seine Person vor, die Kommission solle alle gestellten Anträge zurückziehen und dafür eine allgemein gehaltene Resolution annehmen, die die Regierung verpflichtet, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob und in welcher Art die Wünsche der Beamten erfüllt werden können. — Staatssekretär Kraetke schloß sich dem an.

Genosse Noske vertrat energisch eine Besserstellung speziell der Unterbeamten. Sei diese erfolgt, treten die Sozialdemokraten auch für Gehaltserhöhungen für mittlere Beamte ein. Die Verhältnisse zwingen dazu, für die Postbeamten etwas zu tun. Die Sozialdemokraten fordern, daß den rund 56 000 Unterbeamten eine Zulage von 100 M. pro Mann gegeben wird. Auf die unbestimmten Zusicherungen des Reichsschatzsekretärs könne sich der Reichstag nicht einlassen. Wenn auch die Finanzierung nicht leicht sei, möglich sei sie. Bei Rüstungsvorlagen finde die Regierung stets Auswege; warum denn nicht auch für die Beamten?!

Abg. Racken (Z.) glaubt, die Finanzierung sei leicht möglich, wenn die 7 Millionen, die mehr als gesetzlich vorgeschrieben, zur Schuldentilgung vorgesehen sind, ferner die eine Million der Ostmarkenlage, für die Beamten verwendet werden. — Merkwürdigerweise fand der Volksparteiler Hubrich (Sekretär des Verbandes der mittleren Postbeamten) die Erklärung des Schatzsekretärs nicht so abweisend, wie zu erwarten war. — Für die Konservativen erklärte Abg. Oertel, daß auch sie nicht mit sich handeln lassen werden. Die Regierung kenne die Verhältnisse und hätte sich darauf einrichten können.

Genosse Ebert wies darauf hin, daß im Westen des Reiches die Post vielfach wegen der schlechten Bezahlung Schwierigkeiten habe, Personal zu erhalten. Urlaubseinschränkungen, Ueberstunden und die Inanspruchnahme von militärischen Hilfskräften sind vorgekommen. Ein besonderer Uebelstand bestehe bei den Tagegeldern, die dringend der Aufbesserung bedürfen. Bei einem Ueberschuß von über 100 Millionen, wie ihn die Reichspost aufzuweisen hat, seien die gestellten Forderungen leicht zu erfüllen.

Die Kommission faßte hierauf die folgenden wichtigen Beschlüsse: Die Zahl der Oberpostassistenten wird von 36890 auf 38090 erhöht. Die vom Zentrum und den Sozialdemokraten geforderte Zulage von 100 M. für alle Unterbeamten fand ebenfalls Annahme, was eine Mehrausgabe von 5,4 Millionen Mark bedeutet. Weiter wurde die von den Sozialdemokraten angeregte und vom Zentrum dann beantragte Erhöhung der Tagegelder um 10 Proz. beschlossen. Diese Mehrausgabe beläuft sich auf 3,5 Millionen. Einstimmig wurde dann noch folgende Resolution angenommen: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, noch in dieser Session vor der dritten Lesung des Etats einen Gesetzentwurf zum Besoldungsgesetz vorzulegen, durch welchen für die Postassistenten und Postunterbeamten jene Gehaltssätze (1800—3600 M. resp. 1200 bis 1800 M.) eingefügt werden, welche der Reichstag im Jahre 1909 in zweiter Lesung beschlossen hat."

Die Annahme dieser Anträge bedeutet für die Regierung, besonders aber für den Staatssekretär Kraetke, abermals eine scharfe Niederlage. Da die Regierung den Anträgen sehr lebhaft widersprochen hat, darf man auf ihre Stellung zu den nun vorliegenden Beschlüssen neugierig sein. — Auf eine Anfrage, warum nicht auch die Postgehilfinnen nach einer bestimmten Dienstzeit unkündbar angestellt werden, erklärte die Postverwaltung, sie sei „kopfscheu" geworden, weil es Gehilfinnen gegeben habe, die sich pensionieren ließen und dann unter Hinweis auf ihre Pension durch Inserate sich Männer gesucht haben. Die Kommission forderte jedoch in einer Resolution die Regierung auf, auch die Gehilfinnen nach bestimmter Dienstzeit unkündbar anzustellen.

Noch ein ungültiges Reichstagsmandat.

Im Wahlkreis Offenburg-Kehl wurde der nationalliberale Abg. Kölsch mit einer Mehrheit von 4 Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums gewählt. Gegen diese Wahl war von den Anhängern des Zentrums Protest erhoben worden. Der Reichstag beschloß Beweiserhebung, deren Ergebnis nunmehr vorliegt. Die Wahlprüfungskommission konnte in ihrer Sitzung vom Freitag die Verhandlung noch nicht zu Ende führen, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß die Wahl des Abg. Kölsch für ungültig erklärt wird.

Jugendgerichte.

Die Reichstagskommission zur Schaffung eines Strafrechts für Jugendliche setzte am Freitag ihre allgemeine Vorbesprechung des Entwurfs fort und diskutierte über die Frage, ob die bedingte Verurteilung (im Gegensatz zu der jetzt in Uebung befindlichen bedingten Begnadigung) und die Rehabilitation Bestrafter in das Gesetz grundsätzlich aufgenommen werden sollte. Die Regierung erklärte zu beiden Punkten, daß für den Fall der Annahme, namentlich des ersteren Prinzips, der Gesetzentwurf sicher scheitern müsse, da die Einbeziehung beider Forderungen in das Teilgesetz der Bestrafung Jugendlicher einen Eingriff in den Bereich der bevorstehenden allgemeinen Strafrechtsreform bedeuten würde. Trotzdem wurden beide Anträge angenommen: der erstere mit 15 gegen 10, der letztere mit 12 gegen 11 Stimmen. Bemerkenswert war eine Mitteilung eines Regierungsvertreters, wonach für die allernächste Zeit eine Bundesratsverordnung in Aussicht steht, in der die Möglichkeit der Löschung von Strafen aus dem Strafregister in größerem Umfange zugelassen werden soll.

Aus der Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Württembergs

wendet sich nochmals in einer langen Erklärung gegen die „Schwäbische Tagwacht" und den „Vorwärts". Da indessen der sachliche Inhalt im umgekehrten Verhältnis zur Länge dieser Erklärung steht, begnügen wir uns mit einer kurzen Inhaltsangabe und einer ebenso kurzen Erwiderung.

Der Fraktionsvorstand versucht abermals nachzuweisen, daß in früheren Jahren niemand die Haltung der württembergischen Landtagsfraktion beanstandet, und daß insbesondere die Teilnahme der Fraktion an der höfischen Eröffnungsfeier des Landtags keinerlei Kritik erfahren habe. Demgegenüber steht zweifellos fest, daß bereits seit einer Reihe von Jahren auch in den Kreisen der württembergischen Genossen lebhafter Protest gegen Hofgängertum und Budgetbewilligung erhoben worden ist. Uebrigens kommt es darauf nicht im mindesten an, sondern einzig auf die Frage, ob das Verhalten der württembergischen Fraktion mit den Anschauungen der Gesamtpartei und den Parteitagsbeschlüssen in Einklang zu bringen ist. Da das nicht der Fall ist, war die Kritik an dem Verhalten der württembergischen Fraktion nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht der Parteigenossen, insbesondere auch der Parteipresse. Wohl aber ist es irreführend, diese Kritik als Ausfluß persönlicher Animosität hinzustellen. Wir bedauern es deshalb, daß der Fraktionsvorstand abermals von einer „persönlichen Vergiftung" des württembergischen Parteilebens spricht, statt sich in sachlicher Weise mit den Anschauungen seiner Kritiker auseinanderzusetzen. Solange der Fraktionsvorstand nicht Gründe für die Beteiligung an dem höfischen Akte der Landtagseröffnung vorzutragen weiß, sondern fortfährt, lediglich die Motive andersdenkender Genossen zu diskreditieren, müssen wir auf eine weitere Auseinandersetzung verzichten.

Nur das sei noch bemerkt: Die Erklärung behauptet, die Abstimmung auf der württembergischen Landesversammlung 1910 sei wenig beweiskräftig, da damals der größte Teil der Delegierten nicht mehr zugegen gewesen sei. Das mag sein; andererseits aber ist die Zusammensetzung der Landesversammlung infolge der ungeheuerlichen Benachteiligung der großen Parteiorganisationen eine derartige, daß auch bei vollzähliger Besetzung der Landesversammlung eine Abstimmung durchaus kein zuverlässiges Bild von der wirklichen Stimmung der württembergischen Genossen gewährt.

Ein verfehlter Vorschlag.

Die „Dresdener Volkszeitung" macht folgenden Vorschlag:

Wir möchten zu diesem neuesten württembergischen Streitfall zunächst unser Bedauern aussprechen, daß diese Angelegenheit wieder zu einer so unleidlichen Auseinandersetzung geführt hat.

Wenn ein Teil der Stuttgarter Parteigenossen das Verhalten der Landtagsfraktion nicht für richtig hält, so ist es darum noch nicht nötig gewesen, sogleich eine so umfassende Zeitungspolemik gegen sie einzuleiten, die ganze Oeffentlichkeit in Erregung zu setzen und zugleich den politischen Gegnern eine Freude zu bereiten. Die Folge der heftigen Angriffe der „Tagwacht"-Redaktion gegen die Fraktion war, daß dann wieder die Fraktion in erbitterten Aeußerungen erwiderte und hinter den gegen sie gerichteten Angriffen persönliche Gehässigkeit suchte. Es wäre unseres Erachtens weit richtiger gewesen, eine Streitfrage, wie sie sich an die Eröffnung des württembergischen Landtags anknüpfte, in Ruhe und Sachlichkeit zu behandeln und sie dem neuen Parteiausschuß zur Besprechung und Klärung zu überweisen. Gerade auch zu solchem Zwecke ist doch auf dem letzten Parteitag in Chemnitz diese Parteiinstanz eingesetzt worden. Dort kann eine derartige Frage nach allen Richtungen sorgfältig geprüft werden. Es ist recht bedauerlich, daß dieser durch das Organisationsstatut der Partei gewiesene Weg nicht eingeschlagen worden ist. Wir erwarten, daß jetzt noch versucht wird, den begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Das „Neckar-Echo" bemerkt dazu:

Obgleich wir der Meinung sind, daß es sich bei der Frage der Landtagseröffnung um eine innerpolitische Angelegenheit handelt, über welche die württembergischen Parteiinstanzen zu urteilen haben, stehen wir dem Vorschlage des Dresdener Bruderblattes nicht ablehnend gegenüber. Es kann nichts schaden, wenn im Parteiausschuß die Frage eingehend diskutiert wird. Dabei muß vor allem die staatsrechtliche Seite der Sache untersucht werden. Eine solche Prüfung innerhalb der zuständigen Parteiinstanzen halten wir für zweckmäßiger, als die endlosen Zerereien in der Presse, die zum Teil einen stark persönlichen Hintergrund zeigen und nur dem Gegner Wasser auf die Mühlen liefern.

Sowohl das Dresdener, wie das Heilbronner Parteiorgan empfehlen da einen Weg zur „Klärung" von polemischen Auseinandersetzungen über parteitaktische Fragen, den wir für völlig ungangbar erklären müssen. Der Austrag von solchen Meinungsfragen gehört in einer demokratischen Partei, deren Anhänger in ihrer Masse die einzuschlagende Taktik mitzubestimmen berufen sind, gerade vor die Oeffentlichkeit. Wollte man derartige Streitfragen, die natürlich in sachlicher Form auszutragen sind, einem kleinen Kreis von Genossen zur Klärung und Schlichtung übertragen, so liefe das nicht nur auf eine Bevormundung und Knebelung der Parteipresse hinaus, sondern auch auf eine Ausschaltung der großen Masse der Partei, die doch gerade zum eignen Prüfen und Denken erzogen werden muß! Daß der Parteiausschuß auch keineswegs als eine Instanz zur Erledigung oder auch nur „Dämpfung" von Parteidiskussionen gedacht war, beweisen zur Genüge die Verhandlungen des Chemnitzer Parteitages, besonders die Ausführungen des Referenten, des Mitgliedes des Parteivorstandes, Genossen Müller, der ausdrücklich erklärte:

„Man soll sich aber andererseits ... auch nicht der Illusion hingeben, als ob Streitigkeiten, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, in Zukunft ausgeglichen werden könnten durch den Parteiausschuß und damit aus der Welt geschafft wären. Das wird nicht der Fall sein. Wohl aber kann in vielen Fällen die Vorberatung im Ausschuß dazu beitragen, daß solche Streitigkeiten in Zukunft in der Form kameradschaftlicher ausgetragen werden, als das bisweilen früher der Fall gewesen ist. Aber innere Auseinandersetzungen der Partei zu ersparen, taktische Streitfragen zu erledigen, das soll und kann gar nicht die vornehmste Aufgabe des künftigen Parteiausschusses sein. Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen dem Kampfe gegen unsere Gegner dienen."

Der ungarische Generalstreiks-Parteitag.

Aus Budapest wird uns geschrieben: Nächsten Sonntag findet der außerordentliche Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie statt, der gleich nach dem Bekanntwerden der Wahlrechtsvorlage einberufen wurde, um den Kampf gegen die Arbeiterentrechtung zu organisieren. Alle Arbeiter- und Parteiorganisationen haben Vertreter nach der Hauptstadt entsandt. Der für die ungarische Arbeiterschaft so wichtige Parteitag wird also unter großer Beteiligung stattfinden. Von den ausländischen Bruderparteien erscheinen Genosse Vandervelde, Mitglied der belgischen Parteileitung und Genosse Friedrich Austerlitz aus Wien. Der Parteitag soll nur einen Tag dauern und hat nur die Frage des Wahlrechtskampfes zu beraten. Obwohl über den Ausgang des Parteitages kein Zweifel bestehen kann, der Generalstreik also mit Sicherheit kommt, blicken die bürgerlichen Parteien, wie die gesamte Bevölkerung doch mit Spannung auf diese Tagung, vielleicht im Stillen doch doch eine Abwendung des Generalstreiks erhoffend.

Die Regierung ist auf das äußerste gefaßt. Das zeigt die Rede des Ministerpräsidenten Lukas. Nach allen Seiten hin hat sie Vorkehrungen getroffen, die Sozialdemokratie niederzuringen. Der Vertrieb der Parteipresse ist im ganzen Lande untersagt. Polizei und Gendarmerie gehen gegen die sozialdemokratische Presse in echt magyarischer Weise vor. Durch vertrauliche Erlasse wurden die Behörden ersucht, die Arbeiterschaft streng zu überwachen und besonderes Augenmerk auf die „etwa aus der Fremde kommenden Agitatoren" zu haben. Diese sollen sofort den Gerichten übergeben werden. Das Regierungsorgan veröffentlicht die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, welche 5, 10 und 15 Jahre Zuchthaus gegen diejenigen androhen, die durch Aufreizung der Massen den Reichstag oder einen sonstigen gesetzgebenden Faktor an der Ausübung seiner Rechte und Arbeiten hindern. Das Organ unserer ungarischen Parteileitung, die „Nepszava" veröffentlicht als Antwort auf diese Drohung die Namen der Parteileitungsmitglieder und erklärt, daß diese Männer die Verantwortung für alle Folgen tragen. Es wird ausgeführt:

„Die Parteileitung übernimmt die Verantwortung für alle Folgen der Aktionen, die sie im Interesse des Wahlrechts unternimmt. Die Parteileitung hat auch das Strafgesetzbuch studiert und darin keinen einzigen Paragraphen gefunden, der verbietet, eine verhaßte Regierung zu stürzen. Der Kampf geht nicht um die Störung der Gesetzgebung, sondern um den Sturz der Wahlrechtsräuber. Die Parteileitung ist sich durch die Rede Lukacs klar geworden, daß das Recht gegen die Führer der Partei gebeugt werden soll. Sie erklärt daher öffentlich der Regierung, daß bereits nach der gehaltenen Drohrede des Ministerpräsidenten einige hundert Arbeiter im Parteisekretariat erschienen und dort das Gelöbnis ablegten: In demselben Moment, in dem die Parteiführer verhaftet werden, wird der Kampf der Arbeiterschaft auf das persönliche Gebiet geleitet und die Mitglieder der Regierung mit den gleichen Waffen bekämpft, die man gegen die Führer der Arbeiter anwendet."

Diese Darlegungen sollen keine Drohung sein. Sie sollen nur der Regierung reinen Wein einschenken über den Ernst der Situation. Wer die ungarischen Arbeiter kennt, wer ihre Wahlrechtskämpfe gesehen, weiß, daß die Arbeiter vor keinem Opfer zurückschrecken und daß es ihnen bitter ernst mit dem Kampf gegen die Reaktion ist. Der ungarische Wahlrechtskampf ist von so großer Bedeutung, daß die ausländischen Bruderparteien alle Veranlassung haben, die bevorstehenden Ereignisse mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Jahreskongreß der belgischen Arbeiterpartei.

Man meldet uns aus Brüssel: Der Kongreß der belgischen Partei, der alljährlich an den Osterfeiertagen stattfindet, wird diesmal, einem Beschluß des Generalrats zufolge, seine Verhandlungen auf drei Tage erstrecken, um eine gründlichere Beratung der Tagesordnung zu ermöglichen, als es bei der sonst üblichen Frist von zwei Tagen möglich wäre. Der erste Tag gilt dem Wahlrechtskampf und der Generalstreiksfrage, über welche Punkte Vandervelde und Parteisekretär Vandersmissen berichten werden. Ferner kommt die Militärfrage zur Verhandlung und als dritter Punkt das Sozialversicherungsprojekt der Regierung. Zu diesen Punkten kommen noch die Parteiberichte mit eventueller Diskussion.

Wie beim letzten Parteitag anläßlich der Generalstreiksfrage hat der Generalrat auch diesmal verfügt, daß zur Beratung über die Wahlrechtsfrage auch die nicht angeschlossenen Arbeiterorganisationen, die jedoch dem Prinzip des Klassenkampfes anhängen und sofern sie von den regionalen Föderationen anerkannt sind, Vertreter entsenden können. Bei der Abstimmung stimmen die Vertreter der angeschlossenen Organisationen mit roten, die der nicht angeschlossenen mit grünen Karten ab. Der Kongreß wird wieder im Brüsseler Maison du Peuple tagen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verunglückter Polizeikampf gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen.

Unser Vertrauensmann im Wahlkreise Hanau wurde wiederholt in Strafe genommen, weil er polizeilich nicht genehmigte Lichtbildervorträge veranstaltet haben sollte. Er legte jetzt Berufung ein und das Schöffengericht in Gelnhausen kam zu einer Freisprechung, da Lichtbildervorträge eine höhere künstlerische Veranstaltung seien, die der Genehmigung der Polizeibehörden nicht unterliegen und steuerfrei sind. Es ist beschämend, daß sich die Arbeiter das Recht auf weitere Bildung erst durch solche Urteile erkämpfen müssen.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die rumänische Petroleumindustrie

macht das „Bukar. Tagebl." recht günstig lautende Ausführungen. Danach betrug die Rohölgewinnung Rumäniens im Laufe des Jahres 1912 1 180 000 Tonnen, um 250 000 Tonnen mehr als im Jahre 1911, das seinerseits gleichfalls gegenüber dem vorangegangenen Jahre ein Mehrerträgnis von 200 000 Tonnen aufwies. Gleichzeitig dürfen die Aussichten für die Zukunft als überaus günstig bezeichnet werden, da Rumänien noch zahlreiche und ausgedehnte unerschlossene Oelfelder besitzt, auf die man die größten und berechtigsten Hoffnungen setzen darf. Diese voraussichtliche ständige Steigerung der Gewinnung wird die Rentabilität der rumänischen Petroleumindustrie um so günstiger beeinflussen, als die Nachfrage nach den Rückständen sowie nach den Nebenerzeugnissen des Petroleums, wie Benzin, Schmieröle usw., in der ganzen Welt eine ungewöhnlich steigende Richtung aufweist. Die Raffinerien haben im Jahre 1912 rund 1 673 000 Tonnen Rohöl verarbeitet, um nahezu 270 000 Tonnen mehr als im vorangegangenen Jahr, und im Anschluß daran ist auch die Ausfuhr auf 850 000 Tonnen (im Vorjahr 680 000 Tonnen) gestiegen. Die bereits bestehenden Gesellschaften haben im Laufe des Jahres ihr Kapital um 23 Millionen Lei vermehrt. Außer der von der Deutschen Bank finanzierten Steana Romana, die bekanntlich ihr Kapital von 40 Millionen auf 50 Millionen Lei erhöhte, sind noch anzuführen: Orion von 11 Millionen auf 15 Millionen Lei, The Banc Oilfields Ltd. von 700 000 Lei auf 2½ Millionen Lei, L'Anglo-Roumanian Petroleum Co., die Schuldverschreibungen für 1,25 Millionen Lei ausgab, und Roumanian Consol. Oilfields Ltd., von 18,75 Mill. auf 25 Millionen Lei. Neue Petroleumgesellschaften wurden in der Berichtszeit mit dem Gesamtkapital von 30 Millionen Lei geschaffen. Es sind zumeist englische Gesellschaften, bei denen sich die Höhe des tatsächlich eingezahlten Barkapitals sehr schwer bemessen läßt, da die Einlagen zumeist in Grundstücken, Sonden und anderen Einrichtungen erfolgen, die mit Aktien bezahlt wurden, während die Bareinzahlungen in der Regel sehr gering waren und zumeist als Vergütungen in die Taschen der Unterhändler flossen. Diesen neuen Gesellschaften fehlte es meistens gleich von Anfang an an dem nötigen Betriebskapital, so daß ihre Zukunft zum größten Teil recht zweifelhaft erscheint. Bezüglich der Gesetzgebung für die rumänische Petroleumindustrie ist in erster Reihe das Gesetz zu erwähnen, durch welches ein Kredit von 18 Millionen Lei für den Bau der Petroleumröhrenleitung von Baicoi nach Constantza eröffnet wurde. Auch das Gesetz betreffend die Kontingentierung des inländischen Verbrauchs von Lampenpetroleum hat gewisse Verbesserungen erfahren.

Kaffee ½ Pfund-Paket **65, 70, 75** Pf.

Haushalt-Schokolade Pfund **68** Pf.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Zucker gemahlen 5 Pfund **98** Pf.

Kakao Pfund **65, 95** Pf.

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	60 Pf.
Sülzwurst	Pfund	70 Pf.
Landleber- od. Rotwurst I	Pfund	95 Pf.
ff. Leberwurst	Pfund	1.10
Teewurst	Pfund	1.20
Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.40
Speck fett 85 mager	Pfund	95 Pf.
Schinkenspeck	Pfund	1.20
Nusschinken	Pfund	1.30
Gänsebrust	Pfund	1.60

Butter und Käse

Molkereibutter	½ Pfund-Paket	68 Pf.
ff. Molkereibutter	½ Pfund-Paket	70 Pf.
Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	85 Pf.
Limburger Käse	Pfund	58 Pf.
Romatour Käse	Stück	32 Pf.

*Frisches Fleisch

Schweinekotelett	Pfund	95 Pf.
Kamm oder Schuft	im Ganzen Pfund	95 Pf.
Bauch	Pfund	80 Pf.
Schmorfleisch	m. Knochen Pfund	85 Pf.
Roulade	Pfund	1.00 Pf.
Kalbskamm	Pfund	70 Pf.
Kalbsbug	Pfund	75 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	75 Pf.

Rückenfett ..... Pfund 68 Pf.

Kassler ..... Pfund **95** Pf.

Bratenschmalz (Kornblume) ..... Pfund 63 Pf.

Blumenkohl	Kopf	10, 15 Pf.
Apfelsinen	Dutzend	20, 25 Pf.
Amerik. Aepfel	Pfund	15 Pf.
Hühner		1.95, 2.25, 2.45

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Kolonialwaren

Victoria-Erbsen	Pfund	18 Pf.
Erbsen halbe	Pfund	20 Pf.
Bohnen weiße	Pfund	19, 24 Pf.
Linsen	Pfund	16, 20, 25 Pf.
Backpflaumen	Pfund	28, 35 Pf.
Backobst	Pfund	32, 45 Pf.
Ringäpfel	Pfund	40 Pf.

Konserven

	½ Dose	1/1 Dose
Stangenspargel	68 Pf.	1.25
Stangenspargel	78 Pf.	1.55
Bruchspargel mit Kopf	55 Pf.	1.00
Bruchspargel ohne Kopf	50 Pf.	88 Pf.
Abschnittspargel	—	70 Pf.
Gem. Gemüse	—	48 Pf.
Schoten	—	45 Pf.
Spinat	—	38 Pf.
Kohirabi in Scheiben	—	28 Pf.

Linoleum

Tischdecke (Wachstuch-Barchent) ca. 92×115 cm **98** Pf.

Läufer ca. 67 cm breit, Meter **98** Pf. ca. 90 cm breit, Meter **1.25**

Zimmerbelag ca. 200 cm breit ..... □Meter **1.45**

Teppiche ca. 150×200 **6.75** ca. 200×250 **10.75** ca. 200×300 **12.75**

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.— an

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.— an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12–2 Uhr.

Patente etc. erwirkt u. verwertet anerk. schnell Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer Berlin, Gitschinerstr. 106, n. d. Pat.-Amt

Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein" gratis u. franko

Billige Angebote haltbarer, bewährter und gutsitzender **Berufs-Kleidung**

Manchester-Anzüge Marke Gambrinus. Warm gefüttert. Strapazierfest.

Joppe 2reihig	11.90
Weste	3.60
Hose	6.75

Herkules-Leder-Hosen Alleinverkauf. Gestreift od. einfarbig. Kernig u. stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen. 4.50

Weiße Kellnerjacketts vorzüglich in Wäsche 3.65 u. 2.50

Pa. blaue Monteur-Jacketts Köper od. Drell, luft- u. waschecht. Extra lang. Gesetzl. geschützt. Taschen-Verriegelung . M. 2.45

Setzer-Kittel 3.10 2.50

Maler-Kittel 2.90 2.00

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbepolizeiliche Vorschriften

Möbelfabrik „Adler"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Sonntag, den 9. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, im **Geschäftslokal, Frankfurter Allee 143:**
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vorlegung der Bilanz.
2. Geschäftsbericht.
3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. 102/9
Aug. Behrndt. George Aucl.

Monats-Garderobe!
4—500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen) sowie von Kavalieren getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in **größter Auswahl** u. unübertroffen 11/4*
billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Hirsch Kieferbaum, Wassertorstraße 12/13 I

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Simpli-Kakao als Hausgetränk

erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = ½ Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist **Kakao** das **rationellste** und **billigste** Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen **hohen Nährwert** und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. **Kakao** ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. **Simpli-Kakao** ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. **Simpli-Kakao** wird nur in **Originalpackung** zu ½ und 1/1 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katzenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma **„Sarotti" A.-G., Berlin.**

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von **Max Grunwald**

Heft 4 u. 5: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland von **Wilhelm Schröder.** Preis 75 Pf.

Heft 6: Schiller und die Arbeiter von **Konrad Haenisch.** Preis 40 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911.

Soeben erscheint der fällige Jahresbericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen*), der sich diesmal in einem stattlichen Bande von 320 Seiten präsentiert. Im vorigen Jahre umfaßte er einschließlich des Berichts der internationalen Konferenz 188 Seiten. Damals fehlten die Einzelberichte von drei angeschlossenen Landeszentralen, diesmal nur von England, dessen Zentrale, wie der Genosse Legien in seinem Vorberichte sagt, zu sehr mit Arbeiten überhäuft war, die sich aus der Durchführung der Versicherungsgesetze ergeben.

Auch sonst ist der Bericht immer noch lückenhaft, gestattet aber von Jahr zu Jahr immer lehrhaftere Vergleiche über die Arbeiterbewegung jener Länder, die dem Sekretariat angeschlossen sind. Es sind deren jetzt 19, nachdem die bulgarische Zentrale bis zur Erledigung ihrer Differenzen mit einer zweiten Zentrale desselben Landes suspendiert werden mußte. Leider fehlen im Sekretariat immer noch die Gewerkschaften, welche in Australien, Neu-Seeland, Südafrika und Südamerika bestehen, wie auch der größte Teil der englischen Gewerkschaften, soweit diese nämlich der dortigen Landeszentrale, die eigentlich nur eine Streikrückversicherungs-Organisation darstellt, nicht angehört. Deren Anschluß würde die Mitgliederzahl des Sekretariats um mehr wie 2½ Millionen vermehren.

Eine wertvolle Bereicherung des Internationalen Berichts bieten die Sonderberichte der internationalen Berufssekretariate, die zum erstenmale aufgenommen wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß fast alle in Deutschland domizilierenden Sekretariate Berichte einlieferten, von den vier Sekretariaten jedoch, die in anderen Ländern ihren Sitz haben, gingen besondere Berichte nicht ein. Auf diesen Teil des Berichts kommen wir später zurück.

Eine gute Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem Sekretariat angeschlossenen Länder bietet die folgende Tabelle:

Zahl der Gewerkschaftsmitglieder

	insgesamt		der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
1. England	2 440 723	3 010 346	710 994	861 482
2. Frankreich	977 350	1 029 238	340 000	450 000
3. Belgien	138 928	92 735	68 984	77 224
4. Niederlande	143 850	153 689	44 120	52 235
5. Dänemark	123 864	128 224	101 563	105 269
6. Schweden	121 180	116 500	85 176	80 129
7. Norwegen	47 453	53 830	46 397	53 475
8. Finnland	24 928	19 640	15 346	19 640
9. Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 208	2 339 785
10. Oesterreich	451 282	496 263	400 563	421 905
11. Bosnien-Herzegowina	6 269	5 587	6 086	5 587
12. Kroatien-Slawonien	6 805	8 504	5 108	7 182
13. Ungarn	86 778	95 180	86 478	95 180
14. Serbien	7 418	8 337	7 418	8 337
15. Rumänien	8 515	6 000	8 515	6 000
Bulgarien	3 000	—	3 000	—
16. Schweiz	93 797	78 119	63 863	78 119
17. Italien	788 538	709 943	359 388	384 446
18. Spanien	40 984	80 000	40 984	80 000
19. Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 361	1 710 433	1 775 000
Zusammen	9 905 189	11 435 498	6 121 711	6 900 995

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist danach in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9 905 189 auf 11 435 498, die Zahl der Mitglieder der betr. Landeszentralen von 6 121 711 auf 6 900 995 gestiegen. Nur für 7 Länder konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Es waren von der industriellen Arbeiterschaft organisiert in Dänemark 51,75 Proz., Deutschland 32,91 Proz., Norwegen 27,64 Proz., Schweden 21,88 Proz., Vereinigte Staaten 19,26 Proz., Bosnien 11,64 Proz., Italien 9,49 Proz.

Ueber die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften sind Angaben erst für etwa 50 Proz. der Gesamtmitgliederzahl gemacht. Die Jahreseinnahme dieser, also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften, betrug 160 Millionen Mark, die Ausgabe 142 Millionen Mark. Darunter befinden sich 75 Millionen Mark, die für Unterstützungszwecke aufgewendet wurden. Ueber die Hälfte aller Ausgaben sind also den Gewerkschaftsmitgliedern in Form von direkten Unterstützungen wieder zugeflossen. Ferner wurden 50 Millionen Mark für Streiks ausgegeben. Hiervon entfallen auf die Vereinigten Staaten und Deutschland je 18,8 Millionen, auf England 7,2 Millionen Mark usw. Leider läßt sich noch nicht feststellen, welches die Ergebnisse der Lohnbewegungen in allen Ländern sind, denn dann würde sich zweifellos ergeben, daß die Gewerkschaften schon heute in allen Ländern die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung ganz gewaltig verbessern und beeinflussen. Aus den Berichten der einzelnen Länder, auf die wir noch nach Möglichkeit später zurückkommen, seien hier einige Bemerkungen angeführt:

Bei dem Bericht aus Frankreich interessiert besonders die große Zahl der Gewerkschaftsblätter, die in den letzten Jahren geschaffen wurden und die alle namentlich aufgeführt sind. Meist erscheinen sie monatlich. Interessant sind auch die im Text wiedergegebenen Aufrufe des Gewerkschaftsbundes, die anläßlich der Lebensmittelteuerung, gegen den Krieg, gegen die Anwendung von Ausnahmegesetzen und für den freien Sonnabendnachmittag erlassen wurden. — Der Bericht aus Belgien betont, daß die Tendenz der Gewerkschaften, sich zu zentralen Landes- und Industrieverbänden zusammenzuschließen, immer deutlicher wird und auch schon eine Reihe von Erfolgen aufweisen kann. — Holland hat jetzt glücklich vier verschiedene Gewerkschaftsrichtungen: neben der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentrale besteht eine solche der anarchistischen Gewerkschaften, eine solche der christlichen und eine weitere der katholischen Arbeiterorganisationen, doch hat die erstere fast doppelt so viele Mitglieder wie die anderen drei Gruppen zusammen, trotzdem Bischöfe und Geistlichkeit fieberhaft für die christlichen und die katholischen Gewerkschaften tätig sind. — In Dänemark, das den größten Prozentsatz der organisierten Arbeiter überhaupt aufweist, brachte das Berichtsjahr eine Reihe von Angriffen auf die Organisationsform der Landeszentrale. Zum Teil waren sie der Agitation der „Syndikalisten“ zu verdanken. Es wurde deshalb von einer Gewerkschaftskonferenz ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der untersuchen soll, ob an der gegenwärtigen Organisationsform Aenderungen vorzunehmen sind oder nicht. — Schweden berichtet über eine Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, die nach dem großen Kampfe des Jahres 1909 etwas zurückgegangen war. Leider wird der Aufstieg sehr durch die zerstörende syndikalistische Agitation gehindert, sehr zur Genugtuung des Unternehmertums. Dabei haben die syndikalistischen Gruppen irgendwelche numerische Bedeutung nicht. Ihre Agitation dient vielmehr vielen Arbeitern nur als Grund, überhaupt keiner Gewerkschaft beizutreten. — Norwegen zeigt eine rasche industrielle Entwicklung. Während seit 1865 die Bevölkerung sich um 40 Proz. vermehrte, stieg die Zahl der Industriearbeiter im Lande um 505 Proz. Das erklärt zum Teil das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, das auch im letzten Jahre anhielt, trotzdem der größte Teil der Mitglieder in schwere Arbeitskämpfe, meist sogar in Aussperrungen, verwickelt war. — In Finnland, wo die Bewegung unter der russischen Knute zu leiden beginnt, mußten besonders die Buchbinder einen harten Kampf bestehen, der aber dank der Hilfe der ausländischen Gewerkschaften mit einem Siege der Arbeiter endete. — Aus Deutschland kommt wie gewöhnlich der umfassendste Bericht, der auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres eingeht und dann besonders die gegnerischen Gewerkschaften, die Unternehmerverbände usw. behandelt. Die deutschen Gewerkschaften berichten über ein Jahr harter Arbeit und reicher Erfolge auf allen Gebieten. — Auch die Gewerkschaften in Oesterreich machen bedeutende Fortschritte, womit die separatistische Krise, wenigstens außerhalb der separatistischen Kreise selbst, überwunden zu sein scheint. Leider aber besteht wenig Hoffnung, daß der durch die separatistische Agitation heraufbeschworene Bruderkrieg bald enden wird. Er hat sogar schon auf die öffentlichen Wahlen und auf die Lohnbewegungen eingewirkt, da allenthalben die Arbeiter sich nach Nationen scheiden und befehden, soweit nämlich die separatistische Arbeit Früchte trägt. — Sogar Bosnien-Herzegowina haben eine aufsteigende Arbeiterbewegung, der allerdings von der rückständigen Regierung und vom Unternehmertum ungeheure Schwierigkeiten bereitet werden. Ein wirkliches Koalitionsrecht gibt es in diesen Ländern nicht. — In Ungarn, dem klassischen Lande der Knechtschaft, gelang es den Gewerkschaften, ihren Bestand stark zu erhöhen, doch ist der Prozentsatz der Organisierten in der Provinz immer noch sehr gering. Das liegt zumeist an der wirtschaftlichen Rückständigkeit des ganzen Landes, das nur der Habgier und dem Ehrgeiz einzelner Leute als Spielball dient. — Kroatien zeigt aufsteigende Gewerkschaftsbewegung und niedergehende Auswanderungsziffern, wie man das übrigens auch in anderen Ländern beobachten kann. Man darf aus diesem Umstande wohl folgern, daß die Gewerkschaften wenigstens einigermaßen die Lage der Arbeiter erträglicher machen und ihnen mehr Selbstvertrauen beibringen konnten. Alle guten Worte und alle Wohltätigkeit von oben haben bisher noch nie ein gleiches Resultat zuwege gebracht. — In Rumänien leben die Gewerkschaften infolge des Krieges im Nachbarlande in einem Ausnahmezustande, der ihre Tätigkeit sehr behindert. Deshalb ist der Bericht dieses Landes nur sehr kurz. Immerhin wird darin festgestellt, daß die Regierung allen Arbeitern staatlicher Betriebe das Koalitionsrecht nahm und ferner die Versuche der Unternehmer, gelbe Gewerkschaften zu gründen, eifrigst unterstützte. Ganz wie anderswo auch. — Auch in Serbien leidet die Arbeiterschaft unter fast asiatischer Rückständigkeit der regierenden Klassen und des Unternehmertums. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren gut entwickelt und auch eine Anzahl eigene Blätter gegründet. Durch den Krieg ist ihre Tätigkeit allerdings ziemlich unterbunden, so daß erst das Ende des Krieges abgewartet werden muß, um zu sehen, ob und wie die Arbeiterbewegung diese Katastrophe überstanden hat. — Aus der Schweiz liegt ein umfangreicher, reich mit Statistiken versehener Bericht vor, aus dem besonders das Kapitel über die Sozialgesetzgebung interessieren dürfte. — Auch Italien hat mehrere Landeszentralen, und zwar neben der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen eine solche der Syndikalisten und eine andere der katholischen Arbeiter, wodurch natürlich jede einheitliche Aktion der Arbeiterklasse fast unmöglich wird. Trotzdem gelang es, durch einen eindrucksvollen eintägigen Generalstreik gegen das tripolitanische Kriegsabenteuer zu protestieren. Den größten Teil der organisierten Arbeiter stellen in Italien bekanntlich die Landarbeiter. — Von den Gewerkschaften in Spanien ist nur ein kurzer Bericht eingegangen. Danach ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf rund 100 000 gewachsen: ein Erfolg besonders des brutalen Vorgehens der Regierung und der Habgier einheimischer und ausländischer Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse Spaniens schweren Tribut zahlen muß. — Die Vereinigten Staaten sind durch einen besonders ausgedehnten Bericht vertreten, in dem ausführlich der kulturelle Wert und Einfluß der Gewerkschaften nachgewiesen wird. Die im Bericht aufgezählten zahlreichen Errungenschaften auf sozialpolitischem und auf wirtschaftlichem Gebiete lassen erkennen, daß auch in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer ernster wird und daß die Arbeiter es wohl verstehen, sich mittels ihrer Organisationen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Der zweite Teil des Internationalen Berichts, der die internationalen Berufssekretariate behandelt, ist völlig neu. Insgesamt gibt es zurzeit in der modernen Arbeiterbewegung 28 solcher internationaler Berufssekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, 2 in England, und je eins in Holland und der Schweiz. Davon ist das Sekretariat der Maler erst kürzlich entstanden. Leider haben die Sekretariate außerhalb Deutschlands keinen Bericht gegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen betrug im Jahre 1912: Bäcker 63 187 (in 13 verschiedenen Ländern), Bauarbeiter 418 560 (14), Brauereiarbeiter 118 681 (8), Buchbinder 46 588 (12), Buchdrucker 134 700 (14), Fabrikarbeiter 267 062 (7), Friseurgehilfen 4100 (3), Gemeindearbeiter 64 786 (8), Glasarbeiter 42 450 (17), Holzarbeiter 320 600 (20), Hotel- und Restaurantangestellte 28 129 (7), Hutarbeiter 30 200 (13), Kürschner 6406 (4), Lithographen 34 266 (14), Metallarbeiter 970 420 (18), Porzellanarbeiter 36 050 (7), Sattler 18 567 (5), Schneider 101 500 (15), Schuh- und Lederarbeiter 64 400 (11), Steinarbeiter 45 000 (16), Tabakarbeiter 50 125 (7), Transportarbeiter 821 816 (21), Töpfer 15 978 (6), zusammen 3 703 591 Mitglieder, sodaß einschließlich der nicht genannten Bergarbeiter, Textilarbeiter usw. weit über 5 Millionen Arbeiter den internationalen Berufssekretariaten angeschlossen sind. Immerhin bleibt diese Zahl noch weit zurück hinter der Mitgliederzahl der Landeszentralen. Besonders in England und den Vereinigten Staaten gibt es noch viele Gewerkschaften, die für die internationalen Berufsverbindungen noch gewonnen werden müssen.

Fast alle Sonderberichte der Internationalen Berufssekretariate geben eine knappe Darstellung über die Entstehung und Geschichte des betr. Sekretariats. Diese Schilderungen über die Anfänge der gewerkschaftlichen Internationale sind besonders interessant; sie zeigen, wie früh schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihren Arbeitsbrüdern jenseits der Landesgrenze nähere Fühlung zu suchen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Auch die internationalen Berufssekretariate haben sehr wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die alljährliche Veröffentlichung ihrer Berichte im Internationalen Bericht des Internationalen Sekretariats der Landeszentralen nicht nur interessant, sondern auch lehrreich und nützlich sein. Zu wünschen wäre nur, daß diese Berichte wie auch die Berichte der Landeszentralen einheitlicher und vor allen Dingen mehr mit zahlenmäßigen Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Uebersichten sind Zahlen sehr nützlich: es ermutigt und flößt dem Arbeiter Selbstvertrauen ein, wenn er beobachten kann, wie die Klassengenossen anderer Berufe und Länder Fortschritte machen; sie regen auch zu Vergleichen an und wirken dadurch reformatorisch überall dort, wo es etwas zu verbessern gibt. Deshalb auch ist dem Internationalen Bericht, der in deutsch, englisch, französisch und schwedisch erscheint, eine recht große Verbreitung unter allen in der Arbeiterbewegung Tätigen zu wünschen.

*) Neunter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1911. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien). Preis 1,50 M., für Gewerkschaftsmitglieder 90 Pf., Porto in Deutschland und Oesterreich 20 Pf., sonst 45 Pf. Zu beziehen durch die Organisationen sowie durch das Internationale Sekretariat, Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Soziales.

Ansichtskartenhandel in Gastwirtschaften.

Dem Ansichtskartenverleger Wieland in Berlin wurde in einem Strafverfahren vorgeworfen, Handelsangestellte in seinem Postkartenvertrieb zu unzulässiger Zeit beschäftigt zu haben, u. a. Sonntagsnachmittags. Ferner sollte er zugleich verbotswidrig einen Handel zu der für offene Verkaufsstellen nicht zugelassenen Zeit betrieben haben. Es handelte sich um den Verkauf von Ansichtspostkarten in Berliner Weinrestaurants und Cafés, der hauptsächlich spät abends, nachts und Sonntagnachmittags stattfindet. Wieland leitet seinen Betrieb von seinem Kontor aus. Seine Angestellten vertreiben in den betreffenden Lokalen die Ansichtspostkarten.

Der Angeklagte machte geltend, daß hier gar nicht ein Handelsgewerbe im Sinne der Gewerbeordnung vorliege. Dieser Postkartenvertrieb sei vielmehr ein Teil des Gastwirtschafts- und Schankwirtschaftsbetriebes der fraglichen Gastwirte und Cafétiers, mit deren Einverständnis er die Postkarten in ihren Lokalitäten vertreiben lasse. Somit fänden die Vorschriften über das Handelsgewerbe keine Anwendung.

Das Landgericht verurteilte jedoch den Angeklagten im Sinne der Anklage, da unter den obwaltenden Umständen hier der Ansichtskartenverkauf in den Lokalen nicht als Teil des Schankwirtschaftsbetriebes angesehen werden könne.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision des Angeklagten das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt, daß die tatsächlichen Feststellungen die Verurteilung noch nicht rechtfertigten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch der Ansichtskartenvertrieb des Angeklagten in den Lokalen als Zubehör zum Gastwirtschaftsbetriebe angesehen werden könne. Es komme darauf an, welches Verhältnis zur Schankwirtschaft bestehe. In Betracht käme hier, ob nur solche Ansichtskarten vertrieben worden seien, die irgendwie zu dem jeweiligen Lokal in Beziehung standen (Ansichten von dem Lokal usw.). Weiter sei wichtig, ob der Angeklagte dazu die Genehmigung des Wirtes hatte. Und schließlich sei sehr wesentlich, ob die Karten an Ort und Stelle verbraucht werden sollten. In der Richtung dieser Fingerzeige müsse die Vorinstanz die Sache nachprüfen.

Ausführungsverordnung zur Privatversicherung.

Der Bundesrat hat eine längere im „Reichsanzeiger“ vom Mittwoch abend veröffentlichte Verordnung zur Ausführung des § 92 des Versicherungsgesetzes für Angestellte erlassen. Es wird in der Verordnung insbesondere bestimmt, wann durch Lebensversicherungen die Angestelltenversicherung sich erübrigt. Für die Angestellten außerordentlich ungünstig ist folgender Passus in dieser Verordnung:

„Mit Lebensversicherungsunternehmen, die Fabrik-, Betriebs-, Haus-, Seemanns- und ähnliche Kassen für eine oder mehrere Unternehmungen sind und nicht zu den Zuschußkassen oder öffentlich-rechtlichen Pensionskassen (§§ 365, 387, 389 a. a. O.) gehören, vereinbart die Reichsversicherungsanstalt die Bedingungen, unter denen die von den Arbeitgebern an ihren Zuschüssen gekürzten Beträge weitergezahlt werden können.“

Ein Sieg der Aerzte?

Die Reichsversicherungsordnung hat in größerem Umfange die Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung der Krankenversicherung unterstellt und es sind daher die Postbetriebs-Krankenkassen neu organisiert worden. Seit Wochen schwebten Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichspostamtes und des deutschen Aerztevereinsbundes über die eine immer größere Bedeutung erlangende Frage der Aerztehonorare. Die Verhandlungen sollen jetzt den Abschluß eines Vertrages gezeitigt haben, der soeben die beiderseitige Unterschrift fand.

Die wichtigsten Bedingungen des Vertrages bestehen in der Einführung der freien Aerztewahl. Mit den einzelnen zugelassenen Aerzten wird jedoch ein Dienstvertrag abgeschlossen. Die Kassenmitglieder sind in zwei Gruppen eingeteilt: Gruppe I enthält alle Mitglieder bis 2000 M., Gruppe II alle mit mehr als 2000 M. Jahreseinkommen. Die kassenärztliche Behandlung erstreckt sich auf die Mitglieder der Gruppe I und deren Familienangehörige. Die **Honorare werden nach Einzelleistungen auf Grund der Mindestsätze der staatlichen ärztlichen Gebührenordnung berechnet.** In den Städten der Ortsklasse A und B kommt ein Zuschlag dazu; bei Besuchen außerhalb des Wohnortes des Arztes kommt allgemein Wege- und Zeitversäumnisgebühr dazu. Für die Behandlung der Mitglieder in Gruppe II und deren Angehörige stellt der Arzt den Mitgliedern die Rechnung selbst zu, **ohne an die Mindestsätze der Taxe gebunden zu sein.** Die Kasse ist verpflichtet, jedem Mitglied einen Ausweis dem Arzte gegenüber auszuhändigen, aus dem hervorgeht, ob das jährliche Gesamtdiensteinkommen über 2000 M. beträgt. Der Vertrag sieht noch Prüfungsstellen für die Arztrechnungen, paritätische Einigungsausschüsse und ein Schiedsgericht vor.

Lautet in der Tat der Vertrag wie angegeben, so wäre ein Vertrag geschlossen, den keine Kasse ohne schwere Beeinträchtigung der Rechte der Mitglieder erfüllen kann. Es wäre zu wünschen, daß die Postverwaltung über den Vertrag sowie darüber Aufschluß gibt, ob von der Kasse die nach dem Gesetz zugunsten der Mitglieder zulässigen statutarischen Erweiterungen der Ansprüche der Mitglieder beschlossen oder auf Kosten des Arzthonorars zurückgestellt sind.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf um die Braunkohlenindustrie.

Da die böhmische Braunkohle durch die sächsische Brikettindustrie aus Sachsen immer mehr verdrängt wird, suchen böhmische In-

dustrielle und Händler in Sachsen selbst Fuß zu fassen und geben zur Erwerbung von sächsischen Braunkohlenwerken über. So hat die böhmische Händlerfirma J. Petschek in Aussig einen erheblichen Posten, man spricht von mehr als 25 Proz., der Aktien der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G. aus erster Hand erworben. Die Firma Petschek kontrolliert ferner seit kurzer Zeit die Phönix A.-G. für Braunkohlenverwertung bezw. sie verstärkte ihren Einfluß in der Phönixgesellschaft gelegentlich der Transaktion Phönix-Heureka im vorigen Jahre. Sie hat ferner aus dem Portefeuille der Bank für Bergbau und Industrie die Aktien der Ramsdorfer Braunkohlenwerke vor kurzem übernommen und soll weiter eine Beteiligung an der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenindustrie in Köln genommen haben. Jetzt verlautet nun, daß auch eine andere große böhmische Kohlenhandelsfirma Weinmann in Aussig ihre Hand nach einem deutschen Braunkohlenunternehmen ausstreckt, und zwar versucht sie einen großen Aktienbesitz in Niederlausitzer Kohlenwerke A.-G. (Konzern der Handelsvereinigung A.-G.) zu erlangen.

Der Kohlenfiskus im Saarrevier.

Im Jahre 1912 haben die fiskalischen Saarzechen ihre Förderung erheblich erhöhen können. Die Produktion stieg von 11,5 auf 12,5 Millionen Tonnen oder um 9 Proz. Der Absatz nahm um 1,1 Millionen Tonnen auf 11,2 Millionen Tonnen zu; er übertrifft damit den für das Etatsjahr 1913 veranschlagten Absatz recht beträchtlich (um 1 Million Tonnen). Da im vergangenen Jahre der Fiskus noch die Verkaufspreise erhöht hat, wird der fiskalische Gewinn erheblich steigen. Eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, die im Saargebiet bekanntlich viel schlechter sind als im Ruhrrevier, wurde dagegen bisher nur in ganz geringem Umfange vorgenommen. Auch die von der Regierung zugesagte Erhöhung wird bei dem schlappen Verhalten der „christlichen" Führer in der letzten sogenannten Lohnbewegung wohl nicht allzu reichlich ausfallen.

Aus Trustprozessen.

Der Vizedirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Sickel, gab in seiner Vernehmung vor dem Komitee zur Untersuchung des Schiffahrtstrusts zu, daß zwischen der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd, der Red Star Line und anderen Dampfergesellschaften Abkommen beständen, wonach keine dieser Linien Fracht für den Heimatshafen der anderen annehme. Weiter erklärte der Chef der Frachtabteilung der Hamburg-Amerika-Linie, Beck, daß zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der United Fruit Line ein stillschweigendes Einvernehmen gegen eine Ratenherabsetzung bestehe. Er unterbreitete gleichzeitig das Poolratenabkommen im amerikanischen Frachtverkehr zwischen Jamaika, Zentral- und Südamerika, welches zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und der Royal Mail Steam Packet Line besteht. Nach einer weiteren Meldung bekundete der Vizepräsident Franklin der International Mercantile Marine Co., daß ein nordkontinentaler Verband die Frachtraten des von Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam nach Nordamerika stattfindenden Dampfschiffsverkehrs kontrolliere. Der Zeuge wies die Abschrift eines Abkommens vor, das zwischen der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd, der Holland-Amerika-Linie und der Red Star Line im Jahre 1894 abgeschlossen wurde, und sagte, daß dieses Abkommen die Grundlage eines Frachtkartellabkommens des nordkontinentalen Verbandes bilde. Es schriebe Minimalraten vor und bestimmte die Verteilung des Geschäftes in der Weise, daß auf die Hamburg-Amerika-Linie 37¾ Proz., auf den Norddeutschen Lloyd 23¾ Proz., auf die Holland-Amerika-Linie 18 Proz. und auf die Red Star Line 29½ Proz. entfallen. Franklin erklärte weiter, nach seiner Meinung existiere eine Verständigung zwischen dem Liverpooler, dem Londoner und dem nordkontinentalen Verbande dahin, daß keine Frachtratenmäßigung stattfinden sollte.

Corey, der frühere Präsident des Stahltrusts, gab in dem von der Regierung angestrengten Prozeß zur Auflösung des Stahltrusts bei seinem Zeugenverhör zu, daß die Carnegie Steel Co. verschiedentlich Roheisen gekauft habe, lediglich in der Absicht, die Preise für Stahlprodukte aufrechtzuerhalten. Ferner sagte Corey u. a. aus, daß die Bethlehem Steel Company vier Jahre lang sich an dem internationalen Panzerplatten-Pool beteiligt habe, der das Geschäft an den neutralen Märkten verteilte. Der Zeuge leugnete zunächst, sich an den erwähnten Panzerplatten-Pool zu erinnern, bis seinem Gedächtnis durch die Verlesung eines Protokolls der Carnegie-Steel-Company nachgeholfen wurde, in dem bezüglich Coreys erwähnt wird, daß er sich gegen die Beteiligung des Panzerplatten-Pools an der Errichtung eines Panzerplattenwerkes in Japan aussprach. Dies war 1902, kurz nach der Organisation des Stahltrustes. Corey, der noch jetzt Aufsichtsratsmitglied der Korporation ist, erklärte, daß 1904 und 1905 ein Zusammenschluß der Panzerplattenfabrikanten von England, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten bestanden habe. Die Carnegie- und die Bethlehem-Steel-Co. seien die amerikanischen Vertreter des Verbandes gewesen. An Einzelheiten erinnere er sich nicht. Aber während der Existenz des Pools hätten die amerikanischen Mitglieder seines Wissens keinen Versuch gemacht, in der Panzerplattenfabrikation mit England, Frankreich oder Deutschland in Wettbewerb zu treten. Eine andere interessante Zeugenaussage war die, daß nach der Bildung der Korporation der Inlandspreis für Stahlschienen höher war, als der Exportpreis, daß ferner vor der Auflösung der Tennessee Coal and Iron Co. diese Gesellschaft ein gefürchteter Konkurrent auf dem Gebiet der Stahlschienenfabrikation war.

Vom Stahltrust. Die United Steel Corporation hat im letzten Jahre einen Gewinn von 4 790 000 Dollar gegen 3 697 000 Dollar im Jahre 1911 erzielt.

MAGGI's Suppen verbürgen feinste Qualität!

Sie haben deshalb auch seit mehr als 20 Jahren das volle Vertrauen von Millionen von Hausfrauen.

1 Würfel für 2–3 Teller 10 Pfg. — Mehr als 40 Sorten.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 25. Januar 1913.

Anfang 3 Uhr.
Kurfürstenoper. Der Troubadour.

Anfang 3½ Uhr.
Berliner. Kabale und Liebe.

Anfang 4 Uhr.
Urania. Aufs Matterhorn.
Luisen. Der Wunschpeter und das Glücksglasmännlein.
Rose. Schneewittchen.

Anfang 7½ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Mignon.
Kgl. Schauspielhaus. Wieselchen.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Königgrätzer Straße. Brand.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Konstruktions-Ingenieur A. Keßner: Die Weltmacht des Eisens.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Das Lichtspektrum der strahlenden Energie.
Deutsches Opernhaus. Tiefland.
Kurfürsten-Oper. Stella maris.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Lessing. Das Prinzip.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Groß-Berlin. Das Fürstenkind.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der heilige Antonius.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Schiller O. Die Schmetterlingsschlacht.
Schiller-Charlottenburg. Wolkenkratzer.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schuftieana.

Anfang 8½ Uhr.
Lustspielhaus. Majolika.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Zaungast.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8½ Uhr.
Neues Volkstheater. Der Raub der Sabinerinnen.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.

Sternwarte, Invalidenstr. 57–62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Das Konzert.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**
Montag, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**
Montag, nachm. 3.10 Uhr: **Wallensteins Tod.**
Montag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7½ Uhr: **Brand.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Montis Operetten-Theater
(Jr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung. Premiere: **Der Wunschpeter u. das Glücksglasmännlein.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Ich lasse Dich nicht.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Premiere: **„Und hätte der Liebe nicht . . ."**
Montag, abends 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr: **Schneewittchen und die sieben Zwerge.**
Abends 8 Uhr: **Mein Leopold.**
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Kabale und Liebe.**
Abends 8 Uhr: **Mein Leopold.**

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr: **Aufs Matterhorn.**
8 Uhr: Ing. A. Keßner: **Die Weltmacht des Eisens.**
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: **Das Lichtspektrum der strahlenden Energie.**

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 (Theaterk.)

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Vorletzte Woche!
des grandiosen Programms.
Melsa Ritschie Comp.
Knill und Kroll. Darius Yana.
8½ Uhr:
„Brüderlein fein".
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. **Leo Fall.**
Usw.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Cavalleria schuftieana.
Von Meysellini.
Anfang 8 Uhr.

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikc. des **2. Garde-Regiments z. F.**, Dirig. Oberm. **Graf.**
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anstich von Drei-Königsbräu, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen:**
Gr. Nachmittags-Konzert bei **freiem** Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen
Zum Ausschank kommt das beliebte **Bergschloß-Bockbier.**
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Sonnabend, 25. Januar, abends 7½ Uhr:
High-Life-Evening.
Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios
Löwen- und Tigergruppe.
Die wildeste Dressur d. Gegenwart
Um 9½ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Sonntag, den 26. Januar:
2 große Vorstellungen.
In beiden Vorstellungen:
Der unsichtbare Mensch.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Morgen nachm. 3 Uhr: **Tata Toto.**

Voigt-Theater.
Sonntag, den 26. Januar:
Volkssohn und Fürstenkind.
Volksschauspiel in 4 Akt. v. P. Heyse.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anf. 8½ Uhr.
Voranzeige! Mittwoch, 29. Jan., 1. Benefiz für **Kurt Baumeister: Kean** von Barney.

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Berliner Ulk-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 I.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, 25. Januar, abends 7½ Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Mac Norton
das Phänomen d. Magentrainings!
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!!)
sowie die gesamten neuen Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
„Sevilla"
Avis! Sonntagnachm. 3½ U.: **„Unter Gorillas.".**
Jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Volks-Theater
Neukölln, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 26. Januar:
Napoleons Glück und Untergang.
Ausstattungsstück in 4 Akten von Willi und Lutz. Anfang 7½ Uhr.
Montag, 27. Januar, abends 8½ Uhr:
Kabale und Liebe.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Burleske m. Gesang — und das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Allabendlich 8¼ Uhr:
Goldener Leichtsinn.
Sonntag, 26. Jan., nachm. 3½ Uhr:
Gastspiel-Ensemble.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Ermäßigte Preise.

Heute!
Berliner Baby-Ball
im
Admiralspalast.
Herrenkarten 10 M., Damenkarten 6 M.
im Ballbureau d. Admiralspalastes und an der Abendkasse.
6 Preise f. d. schönsten Babys im Werte v. 500 M. bis 25 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Unserem Genossen 238
Alfred Holzmann nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Die Genossen des 486. Bezirks 6. Kreises.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 21. Januar verstarb unser Genosse, der Schlosser

Otto Simon

Triftstr. 68, Bezirk 750.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt. 224/12

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin

Luise Lucka

gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

Otto Simon,

Triftstr. 68, am 21. d. Mts. an Unfall.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

111/10 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Otto Schmidt

Reinickendorf-West, Berlinerstr. 19, im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Reinickendorfer Gemeindefriedhofes in der Humboldtstraße aus statt.

78/4 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Hermann Haase

am 22. d. Mts. im Alter von 35 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes in der Barfusstraße aus statt.

61/11 **Die Bezirksverwaltung.**

Statt jeder besonderen Meldung!

Todesanzeige.

Am Donnerstag, den 23. Januar dieses Jahres, starb plötzlich und unerwartet nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Marie Schmidt

geb. **Schlange**

im 62. Lebensjahre

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Begräbnishalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee aus statt.

Um stille Teilnahme bittend

Namens der Hinterbliebenen
Otto Schmidt, Bergmannstr. 111

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Am 22. Januar verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied 27/6

Frida Tamm

im Alter von 26 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof in Neukölln, Hermannstraße, statt.

Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter

Else Wilhelm

am 22. d. Mts. im Alter von 11 Jahren verstorben ist.

Die tiefbetrübten Eltern.

Die Beerdigung findet am Montag, den 27. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Kapelle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt. 76a

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter

Frau Anna Reuter, geb. Walter

sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere Herrn Nitschke für die trostreichen Worte am Grabe der Entschlafenen unseren herzlichsten Dank. 38 A

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Wahlverein Neukölln, dem Lesezirkel des 3. Bezirks und den Kollegen der Firma Klempau Nachfl. unseren herzlichsten Dank.

Friedrich Krause
63A nebst Kind.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Bekannten und den Kollegen der A.-E.-G. unseren besten Dank. 27A

Henriette Eichardt geb. Wickel
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams **Bruno Theurer** sagen wir vor allem dem Genossen Melle für die trostreichen Worte sowie dem Gesangs-Quartett für den erhebenden Gesang, dem Wahlverein des 4. Kreises und dem Bezirk 364, sowie dem Metallarbeiter-Verbande, auch seinen Arbeitskollegen und Kolleginnen, dem Rauchklub „Hoffnung I" und deren Frauen, ferner dem Sparverein „Vorwärts" für die schönen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank.

Die Familie Wilhelm Theurer
nebst Hinterbliebenen,
2163b Schreinerstr. 56.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres geliebten

Paul Talkenberger

sage ich hiermit allen seinen Genossen, Freunden und Bekannten meinen herzlichen Dank.

138 **Fr. Schneider.**

General-Versammlung
der
Möbelfabrik „Fortuna"

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

am 9. Februar 1913, 9 Uhr vormittags, in den Geschäftsräumen Heidelberger Straße 75/76.

Tagesordnung: 1. Vorlegung der Bilanz. 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. 2172b

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83—85.

Verwaltung: Telephon: Amt Norden 1967. **Kassierer:** Amt Norden 185. **Arbeitsnachweis:** Amt Norden 1239, 9714.

Montag, den 27. Januar 1913, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller Zink-, Zinn- und Bleigießer und in Gießereien beschäftigten Kollegen

im Lokal von **Müller**, Alexandrinenstraße 32.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Da sehr wichtige Sachen zu erledigen sind, darf kein Kollege fehlen.

111/11 **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Landpacht-Genossenschaft.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Nachtrag zur Bilanz 1912.

Das Geschäftsguthaben der Genossen hat sich erhöht um 270 M., die Haftsumme derselben um 540 M. 2109b

Der Vorstand: **G. Böttcher. R. van Hoeren.**

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

am Sonntag, den 26. Januar 1913, vorm. 10½ Uhr,

Bezirk A.: Gewerkschaftshaus, Saal 9.
„ **B.:** Restaurant **Ehlert**, Kottbuser Straße 19.
„ **C.:** „ **Bartsch**, Alte Jakobstr. 18—19.
„ **D:** „ **Hummel**, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 4. Quartal 1912. In Bezirk D: 3. Wahl eines Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes. 89/2

Als die Hausfrau bemerkt hatte, welch wunderbare Geschenke in „Dr. Gentner" Veilchenseifenpulver enthalten waren, wies sie alle minderwertigen Nachahmungen entrüstet zurück u. achtete beim Einkauf stets auf den Namen „Goldperle" und Schutzmarke Schornsteinfeger.

Goldperle

Waldorf-Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clio 5 Pf.

33/2

35 **Verkauf nur im Fabrikgebäude!** 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude** — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

35 **Permanente Musterzimmer-Ausstellung.** 35

Siems Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch"

alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hamb. Messina-u. Römertrank-Kell. N 4, Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Laden, Charl., Wallst. 69

Auto-Fahrschulen

Sanke Gr. Frankfurterstr. 44 Eintr. tägl., Teilz. gest.

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Friedr. Barz, Landsb. Allee 146
K. Biedermann, Gryphiusstr. 18.
Paul Deily, Markusstraße 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Manteuffelstr. 67.
E. Freyer, Blumenstr. 72, E. Markusstr
Georg Genz, Memelerstr. 20
M. Gruschka, Königsbergerst. 55

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hoppe's Nachf. Kramarek, Adalbertst. 66
Ernst Küster, Frankf. Allee 197.
Ladenthin, O. Grüner Weg 54.
Franz Ludwig, Kochhannstr. 35
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
August Mante, Ebertystr. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Mattke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerst. 169.
E. Martin, Gleimstr. 55.
Fritz Mülle, Gräfestr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 67.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madaistr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern" Inh.: Gust. Müller Filialen i. verschied. Stadtteilen

Ranfft Reichenbergerstr. 176 Admiralstr. 38 u. 19a

Arthur Roemer, Kottb. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Heinr. Schubert Boxh. Chauss. 5/6
Sikorski, Weißensee, Reinerzstr. 11
R. Schade, Pallas-St. 9 Fil. O u. NO
Paul Sorge, Proskauerstr. 21
Rich. Schenk Markus-Straße 26.
P. Schinauer, Anklamerstr. 15.
A. Schreier, Urbanstr. 61.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Tauplitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
F. Tiedemann, Boxh.-S. Karlstr. 47.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 109.
Volksbrot, E. G. m. b. H.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
K. Walter jr., Löwestr. 18
Hermann Wendt Chorinerstr. 86 Fil. Ackerstr. 1
Wilhelma Brotfabrik Andreasstr. 32.
Otto Winkler, Nannynstr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Bürgerbad Weberstr. 40b Amt Kgst. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 2.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Münchener Bad Neukölln, Münchenerstr. 51
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136. Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Badeanstalt, Hasenheide 18.
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Sb.
Original Lohtanien Bad früher Münsel, Wallstr. 70/71.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 75
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 47.

Bandagen, Gummiw.

R. Bauke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 80.
Meyer, F., Nkl., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 60.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. aller Kassen
Fr. Schultz, Adlershof, Bismarckst. 3
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beleucht.-Gegenst.

Carl Imme jun., Grüner Weg 15 an der Markusstraße
Büttner, A., Danzigerstr. 96.
W. Schröder Hochstr. 43 Fabrikpreise

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Hasenheide 106
Bulinski, Fehrbellinerstr. 1, E. Schönh. A.
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.
M. Zyanarski, Alt Moabit 63.

Drogen u. Farben

Amol das Hausmittel

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Bersug, Weidenweg 80.
A. Diepow, Tauroggenerstr. 12.
Haeberlein, Trept., Graetz-Bouchéstr
Prinz Handjeriestr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klahn, H., Nklln. Kaiser-Friedrichst. 236
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
Krönings Adler-Drogerie, Ramlerstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuser Damm 61-62, Parfüm
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Rathaus-Drogerie, Nklln. Donaustr. 24.
Hermannstr. 57 Neukölln G. R. Prenzel.
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Fr. Schlusnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a., Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
Gabelsbergerstr. 7 Otto Thormeyer.
Werder-Drogerie, Britz Endewerst. 5a
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow Eberswalderst. 16 Wörtherst. 25
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 22.
H. Fischer Nklln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Rixd. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hanisch, Weißensee Prenzlauer Prom. 191
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 27
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.
W. Urban, Neukölln Nansenst. 1 Tel. Neuk. 289

Berufskleidung

Keiner, Otto, Gerichtstraße 66.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 168

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Blg. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 116 Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee T. I. Lager- u. Malzbier

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 37

Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich, Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A.-G. Berlin-Fischelsdorf

Groterjans Malzbier, Schönh.-Allee 130, T. III, 5063.

C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.

Hempel, E., Müllerstr. 136d.

Unser **Goldbier** ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.

Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei vorzügliche Faß- und Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2694.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Seestr. 60
E. Degen, Rixd., Kais.-Friedr.-St. 20, Bergst. 58
O. Hahn, Steglitz, Albrechtstr. 101
C. Laurent Brunnenstr. 43 Petersburgerstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner, A. & F. Meltzner, Nkll. Ringbahnst.
Ww. Rutschke, Nklln. Hermannst. 62
Topfpflanzen aller Art
Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134
Zastrow, H. Turinerstr. 34.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung **J. F. Assmann** 20 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen Carl Davidsohn

Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz 15 Detail-Geschäfte

F. HAGEN 22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg. Berlin C. 54, Rosenthalerst. 40 (Hackescher Hof) Fernsp. A. Nord. 3837

Schulz, Arth., Nklln., Hermannst. 66

Gust. Schultze & Sohn

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Schröter, R. 43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolade

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Althans, Kräuter-Bonb., Lindowerstr. 16.

Stollwerck Gold Silber Kupfer Schokolade · Kakao In drei Preislagen. Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerst. 73
Seiffert, E., Filial. in Berlin und Vororten

Fordern Sie **Kakao und Schokolade Wesenberg**

Cigarrenhandlungen

P. Hoefer, Kottbuser-Damm 79, Müllerst. 77, Admiralst. 3, Dresdenerst. 14
Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47.
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 89.
G. & S. Peterke, S O. Kottbuserstr. 14.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Ecke Elsässer u. Ackerstr

Damenkonfektion

Callmann Neukölln, Bergstr. 151 Gelegenheitskäufe.
Dombrowsky Charl., Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß
Restat, J. Kottbuserdamm 75 Brunnenstr. 33
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Alm, O., Nklln., Kaiser-Friedrichst. 6
W. Allner, Mulackstr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Otto Belig Grüner Weg 49 Wrangelstr. 59.
Emil Braun, Andreasst. 75 Ecke Breslauer
G. Brucklacher, Oranienstraße 48.
F. Beutel, Nklln. Kaiser-Friedrstr. 77
Fiack, E., Spandau, Schönwalderstr. 14.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Eugen Heum, Nklln. Walterstr. 10
Jungbluth, Hermannstr. 172.
H. Rockstroh, Berlin Gitschinerst. 75/38.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
F. Schubert, Voigtst. 10, E. Schreinerstr.
Sellach, Th., Nklln., Hermannstr. 46
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Alex Weimar Alexandrinenstr. 14 Reichenbergerst. 100 (Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann Neue Schönhauser-Str 11.

Fahrrad-Haus „Frischauf" Brunnenstr. 35. Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrd., Schallplt., Weißenburgst. 47a
W. Malloschky, Oberbaumst. 3, Rep.
A. Techow, Nklln., Schillerpromenade 26

Färbereien, Wäscher.

Groß-Dampfwäscherei **„Spreenixe"** Berlin SO., Forsterstr. 5-6 Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt Neukölln Filialen in allen Stadtteilen Groß-Berlins.

Dampfwaschanstalt **Conkordia** Wilhelmstr. 134

D. W. A. Hansa Gerichtstraße 23 Tel. III 1909

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kulick, Färb., Wäscherei Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenburgerst. 41 Swinemünderstr. 88, Weddingstr. 3 Müllerstr. 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
E. Pehling, Elbingerstr. 56.
Winkler & Bärhold, Bergst. 5 u. 57, Nkll. Münch. St. 35

Fleischer. u. Wurstw.

G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnstein Dunckerstr. 78.
O. Aschenbach Lüderitzstraße Nr. 60
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 31.
A. Bentele, Thaerstr. 21.

Wilhelm Behr Wurstfabrik, Speck- und Schinkensalzerei. Berlin-Schöneberg, Kolonnenst. 57-58 Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Elbingerstraße 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dorgerloh, Lithauerstr. 33
St. Dorszewski, Ebertystr. 29.
W. Dörr, Schivelbeinerstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 6
Feyerherm, F., Alt-Bethagen 11.
W. Friedmann, Nkln., Warthestr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Albert Golz, Frankf. Allee 121.
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.
Rob. Glene, Weißensee, Gust. Adolfstr. 13
Otto Grube, Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranien-Straße 17.
Getschmann's Fleisch-u. Aufschn.-Centr., Wicherstr. 150,
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 22.
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fr. Jentsch, Kottbs. Damm 15, Fleisch, Wurst.
R. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
Max Keller, Ziethenstr. 27.
Wilhelm Kitz, Kniprodestr. 118.
F. Klarholz, Pintschstr. 6.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Fritz Klesse, Markusstr. 31
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 16
A. Krumm, Königsbergerstr. 27. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.
H. Kunert, Schöneb., Gothenst. 41
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 115
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 73.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 43.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 5.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 42. Fleisch- u. Wurstfabr.
Lebensmittelvertr. Kaiser Wilhelmst. 16a
Aug. Maaß, Schulstraße 103.
Märk. Fleischkons., Nklln. Warthest. 73
M. Mauersberger, Nklln., Kannerstr. 16
Max Metzler, Rigaerstr. 16.
R. Möller, Pankow, Wollankst. 101

A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerst. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Heborowsky Frankfurter Allee 175.
Nord-Deutsche Fleisch-u. Wurst-Zentrale **F. Zimmermann** Seestr. 113. Anklamerst. 17
Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Ptach Große Frankfurterstr. 13.
P. Rechel Wurstfabr., Landsberger Allee 130, Spz. Rollschink., Nußschink., Schinkenspeck
Riedel, B. Hermannstr. 46.
Rodewald, Prenzl. Allee 29 T. Kgst. 3306.
Franz Rose, Frankf. Chaussee 31a.
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchheld, Ziethenstr. 13
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 2
E. Rummelandt, Thaerstr. 60.
Hermann Schmidt, Thaerstr. 48.
Gebr. Schulz, Litbauerstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Max Schlack, Langestr. 57.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
Otto Schmalzl, Jahnstr. 1.
Schramm, Paderst. 33, Trept. Hpl. 11707
Otto Schleusener, Nklln. Kaiserst. 8
Otto Schubert Koppenstr. 52. Spez. Wurst-Gesch.
Aug. Szczygiel, Nklln., Treptowerst. 110
Otto Schreiber Hohenfriedbergstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Schersberg, Reinickendf., Hausotterst. 9.
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 63
Thäring. Fleisch- u. Wurst-Fabr
F. Sommermann, Boxhagenerst. 36
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldemarstr. 19
Gust. Tschentke, Brüsselerstr. 53
Tscherbner, Straßmannstr. 8.
Max Tümmel, Christburgerstr. 34.
Karl Unte Nannynstraße 17 f. Fleisch- u. Wurstw.
Uhlig, Paul, Koppenstr. 28.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 58
A. Wenzel, Woldenbergerstr. 30
Otto Zeim, Neuk., Fuldastr. 56.
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

Glas u. Porzellan

O. Krüger, Weißenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Charlbg., Wilmersdorferst. 137

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale Inh. Rich. Müller nur Kottbuser Strasse 1 Spez. Champon, Frisier-Salon Unterricht in allen Fächern Auf d. Annonce gewähre 10% Rabatt.

Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 28.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 197, 5% Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Kamnick, Spandau, Schönew. St. 92 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.

Herren-Artikel

H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 10.
E. Flörecke Veteranenst. 7. Schirm. Krawt. Wäsch
Krause, Wilh., Nklln., Herm.-St. 168
Nordring, Brunnenstr. 84.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 1 Hüte, Schirme
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Kl. Bergstr. 141. Nl. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.
Wrangelstr. 45 W. Sendler

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nklln., Bergstr. 19

Herren-Moden-Vertrieb zum Selbstkostenpreis + 10% Charlottenburg-Wilhelmsplatz

L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 31. Mitgl. d. Wahlvereins
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70 c
Marcus, S. Nklln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Monatsgarderoben v. Kavalieren Prinzenstr. 64. Ecke Annenstr.
Rosner, Max Schneidermeister, Nklln., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß
Julius Salomon, Brunnenstr. 96.
J. Scholl Friedenau, Rheinst. 9 Vorz. d. Bl. 5%

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Hutbaus Norden Brunnenstraße 89. Badstraße 65 Chausseestraße 58. Dresdnerstraße 120

Beiße, Rud., Chausseestr. 66.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Berl. Hut-Centrale „Rosenkavalier" Weinbergsweg 27
Hut-Engr.-Lager, Boxh., Gärtnerst. 34.
A. Lemaitre, Wilmsdrf., Berlinerst. 132.
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 63.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.
Zum Hutwinkel S. Kohls, Chausseestr. 65.
Aug. Wegner, Köpenick, Grünstr. 9

Kaffee-Spezialgesch.

Unerreicht!! 40 Pf. pro Pfd. Edel-Malz-Kaffee Marke Mal-Ko Generaldepot Norden, Chausseestr. 116. Fernsprecher Amt Norden 594 u. 9904 Filialen SW. Gneisenaustr. 104 und Blücherstraße 14. Bei Abnahme von 5 Pfund frei Haus.

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 5.
Kaufhaus Friedenau Rheinst. 48
Liefert d. Konsumgenossenschaft.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 29.

Kohlen, Koks, Briketts

W. Pieper Hochmeisterst. 13
Siemon, A. R., Kohlenhdl. Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 47.
G. Behrens, Schöneberg Akazienstr. 9
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 23.
Georg Burow, Stromstraße 39.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
A. Fiedler, Köpenick, Müggelh. St. 41.

Reik Neukölln Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Beusselstr. 76.
Hokenkamp & Neumann Crossenerstr. 18. Kopernikusstr. 19. Niederbarnimstr. 19.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Kohle, W., Lichtenberg, Hagenstr. 56.
Kramer, Rich., O. Kronprinzenstr. 37/38
Lips, Chamissoplatz 8
Lessler, O., Warschauer Str. 5.
Karl Mercier, Huttenst. 3
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. 1 II 7009.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm. St. 188, Kassebachst. 8
Priebe, E., Boxhag.-Chaussee 22.
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Rohra, Langhansstr. 56 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 36.
Runge, Otto, Nklln., Hermannst. 55.
A. Sägeberth, Fehrbelliner Str. 94.
Schneider, F., Nklln. Kaiser-Fried. St. 75
Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54.
Otto Tück, Gubenerstr. 11.
Willi Wegener, Posenerstr. 5.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N. Swinemünd.-St. 116
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.

Lederwaren

Angermeier, Hermannst. 202, Wilmersdf.
Hermann Callies Grüner Weg 100
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes e. V., BERLIN, Mauerstr. 86 88 T. 13401.
Zuschneide-Akademie A. Gorski, Alte Jakobstr. 45.

Mehlhandlungen

Bordasch G., Nklln., Kais.-Frd.-St. 229.
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N. Pankstr. 92.
Halff, Herm., Nklln. Hermannst. 227
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44. Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64 Weserstr. 189, Friedelstr. 29 Treptow, Grätz-Straße 64.
Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.
Jos. Hauke Mehl-u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Hoerma, H., Nklln., Hermannst. 173
Karl Hahn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-Str. 117.
G. Laupichler, Turmstr. 80.
Gus. Meyer, Reinick.-St. 19, Willst.-St. 1
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Marktk., Marheinekeplatz Marktk., Dorotheenpl.
E. Wendler, Reinickendorferst. 6.

Möbelmagazine

Doehne, F., Ri., Neue Jonasstr. 26.
J. Deutmann, Gelegenheitsk. Boeckhstr. 21
Wilh. Gabbert, Brunnen-Str. 169.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gleiser, A., Alexandrinenstraße 43.
G. Hacke, Wilhelmshavenerstr. 36.
König, A., Nklln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.
Küchenmöbel Berliner Küchenmöbel-Fabrik Neue Königst. 81-82, T. VII 4746
Lange, Max Schwedter St. 26 a. d. Kast. Allee.
Misch Dresd.-St. 14 auch Teilzahlg.
Möbel-Gelegenheit Anklam, Charlottbg., Wallstr. 89.
Möbel Karras Waldemarstraße 13 u. 64.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 83a.
F. Neumann Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 100-1
Emil Rutlar Tischler-Innungsmeister Prinzenstr. 34
Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 22.
Siebeky, W. Gneisenaustr. 18 alg. Tischl.-Tapz.-Wkst.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 58
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
Steinemann, Waldemarstraße 73 Ecke Manteuffelstr.
Ch. Tennigkeit, Elsaßerstr. 21.

Möbel-Transport

P. Enders, Gneisenaust. 7a, T. Kgst. 4135.
Heinr. Kaufmann, Linienst. 145.
J. Lange, Ritterst. 96. Mptz. 4195.
Paul Schur, G. m. b. H., Dirksenstr. Bg. 43.

Molkereien

Molk. Strehl Trockenf. Neukölln Hermannst. 110 E. Siegfr. St.
G. Gollsch, Fuldaerst. 29, E. Kammerst.
Milch-Schmidt Neukölln Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96. Berlinerstr. 75 Bergstr. 157
J. Reich, Birkenstr. 33, Zwinglistr. 33
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. Tel. II 2565.

Musikalien

Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, R. Brunnenstr. 45. Noten.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 183

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 36. Waschmasch.

Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Littauer, Vertr. Wilke, Nklln. Berlinerst. 64 Hermannst. 58/59.
F. W. Büttner, nur Manteuffelstraße 109.
Afrana-Nähmaschinen G. A. Bauer, Andreasstr. 79, Petersburgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.

Optiker

Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 68.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 69
Seidler, Louis, Nklln. Bergstr. 42

Pfandleihen

Langer, Wrangelstr. 63. Billiger Verkauf.
A. Meusel, I. Gerichtstr. 39 Billiger Verkauf, II. Müllerstr. 188
Schmidt, Fennstr. 3

Photogr. Ateliers

W. Scharf, Rosenthaler Tor, Elsasserst. 1

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO., Kottbuserstr. 3, auch Gelegenheitskf.
Hugo Schultz *Müllerstrasse 166a Gelegenheitskäufe*
Zaremba, Weinbergsweg 1, T. Nd. 8539

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Restorhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 199.

Schuhwaren, Schuhm.

Damaschke, Invalidenstr. 144.
R. Hagemann, Kastanien Allee 4, 5a
Goldmann, Spandau, Schönwalderst. 54
Rich. Kuhn Frankf. Allee 118a Schönh. Allee 88 I Einzel-Verkauf z. Engrospreisen Leserd. Zeitung 5% Rabatt
Herm. Kärmer, Köpenick.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Petersohn, Osk., Müllerstr. 156.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Sommer, Wilh., N. Schönh.-Allee 85.

Schirme u. Stöcke

Jehnichen, Nklln., Kais. Friedr.-St. 7, 18
G. Schleussner, Warschauerst. 88

Seifen

Heldke, Paul, Burgsdorfstr. 12.

Stempel- u. Vereinsabzeich.

Gust. Banse, Elsasserstr. 9a.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwarz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergsweg 10 I.

Uhren u. Goldwaren

Arendt, H. Neukölln Bergstr. 3
Otto Bickel, Charlottenburg 2. Kantstr. 144.
A. E. Deike Oranienstr. 99 Ecke Lindenstr.
Gustav Schoder Fabrik moderner Goldw. u. Uhren Hauptgesch. S. 42 Oranienst. 155/56 I. Filiale W. 30. Lützowstr. 88. II. „ Schöneberg, Hauptst. 143
Max Eisermann, Charl., Nehringstr. 16.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 48
Fenske, S., Kottbuserdamm 96.
P. Gädtke, Ebf.-Str. 40 E. Alt Moabit.
J. Gebhardt Charlottenburg Berlinerstr. 134.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
Kniebusch, W., Frft. Chaussee 61
C. Käferle, Frankfurt. Allee 10.
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 48.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 118. Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 143.
G. Scharnow, Oranienstr. 45.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 148
Schönemann, O., Nklln., Berl.-St. 73
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 84.
H. Schmidt, Weißensee Langhansstr. 50
Max Storch, Elbingerstr. 100.
A. Trenner, Wilhelmsh. Hauptstr. 13.
Uhren-Klinik, Brunnen- E. Bernauerstr.
Wegner, R. Nkll. Bergstr. 55.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherg. straße 3.

„Friedrich Wilhelm" Berlin W8, Behrenstr 58—61 Lebens-, Sterbekassen-u. Arbeiterversichg. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

„Iduna" zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Wilh. Herm. Lesser Kolonnst. 54 Schöneberg Kolonnst. 54 Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Conrad Großdestillation Oranienstr. 207
Krakow, Fr. NW. Wiclefstr. 47. Einzelverk. z. Engr.-Preisen.
Hermann Meyer & Co., Act.-Ges.
Ignatz Sello Brunnenstr. 18 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis
Großd. „Zur Sonne", P. Freudenberg

Weiß-, Wollw., Trikot.

Max Boeldicke Chausseestr. 67.
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Krautstr. 51a.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 3. Dunkerstr. 1.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 172
Carl Klein, Höchstestr. 16, N. O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
Fr. Oliwetzki, Alte Jakobstr. 137.
Anton Schnur seit 1837 nur Alte Schützenst. 2
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 21.
L. Schneider, Weberstr. 61.
Albert Vogt Urbanstr. — 31. —

Wild u. Geflügel

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
P. Hildebrandt Brunnenstraße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fische.

Zahn-Atelier

M. Gorodiski, Blits Nachf., Brunnenst. 86
O. Hiller Weinmeisterstr. 16/17 T. Nd. 7673
Heröd, M., Elsasserst. 97 (Rosenthal. Platz)
Körber, O., Mariendorf, Chausseestr. 306
H. Lindeke, Warschauerstr. 80.
M. Rasenke, Birkenstr. 22.
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Manteuffelstr.
W. Wettstädt, Stralsunderstr. 13

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Biersteuer und der Freisinn.

Der Berliner Kommunalfreisinn, schon immer eine besondere Blüte des deutschen Freisinns, kommt bei der geplanten Erhöhung der Berliner Biersteuer je länger je mehr in arge Schwulitäten. Nicht nur, daß in der Fraktion der alten Linken der Diktatur des Herrn Cassel immer mehr Widersacher entstehen auch unter den Freisinnigen im Lande gärt es bedenklich wegen dieses neuen reaktionären Verhaltens des Berliner Kommunalfreisinns. So hat neulich im Hansabund der freisinnige Abg. Kie eine sehr deutliche Kritik und eine energische Auflehnung gegen Herrn Cassel durchgesetzt; nicht genug damit, haben auch noch die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, an ihrer Spitze der um das Berliner Gemeindewesen so verdiente Stadtälteste und Stadtrat Weigert einen sachlich außerordentlich begründeten Protest gegen die Biersteuererhöhung und gegen die ganze Kinosteuer versandt; ferner wird es höchst rebellisch in den sonst als Casselsche Leibgarde so berüchtigten Bezirksvereinen; Proteste einzelner und ganzer Korporationen hageln nur so auf die Getreuen des neuen Stadtkämmerers herab.

Die ganze Situation im Freisinn wird aber nachgerade komisch, weil offenbar in der Fraktion des Herrn Cassel selbst immer mindestens drei Meinungen mehr vorhanden sind wie Mitglieder. Auch in der ersten Sitzung des Ausschusses war dieser Wirrwarr unter den bürgerlichen Mitgliedern ergötzlich zu spüren, und es war vielleicht eine nicht üble Art von Obstruktion gegen die ganze Steuer und gegen ihre Väter als diejenigen Freisinnigen, die das Produkt des neuen Kämmerers nicht unbesehen schlucken wollen, weil ihre Wähler ihnen böse zusetzen, zunächst erst mal eine gründliche Nachprüfung des Materials verlangten und durchsetzten. Wenn diese Nachprüfung, die durchaus unsere Zustimmung hat, recht gründlich und umfassend gemacht wird, können Wochen und Monate vergehen. Inzwischen geht vielleicht dem Magistrat und besonders den neuen Herren ein Licht darüber auf, wie sie sich mit diesen Steuerprojekten allseitig in die Nesseln gesetzt haben.

Die Sozialdemokratie hat auch im Ausschuß ihren einfachen und klaren Standpunkt vertreten: Ablehnung jeder neuen indirekten Besteuerung und möglichste Aufhebung jeder alten. Sie weiß sich in diesem Standpunkte eins mit der überwiegenden Mehrheit der Berliner Bevölkerung, mit allen Arbeitern und kleinen Leuten, die von ihrer Hände und ihrer Köpfe Arbeit allein leben müssen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Friedrichshagen N.-B. ist irrtümlich das Lokal „Zur Sängerhalle“, Friedrichstr. 61, auf der Lokalliste vergessen worden. Dasselbe steht nach wie vor zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Wir machen unsere Mitglieder für ihre Kinder noch einmal aufmerksam auf den Märchen-Nachmittag für Kinder am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags pünktlich 1½ Uhr, im kleinen Saale der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3. — Die Vorträge beginnen pünktlich 1½ Uhr und enden pünktlich um 3½ Uhr. Für die Beaufsichtigung der Kinder im Saale ist Vorsorge getroffen. Der Eintritt ist völlig frei.

Dritter Wahlkreis. Heute feiert der Wahlverein im Gewerkschaftshaus sein 22. Stiftungsfest. Billetts a 30 Pf. sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

Am Dienstag, den 28. Januar, abends 8½ Uhr, spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Scheidemann in einer Volksversammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, über: „Patriotische Falschmünzerei“.

Wilmersdorf-Halensee. Der Wahlverein hält Montagabend 8½ Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 115, seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: Innere Vereinsangelegenheiten, wichtige Mitteilungen über die Landtagsersatzwahl und ein Vortrag des Redakteurs Hugo Poetzsch: Die Junkerherrschaft in Preußen. Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Lankwitz. Mittwoch, den 29. Januar, bei Schulz, Mühlenstraße 21, Generalversammlung des Wahlvereins.

Schönwalde-Schönerlinde, Bezirk Pankow. Am Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 3½ Uhr, findet bei Schulz in Schönwalde eine öffentliche politische Versammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Artur Stadthagen das Thema: „Nieder mit der Reaktion!“ behandeln wird. Die Pankower Parteigenossen treffen sich zur gemeinsamen Fahrt pünktlich um 1 Uhr mittags an der Nordbahn (Wollankstraße). Für Radfahrer ist der Start 1 Uhr mittags Mühlenstraße.

Potsdam. Am Sonntagvormittag 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Am Dienstagabend 8 Uhr im Friedrichsgarten: Volksversammlung. Die Genossin Regina Friedländer wird über „Der Kampf der Mütter und Hausfrauen gegen Teuerung und Kriegsgefahr“ referieren. Parteigenossen und Genossinnen! Sorgt für einen guten Besuch dieser Versammlung!

Spandau. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung über ganz Spandau. Alle Genossen haben die Pflicht, sich daran zu beteiligen. Treffpunkt in den Bezirkslokalen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Straßenbahnabonnement.

„Es müssen ja so viele fahren und sie kommen alle mit, warum solltest Du es nicht“, hatte meine Frau gesagt, und ich mußte ihr, wie immer, recht geben.

Ich beschloß daher, zu abonnieren und das Laufen, das mir allmählich beschwerlich wurde, aufzugeben. So ging ich denn zum Photographen, der im Schaufenster zwölf Bilder für 50 Pf. anpries, um mir die vorgeschriebene Photographie für meine Fahrkarte zu verschaffen. Bescheiden bemerkte ich, daß aus meinem Gesicht gewiß nicht mehr viel zu machen sein würde und war seelenvergnügt, daß der gute Mann, wahrscheinlich unter Berücksichtigung dieses Umstandes, die ganze Prozedur in etwa fünf Minuten und schmerzlos für uns beide erledigt hatte. War das Bild auch nicht viel wert, so erfüllte es doch vorläufig seinen Zweck, die Fahrkarte zu schmücken.

Ich hatte mir nun das Recht erkauft, alle Linien zu benutzen, welche die von mir abonnierte Strecke durchlaufen. Früh 7 Uhr stand ich schon an der Haltestelle. Mit so viel Interesse hatte ich noch nie den Straßenbahnverkehr des Morgens beobachtet. Die große Zahl der Wagen, die Fülle der Menschen, die alle dem „Bauch von Berlin“ zueilen. Unter ihnen werde ich nun auch immer sein — gerade kein angenehmes Gefühl angesichts des Gedränges und unwillkürlich werde ich an das Couplet erinnert, das bei Einführung der ersten Pferdebahn hier in Berlin gesungen wurde . . . „Das Drängeln und das Drücken, das hab' ich so gern“.

So mache ich denn bei jedem Wagen den Versuch mitzukommen. „Besetzt“, „besetzt“, „besetzt“, höre ich nun eine viertel Stunde, eine halbe Stunde, dreiviertel Stunden. Ja, aber ich muß doch um 8 Uhr im Geschäft sein! Das Stehen und Warten ist ja zum Verzweifeln! Ich muß mit, koste es, was es wolle! Und mit dem Mut der Verzweiflung springe ich auf den abfahrenden Wagen, werde aber an der nächsten Haltestelle abgesetzt; wiederhole dies jedoch beim zweiten, dritten, vierten Wagen usw., fahre so von Haltestelle zu Haltestelle und erwische schließlich auch einen Platz.

Um ½9 Uhr bin ich glücklich im Geschäft, zur Verwunderung meines Chefs und noch mehr meiner Kollegen, die mich nur als ein Muster von Pünktlichkeit kennen. Meine Aufregung ist ihnen aber gewiß nicht entgangen und teilnehmend fragte mich einer, ob zu Hause etwas passiert sei.

So geht es jeden Morgen. Eine Aufregung bemächtigt sich meiner, wenn ich des Morgens vergeblich an der Haltestelle warte. Eine Wut steigt in mir auf, sobald ich das verhaßte Wort „besetzt“ höre. — Aber schließlich fahre ich doch, ebenso wie am ersten Tage, so alle Tage. Sie ist ein wenig gefährlich, diese Fahrerei; aber ich tröste mich immer, daß ich früher auf noch gefährlichere Art sogar mein Brot verdiente. Ich war Seiltänzer, Schlangenmensch und Degenschlucker, und bin heil davongekommen, warum sollte ich weniger Glück haben hier in Berlin mit einem Abonnement auf die Straßenbahn, wofür ich 7,70 M. inklusive Photographie bezahlte. . . .

„Aber sagen Sie mir doch, Herr Doktor, was meinem Mann eigentlich fehlt; es ist ja kaum noch zum Aushalten mit ihm. Wie ruhig haben wir all die Jahre gelebt und jetzt — es ist zum Verzweifeln. — Er spricht nur noch von der Straßenbahn. Des Morgens um fünf steht er schon auf und springt auf die Stühle, den Tisch, die Kommode — zum Training, wie er sagt, damit er ja keinen Fehlsprung auf die Straßenbahn tue. Ach, diese unglückselige Fahrerei. — Damit er es leichter haben soll, redete ich ihm zu, ein Abonnement zu nehmen und das Laufen aufzugeben, und nun dieses Unglück.“ —

„Trösten Sie sich, liebe Frau, es ist nicht so schlimm und läßt sich bald in Ordnung bringen. Ihr Mann leidet an dem Straßenbahnrhapsus, d. h. an der krankhaften Einbildung, daß die Straßenbahn zur Beförderung der Menschen verpflichtet wäre. — Dies trifft natürlich nicht zu, wenigstens nicht hier in Berlin. — Hier bezahlt man sein Abonnement und läuft neben oder hinter dem Wagen her, wie die Großen der Türkei hinter dem Wagen des Sultans, wenn dieser zum Gebet in die Moschee fährt. — Raten Sie Ihrem Manne, wie früher zu laufen, statt zu fahren, dann wird er wieder gesund werden.“ — — —

„Es müssen ja so viele laufen und sie sind rechtzeitig im Geschäft, warum solltest Du es nicht können. Du mußt natürlich etwas früher weggehen“ — hatte meine Frau gesagt und ich mußte ihr, wie immer, recht geben. Jetzt laufe ich wieder. —

Die Stadt Berlin als Erbin. Das am 3. Dezember v. J. verstorbene Fräulein Griese hat der Stadt ein Vermächtnis von 160 000 M. hinterlassen. Aus der Stiftung sollen alleinstehende weibliche Personen unterstützt werden. — Ferner ist die Stadt Universalerbin des am 21. November in Breslau verstorbenen Fräulein Johanna Stuttmeister, die in Charlottenburg ihren Wohnsitz gehabt hat, geworden. Der Nachlaß hat einen Wert von über 2 000 000 M. Von den Zinsen sollen bedürftige Künstler und Künstlerinnen unterstützt werden. Weiter soll ein Haus zur Aufnahme von bedürftigen Einwohnern erbaut werden, die das Gewerbe eines Bäckers oder Pelzwarenhändlers betrieben haben. Der Magistrat hat der Annahme der Erbschaften zugestimmt.

Eine „weiße“ Ueberraschung gab es gestern morgen für die Frühaufsteher. Straßen und Plätze waren mit einer starken Schneedecke überzogen. Gegen Mitternacht hatte ein Schneefall eingesetzt, der bis in die frühen Morgenstunden andauerte. Leider sollte das winterliche Gepräge der Straßen bald wieder verschwinden. Gegen 8 Uhr trat Tauwetter ein, so daß der Schnee wieder in Schmutz verwandelt wurde. Für den Fuhrverkehr war der Schneefall in den frühen Stunden recht störend. Die Gleise waren streckenweise derart verschneit, daß die Streuwagen in Tätigkeit treten mußten.

Durch einen nichtswürdigen Bubenstreich ist der Besitzer eines Frachtdampfers schwer geschädigt worden. Seit Eintritt des Frostes lag der Dampfer „Lisbeth“ auf der Havel bei Spandau vor Anker. Das Fahrzeug sollte gründlich repariert werden und vor allem einen neuen Kessel erhalten. Der Eigentümer des Dampfers hatte die Besatzung abgelohnt und sich selbst nach seiner Heimat begeben, so daß sich seit einigen Tagen niemand mehr an Bord befand. Diese Gelegenheit benutzte ein bisher unbekannt gebliebener Dieb, um die wertvollen Metallstücke der Kesselanlage abzuschrauben und zu entwenden. Der Spitzbube scheute sich auch nicht, den Grundhahn mitzunehmen, sodaß das Wasser in den Schiffsraum eindrang und den Dampfer zum Sinken brachte. Das Fahrzeug wäre auf Grund geraten und verloren gewesen, wenn nicht der Unfall von einem Bootsmann bemerkt worden wäre. Zunächst versuchte die Spandauer Feuerwehr das eindringende Wasser auszupumpen, doch blieben diese Bemühungen vergeblich. Schließlich gelang es, den sinkenden Dampfer vor dem völligen Untergange dadurch zu retten, daß man mit vieler Mühe unter dem Fahrzeug schwere eiserne Ketten von zwei anderen Dampfern aus hindurchzog, auf denen das Fahrzeug ruht. Der Täter, der mit den Schiffahrtsverhältnissen und insbesondere auch mit den Einrichtungen eines Dampfers genau vertraut sein muß, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Tödlicher Fahrstuhlunfall. Auf dem Fabrikgrundstück Urbanstr. 116 wollte der 40 Jahre alte Werkmeister der Tischlerei Westermann u. Hacker, Johann Hacker, in Gemeinschaft mit einigen Gesellen Waren in einem Lastenaufzug von einem oberen Stockwerk nach unten transportieren. Infolge Versagens des automatischen Verschlusses stürzte der Fahrstuhl, in dem sich Hacker befand, plötzlich in den Schacht hinab. Hacker, der schwere innere Verletzungen erlitten hatte, mußte nach dem Urban-Krankenhaus gebracht werden, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 26. Januar, feiert die Arbeiter-Bildungsschule ihr 22. Stiftungsfest in Gestalt eines Kammermusik-Abends unter Mitwirkung hervorragender Künstler. Das uns vorliegende und in Nummer 20 des „Vorwärts“ veröffentlichte Programm sagt u. a. zur Einführung:

Das Programm bringt als erste und letzte Nummer zwei der bedeutendsten Werke der klassischen Kammermusik, d. h. derjenigen Musikgattung, welche im Gegensatz zur öffentlichen Kirchen- und Opernmusik für die Aufführung im Zimmer oder Konzertsaal bestimmt ist. Wenn sich das große Orchester mit einer Volksmenge vergleichen läßt, in der die Stimme des einzelnen kaum bemerkt wird, so finden sich in der Kammermusik immer nur einige wenige Stimmen zusammen, von denen jede einzelne selbständige Bedeutung hat. In dieser größeren Selbständigkeit der einzelnen Stimmen, die jedem Instrument die Bedeutung eines Soloinstruments gibt, liegt der besondere Reiz der Kammermusik. Der aufmerksame Hörer findet bald Genuß daran, zu beobachten, wie ein musikalischer Gedanke bald von dieser, bald von jener Stimme aufgenommen und dem besonderen Klangcharakter des Instruments angepaßt wird.“

Wer sich diesen seltenen Kunstgenuß nicht entgehen lassen will, versehe sich zeitig mit Billetts. Dieselben sind zu haben a 75 Pf. bei Horich, Engelufer 15. Reul, Barnimstr. 42. Vogel, Lortzingstraße 37. Kaczorowski, Ravenéstr. 6. Gottfr. Schulz, Am Kottbuser Tor. Weihnacht, Grünstr. 21. Radke, Neue Jakobstr. 1—3, vis-a-vis der „Neuen Philharmonie“. Bei pünktlichem Beginn ist frühzeitiges Erscheinen geboten. Die Damenhüte sind abzulegen.

Wer sind die Toten? Am 17. d. Mts. nachmittags 4.15 Uhr wurde ein bisher unbekanntes 15—17 Jahres altes, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriges Mädchen von einem Wagen der Linie 48 in der Schönhauser Allee überfahren und getötet. Bekleidet war die Ueberfahrene mit einem graugrünem Ulster, schwarzem Alpaccarock mit zwei roten Streifen, schwarz und weiß karierter Bluse, roten Beinkleidern, schwarzen Strümpfen, ebensolchen Schnürschuhen und weißen Handschuhen. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhause in der Hannoverschen Straße. Mitteilungen über die Verunglückte nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu Nr. 271.IV.55.13 entgegen. Am 20. d. M. wurde aus dem Spreekanal gegenüber dem Kupfergraben, Ecke Dorotheenstraße, die Leiche einer unbekannten, dem Arbeiterstande angehörigen Frau gelandet. Die Unbekannte ist 60—65 Jahre alt, 1,58 Meter groß, hat graumeliertes Haar und trug graublaues Kopftuch, schwarz- und rotkarierte Taille, hellgraue, wollene Unterhosen, einen dunkelgrünen, einen rosawollenen und einen hellgrauen Unterrock, einen blauen Oberrock mit schwarzem Samtband und einen schwarzen Oberrock, schwarze Strümpfe und schwarze Zeuggummizugstiefel mit Lackkappen. Die Leiche befindet sich im Schauhause. Aufklärende Nachrichten nimmt jedes Polizeirevier sowie die Kriminalpolizei, Zimmer 349 zu Nr. 309. IV. 55. 13 entgegen.

Der Männerchor „Fichte-Georginia 1879“ (M. d. D. A.-S.-B.) Chormeister Th. Gervais gibt heute in der Singakademie sein zweites Winterkonzert. Mitwirkende: Frl. Gertrud Janke, Konzert- und Oratoriensängerin (Alt) und Organist Herr Adolf Haensgen, Orgel und Flügel. Anfang präzise 7½ Uhr.

Fußballspiele der Arbeiter-Turn- und -Sportvereine. Am Sonntag finden folgende Spiele statt: Spandau—Charlottenburg in Spandau auf dem Exerzierplatz in der Seeburger Straße; Weißensee—Rummelsburg in Weißensee, Falkenberger Straße 153; Fichte I—Schöneberg in Treptow, an der Köpenicker Landstraße.

Die Spiele beginnen um 3 Uhr nachmittags, auch die Spiele der anderen Gruppen.

Auf der Treptow-Sternwarte finden heute, Sonnabend, wieder drei kinematographische Vorträge statt: Um 4 Uhr über den „Rhein“, um 6 Uhr „Eine Reise ins Weltall“ von Dir. Dr. F. S. Archenhold, um 8 Uhr über den „Deutschen Wald“. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr über die „Ost- und Nordseeküsten“, um 5 Uhr ein astronomischer Vortrag, „Eine Wanderung durch das Weltall“, um 6½ Uhr über den „Deutschen Wald“, um 8 Uhr über den „Rhein“. Am Montag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold über „Kometen und Sternschnuppen“. Alle kinematographischen Vorführungen sind für die Jugend freigegeben. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Venus, abends der Saturn und der Orionnebel gezeigt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Umwälzungen in der Weltpolitik lautete das Thema, über das Genosse Katzenstein in der Generalversammlung des Wahlvereins am letzten Dienstag referierte. In scharfen Umrissen kennzeichnete der Referent die Entwickelung der Kolonialherrschaft der Großmächte. Ueberall fänden wir seit Jahrhunderten das Bestreben, sich kolonialen Erwerb zu sichern; aber nicht Kultur-, sondern gemeine Geldinteressen seien bei der Kolonisation der kapitalistischen Staaten maßgebend. Die Sozialdemokraten wollen auch Kolonisation treiben, nicht aber im Interesse des Geldbeutels, sondern im Interesse der Menschheit. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf gab Genosse Seifert den Quartalskassenbericht. Danach balancieren im letzten Quartal die Einnahmen und Ausgaben des Wahlvereins mit 4008,49 M. bezw. 3451,79 M., so daß ein Kassenbestand von 556,70 M. verbleibt. Volkshausmarken wurden 3665 Stück à 10 Pf. verkauft. Den Bericht vom Preußentage erstattete Genosse Bade; einige Ergänzungen gab Genosse Katzenstein. Schließlich fand im Anschluß hieran folgender Antrag des Genossen Katzenstein einstimmige Annahme:

„Die Generalversammlung des Wahlvereins Charlottenburg erklärt sich mit der Tätigkeit des preußischen Parteitags, insbesondere mit seiner Stellungnahme zur Taktik des Landtagswahlkampfes, einverstanden. Nachdem inzwischen der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei aufs neue bewiesen hat, daß von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung im Kampfe gegen die preußische Reaktion und zur Erringung einer ernsthaften Wahlreform zu erwarten ist, spricht die Generalversammlung die Erwartung aus, daß die Parteileitung nunmehr einen ernstlichen Kampf um das Wahlrecht einleiten wird, bei dem jedes geeignete Kampfmittel, insbesondere der politische Massenstreik, ins Auge zu fassen ist.“

Für die kommende Landtagswahl wurde Genosse Zietsch als Kandidat des Wahlkreises Charlottenburg aufgestellt. — Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der kommenden Kreisgeneralversammlung. Die Einführung der Hauskassierung für den Kreis soll nicht empfohlen werden. Ueber die Reorganisation der Zahlabende soll in einer besonderen Mitgliederversammlung diskutiert werden. Die Wahlen der Delegation für die Kreisgeneralversammlung hatten folgendes Ergebnis: Bade, Eberlein, Katzenstein, Fräulein Knobbe, Rosenthal, Seifert, Schulz.

In letzter Zeit wiederholt von Spitzbuben heimgesucht wurde das in der Kantstraße 58 gelegene Straußfedern- und Pleureusengeschäft. Vor vier Wochen gelang es Dieben, beträchtliche Mengen vorhandener Waren im Werte von 12 000 Mark zu entwenden und in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurden, nachdem die Spitzbuben die Schaufenster zertrümmert hatten, wiederum Waren im Betrage von 1000 Mark gestohlen. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln. Wie man uns mitteilt, ist dies seit etwa zwei Monaten bereits der vierte Einbruch in demselben Geschäft. Das läßt allerdings auf ungestörte Sicherheit ein und derselben Diebe schließen.

Wilmersdorf-Halensee.

Die städtische Fleischverkaufsstelle.

Der Fleischnot gegenüber haben die Schlächtermeister vor aller Welt ihre Unfähigkeit offenbart, die Zeichen der Zeit zu begreifen und in Gemeinschaft mit dem Magistrat das Nötige zu tun. Mehrere Wochen hindurch hätte es in Wilmersdorf überhaupt kein ausländisches Fleisch gegeben, wenn die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend nicht in den drei von ihr gemieteten Läden: Bruchsaler Str. 3, Augustastr. 57 und Güntzelstr. 43 Verkaufsstellen eingerichtet hätte. Inzwischen hat aber der Magistrat auf Anregung der städtischen Teuerungsdeputation einen weiteren Schritt getan,

indem er am 22. Januar in dem der Stadt gehörenden Hause Berliner Str. 40 einen städtischen Fleischverkauf einrichtete. Die Verkaufsräume sind groß und zweckentsprechend, die Bedienung geht selbst in diesen Tagen, wo der Andrang enorm ist, einigermaßen flott von statten, und die Ware ist gut. Eine besondere Ueberraschung hat der Magistrat dem Publikum noch dadurch bereitet, daß er mehrere tausend australische Hammel aufkaufte, deren Fleisch ganz besonders gerühmt wird. Fragt man, wie es denn kommt, daß der in sozialpolitischen Angelegenheiten sonst nicht gerade besonders vorwärtsdrängende Magistrat von Wilmersdorf der Fleischteuerung gegenüber Maßnahmen ergreift, die unsere Parteigenossen in manchen anderen Großstädten vergebens gefordert haben, so kommt vor allem die besondere Bevölkerungsstruktur dieses Vorortes in Betracht. Hier spielt das Kleinhandwerk, das Zünftlertum, eine verhältnismäßig geringe Rolle, desto mehr aber geben die Beamten den Ausschlag, die bei einer oft nur mäßigen Entlohnung in Zeiten der Teuerung ein dringendes Interesse an Notstandsmaßnahmen haben. So ist denn die von unserer Seite gegebene Anregung in der Teuerungsdeputation, gegen die Obstruktion der Schlächtermeister die Hilfe der Konsumgenossenschaft in Anspruch zu nehmen, auf fruchtbaren Boden gefallen, und so stieß auch der Plan der Errichtung einer städtischen Verkaufsstelle kaum auf Widerstand. Man irrt auch, wenn man glaubt, daß nur die minderbemittelte Bevölkerung vom städtischen Fleischverkauf profitiert. Diese ist vor allem an Wochentagen kein sonderlich in Betracht kommender Kunde für Hammelkeulen und Rinderfilets; vielmehr muß die Arbeiterfrau froh sein, wenn ihr Hausstandsgeld für minderwertige Fleischsorten reicht. Neben ihr steht denn auch in der Wilmersdorfer städtischen Fleischhalle ähnlich wie im Warenhause die Dame im Samtjackett vor dem Ladentisch. Bis jetzt hat der Magistrat den Verkauf der australischen Hammel für seine Einrichtung reserviert. Wie wir vernehmen, verlangt auch die Konsumgenossenschaft für ihre Verkaufsstellen einen Anteil von der Ware. Wir nehmen an, daß der Magistrat diesem selbstverständlichen Begehren heute noch Genüge leisten wird.

Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die jüngste Sitzung begann mit einem kleinen Vorspiel wegen Aenderung der Tagesordnung. Der Gemeindevorstand hatte in weiser Fürsorge den Punkt „Kristalleiswerk" in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung placiert, offenbar um der öffentlichen Auskunft über diese neueste kommunale Einrichtung überhoben zu sein. Die Fabrikation von Eis ist in Lichterfelde kommunalisiert; diese Einrichtung ist getroffen worden auf Anregung aus wohlhabenden Kreisen, denen im heißen Sommer des Jahres 1911 das Eis von Privatunternehmern zu teuer wurde. Die Produktion von Eis ist leider zu Wasser geworden — wenigstens nach der finanziellen Seite hin. Aus einer „werdenden" Anlage — das sollte die Eisfabrik werden — ist eine „fressende" geworden. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Eisfabrikation sich nicht rentiert und daß selbst ihre eifrigsten Fürsprecher sich nicht mehr für sie erwärmen. Da es sich nun aber einmal um eine öffentliche Einrichtung der Gemeinde handelt, wäre es am Platze gewesen, über sie auch öffentlich zu beraten. Dieser Antrag wurde auch von einigen Gemeindevertretern zu Beginn der Sitzung gestellt. Die Verhandlung über diesen Antrag fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, nach deren Wiederbeginn der Beschluß der Gemeindevertretung dahin verkündigt wurde, daß das „Kristalleiswerk" in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln sei, weil andernfalls „die geschäftlichen Interessen der Gemeinde verletzt würden". Damit ist vorläufig diese kristallklare Angelegenheit dem Forum der Oeffentlichkeit entzogen und die Steuerzahler können sich's einstweilen an den Knöpfen abzählen, ob und wieviel das neue Gemeindeunternehmen Zuschuß erfordern wird. — Eine längere Debatte entspann sich bei einer anscheinend unscheinbaren Sache: der Veränderung einer Fluchtlinie. Es handelt sich darum, daß die westliche Berliner Vorortbahn an der Geranienstraße einen großen Bahnhof mit einem Fassungsraum für 250 Wagen erbauen will. In diesem Falle ist auch eine Aenderung der jetzigen Fluchtlinie nötig. Ein Teil der Grundbesitzer — die Anhänger des reinen örtlichen Villencharakters — suchen diesen Bau möglichst zu hintertreiben und ebenso den Zuzug kleiner Leute nach Lichterfelde zu verhindern. Ein solcher „Freund" der arbeitenden Bevölkerung ist der Gemeindevertreter Jäger, der denn auch die Vorlage mit Argumenten bekämpfte, die durchaus den eben gekennzeichneten edlen Bestrebungen entsprechen. Er führte aus, daß die Vorlage der Gemeinde nicht zum Besten diene. Die Lasten seien zu groß — die Vorteile zu gering. Durch den Bau des Bahnhofs würde eine große Anzahl Straßenbahnangestellte nach Lichterfelde ziehen, die der Gemeinde keinen Nutzen, sondern nur Lasten brächten. Diese steuerlich Minderwertigen (!) mit zirka 400 Kindern würden der Gemeinde mindestens 40 000 M. an Schullasten aufbürden, neue Schulhäuser müßten erbaut werden (was schon längst nötig ist. D. B.), so daß die Aufwendungen sicherlich 60 000 M. erreichen würden. Das Depot würde übrigens auch keine Zierde des Ortes bilden. Die Gesellschaft solle also anderwärts bauen. Gemeindevorsteher Schulz, die Schöffen Lengner, Lange und Domino weisen insbesondere darauf hin, daß eine „reine Villenpolitik" für den Ort unmöglich ist, daß durch den Bau dieses großen Depots die Verwirklichung weiterer Verkehrsprojekte bedeutend näher gerückt sei und daß der Nachbarort Steglitz gerade infolge des lebhaften Zuzugs kleinerer Leute in seiner Entwicklung viel größere Fortschritte gemacht habe als Lichterfelde. Die Vorlage wurde schließlich angenommen gegen die Stimme der Vertreter jener Grundbesitzerrichtung, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die minderbegüterte Bevölkerung, speziell die der Chausseestraße, herabzusetzen sucht. — Der Abschluß der Rechnung über den Betrieb der Gemeindebadeanstalt für 1912 ergibt, daß infolge der wenig günstigen Witterung des Sommers ein Zuschuß von 10 181 M. notwendig wurde. Das Straßenpflasterprogramm pro 1913 ist äußerst umfangreich; die Länge der zu pflasternden Straßen beträgt über 6 Kilometer, die Kosten belaufen sich auf 7—800 000 M. Als Material sollen Stampfasphalt und — probeweise — Asphaltplatten Verwendung finden. — Zwei Beratungsgegenstände wurden wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Tempelhof.

Durch den Zustrom von 2377 Steuerpflichtigen in den letzten drei Jahren zeigt die Wählerliste in ihrer Klasseneinteilung eine erhebliche Veränderung. Während im Jahre 1910 in der ersten Klasse nur 12 Wähler vorhanden waren, sind es jetzt deren 60. Mit einem Steuersatz von 1703,25 M. kann man jetzt bereits in der ersten Klasse sein Wahlrecht ausüben, während 1910 dazu immer noch 4544 M. erforderlich waren. Wähler der zweiten Klasse sind jetzt 767 vorhanden, während 1910 nur 207 in der Liste verzeichnet waren. Alle Wähler unter 176 M. Steuersatz wählen in der dritten Klasse; dies sind 4805 Wähler gegen 3036 im Jahre 1910. Die Gesamtsteuersumme beträgt dieses Jahr 930 370,40 Mark gegen 587 077 M. im Jahre 1910. 827 Wähler der ersten und zweiten Klasse haben demnach doppelt so viel Stimmrecht wie 4805 Wähler der dritten Klasse.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Vor einigen Wochen hatte die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Schöffen (Syndikus) beschlossen. Aus diesem Grunde lag der Sitzung ein Antrag des Gemeindevorstehers vor, der den Erlaß auf Abänderung des Ortsstatuts betreffend die Zahl der Schöffen- und Gemeindeverordneten verlangt. Die Abänderung soll dahin gehen, daß die Gemeindevertretung auf 4 Schöffen und 15 Vertreter erhöht wird. Der Vorsteher betonte hierzu, daß der Beschluß der Vertretung, die Zahl der Gemeindeverordneten auf 24 zu erhöhen, vorläufig nicht durchführbar sei; die Wahlkommission wünsche bei dieser Verdoppelung der Vertreter die Einteilung des Ortes in Bezirke. Die Vorarbeiten dazu seien aber so schwierig, daß dieser Beschluß erst im Frühjahr 1914 zur Durchführung gelangen könne. Er bitte deswegen die Gemeindevertretung, seinem Vorschlage auf 4 Schöffen und 15 Vertreter vorläufig zuzustimmen. Genosse Reichardt meinte, daß es auf Grund der Landgemeindeordnung nicht möglich sei, in diesem Jahre eine Vermehrung der Vertreter vorzunehmen. Bei einer Neuwahl, wie sie hier in Betracht komme, müsse nach zwei Jahren eine Auslosung vorgenommen werden. Da im nächsten Jahre ein Drittel der alten Vertreter turnusmäßig ausscheide, würde es dazu führen, daß in jedem Jahre Ersatzwahlen notwendig würden. Ein solches Verfahren sei nach seiner Meinung ungesetzlich; er mache deshalb den Vorschlag, daß einer der unbesoldeten Schöffen freiwillig zurücktreten möge, damit hierdurch der Platz für den anzustellenden besoldeten Schöffen frei werde. Genosse Weber schloß sich im allgemeinen den Ausführungen Reichardts an und ersuchte gleichfalls, den Beschluß der Gemeindevertretung auf 24 Verordnete im nächsten März 1914 zur Ausführung zu bringen. Herr Th. Noack stellte den Antrag, die ganze Angelegenheit nochmals an die Wahlkommission zurückzuverweisen. Dem stimmte die Vertretung in ihrer Mehrheit zu. Alsdann war die Bildung einer Einquartierungskommission vorzunehmen. Wie der Gemeindevorsteher bekanntgab, hatte der Ort im vorigen Jahre aus Anlaß der Herbstparade eine beträchtliche Anzahl Soldaten unterzubringen; um den sich hierbei ergebenen Mißständen abzuhelfen, empfahl er die Bildung einer fünfgliederigen Kommission. Gemeindevertreter Dilges klagte bei dieser Gelegenheit besonders, daß speziell die Dorfstraße mit Einquartierung überlastet gewesen sei. Dieser Schmerzensschrei des notleidenden Gutsbesitzers veranlaßte unseren Genossen Weber zu den Zwischenrufen: „Die arme Dorfstraße!" und: „Als Patrioten müssen Sie noch viel mehr tun!" Dem Antrage des Vorstehers wurde zugestimmt. Von unseren Genossen wurde Genosse Welk für die Kommission in Vorschlag gebracht. — Allgemeine Verwunderung erregte der Punkt: „Nachträglicher Einbau von Anschlußgabeln für die Kanalisationsleitungen in der Marienfelder und Friedenstraße. Bei der Regulierung dieser Straßen ist wohl die Kanalisation eingebaut, man hat aber vergessen, für Anschlüsse anzubauender Häuser Sorge zu tragen. Die Straßenregulierung ist vor zirka 4 Jahren unter der Leitung des früheren Gemeindevorstehers Westphal erfolgt. Es wurde beschlossen, die Kosten hierzu zu übernehmen. Ueber die schlechten Verkehrsverhältnisse ist mit der Großen Berliner Straßenbahn wiederholt verhandelt worden. Ein jetzt eingegangener Bescheid in dieser Sache befriedigt die Gemeindevertretung in keiner Weise. Aus Anlaß der Kaisergeburtstagfeier wurden bisher die Kosten für die Illumination aus Gemeindemitteln bewilligt. In diesem Jahre soll von einer Illumination Abstand genommen werden. Die bisher dafür verausgabte Summe ist den Kriegsveteranen zugebilligt worden. Jedenfalls wird dieser Beschluß der Gemeindevertretung allgemein anerkannt werden.

Die Widersinnigkeit des Dreiklassenwahlrechts wird auch durch die jetzt ausliegende Gemeindewählerliste dokumentiert. Danach haben die 55 Wähler der ersten Abteilung ebensoviel Wahlrecht wie 547 der zweiten und 3544 der dritten. — Ein Wähler der 1. Klasse verfügt über ebensoviel Einfluß auf die Geschicke der Kommune, wie 10 Wähler der 2. und 64 Wähler der 3. Klasse.

Die erste Abteilung bringt an Steuern der Gemeindekasse 363 150,13 M., die zweite 362 610,30 M. und die dritte 213 737,97 M. — Um Wähler der 1. Klasse zu sein, muß man an Steuern 2169,10 bis 98 580 M. aufbringen; ein Wähler der 2. Klasse hat 231,10 M. bis 2165,60 M. zu zahlen. Die dritte Klasse sieht an ihrer Spitze noch Leute, welche 230,70 M. dem Steuersäckel zuführen. Diese Sätze werden sich noch wesentlich zuungunsten der ärmeren Klassen verschieben, wenn die von den Bürgerlichen geplante Bezirkseinteilung zur Durchführung gelangt.

Weißensee.

Die verhinderte Erklärung. In der letzten Gemeindevertretersitzung wollte der Genosse Fuhrmann, nachdem die von dem Lehrer Frommont gegen ihn gerichtete Beleidigungsklage, wie bekannt, mit einem Vergleich geendet hatte, eine entsprechende Erklärung abgeben. Der Bürgermeister vereitelte jedoch sonderbarerweise die Abgabe dieser Erklärung, indem er dem Genossen Fuhrmann das Wort verweigerte. Wie die Weigerung des Bürgermeisters aufgefaßt wurde, hat sich nach Schluß der Sitzung gezeigt. Der Vorsitzende der alten Fraktion erklärte dem Genossen Fuhrmann gegenüber völlig mit Unrecht: „Die Sache mit der Erklärung ist ja von Ihnen fein gedeichselt," mit anderen Worten, man habe mit Absicht die Erklärung vereitelt.

Tegel.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Kassenbericht entgegen. Einer Einnahme von 1519,02 M. steht eine Ausgabe von 1224,40 M. gegenüber. Alsdann berichtete Genosse Grauer-Lichtenberg über den preußischen Parteitag. In der darauf folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den auf dem Parteitag gefaßten Beschlüssen einverstanden. Genosse Lichtenberg berichtete hierauf über die Tätigkeit unserer Vertreter im Gemeindeparlament. Redner ließ die bemerkenswertesten Beschlüsse der Vertretung Revue passieren. Da wir im einzelnen über die Verhandlungen in der Gemeindevertretung eingehend berichtet haben, glauben wir uns eine Wiedergabe der Ausführungen des Redners sparen zu können. Die Kritik Lichtenbergs an den Beschlüssen der Gemeindevertretung löste eine rege Diskussion aus, an der sich die Genossen Petersohn, Beiermann, Meier und Krüger beteiligten. Sämtliche Redner meinten, daß bessere Zustände in der Gemeinde Tegel nur dann einziehen könnten, wenn dieselbe so schnell wie möglich in Berlin eingemeindet werde. Damit würde zugleich auch der bestehenden Kliquenwirtschaft ein Ende bereitet. Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß der Wahlverein mit dem Gesangverein „Immergrün" ein Abkommen getroffen hat, wonach derselbe bei Beerdigungen von Mitgliedern, bei denen Gesang gewünscht wird, wochentags gegen eine Entschädigung von 15 M. mitwirkt. Bei Sonntagsbeerdigungen wirkt der Verein unentgeltlich mit, nur wenn der Dirigent an der Beerdigung teilnimmt, sind 6 M. zu entrichten. Zu dem Zwecke wird von den Genossen je nach Bedarf ein freiwilliger Beitrag von 5 Pf. erhoben. Vorbedingung der Mitwirkung des Gesangvereins ist, daß kein Geistlicher an der Beerdigung teilnimmt. Die Genossin Pollack ersuchte die Anwesenden, in Zukunft mehr als bisher den Veranstaltungen der Jugend Interesse entgegenzubringen. Der Bezirksleiter ermahnte am Schlusse der Versammlung zur Einsichtnahme der in den Amtsstunden und Sonntags von 11—12 Uhr im Gemeindeverwaltungshause ausliegenden Wählerlisten.

Potsdam.

Städtische Betriebe sollen Musterbetriebe sein. Daß dies nicht immer zutrifft, beweist ein Blick auf die Arbeitsverhältnisse, wie sie zurzeit auf der Klärstation in Potsdam bestehen. Jede Schicht dauert zwölf Stunden. Für diese schmutzige und lange Arbeit wird ein Schichtlohn von nur 4,20 M. gezahlt. Allerdings sollen in diesen Schichten zwei Stunden Pausen liegen, die aber nicht immer eingehalten werden können. Doch damit nicht genug. Alle 14 Tage müssen die Beschäftigten 24 Stunden hintereinander arbeiten und auch Ueberstunden werden oft gemacht. Für die Ueberstunden oder für die Nachtarbeit gibt es jedoch keinen Pfennig mehr Lohn als üblich, nämlich 42 Pf. pro Stunde. Auch in sanitärer Beziehung ist noch manches recht mangelhaft. So müssen z. B. die Arbeiter ihre Handtücher selbst mitbringen und reinigen und auch die Eimer, in denen sich die Arbeiter waschen, sind Eigentum derselben, weil die Eimer, die von der Verwaltung zur Verfügung stehen, nicht nur zum Waschen, sondern auch zu anderen schmutzigen Arbeiten benutzt werden. Solche Verhältnisse sind für Potsdam nicht gerade schmeichelhaft. Klage geführt wird auch über eine Bierkasse, die vom Betriebsführer verwaltet wird. Das Bier wird kastenweise von der Brauerei eingekauft und mit 10 Pf., genau wie in Ladengeschäften, verkauft. Allerdings erhalten von dem Gelde in Krankheitsfällen die Arbeiter eine kleine Unterstützung und auch zu Weihnachten gelangt eine kleine Summe zur Verteilung, die diesmal 5 M. betragen haben soll. Trotzalledem wissen die Arbeiter nicht, wie es mit dieser Kasse steht, die doch sie allein angeht, da sie die Beiträge hierzu leisten. Manche Arbeiter, die schon Jahre im Betriebe tätig waren und dann in andere Arbeit gehen, erhalten aus dieser Kasse, zu der sie täglich bei jeder Flasche Bier einen Betrag gezahlt haben, keinen Pfennig zurück. Die Arbeiter haben allerdings auch nicht den Mut, ganz energisch Aenderung zu verlangen, weil sie sich keine Unannehmlichkeiten machen wollen.

Nehmt Einsicht in die Gemeindewählerlisten,

die nur noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebureaus ausliegen. Ueberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste vermerkt ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl auch sein Wahlrecht ausüben kann.

Tempelhof. Die Gemeindewählerliste liegt noch Sonntag, vormittags von 8—10 Uhr, im Zimmer 8 des Gemeindehauses, Dorfstr. 42, aus.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Außer im Gemeindebureau liegt die Liste auch beim Genossen W. Petzold, Gartenstr. 5, aus.

Steglitz. Die Liste liegt im Hause Schloßstr. 36, Zimmer 47, und zwar von 8—3 und 5—7 Uhr ein.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 26. Januar cr., findet eine Besichtigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung statt. Treffpunkt: 12 Uhr am Hermannplatz (Apotheke), ¾1 Uhr am Knie, Charlottenburg. Für Nachzügler um 1 Uhr in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11—13 (vor der Ausstellung).

Aus der Frauenbewegung.

Kind und Umwelt.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Reichstagsabgeordneter Rühle den ersten Vortrag zum Zyklus „Erziehungsfragen". Haus, Schule, Leben sind die ausschlaggebenden Faktoren, die den Werdegang des Menschen beeinflussen. Seit Entstehung der Familie lernte das Kind im Hause alles, was es für das Leben nötig hatte; es sah den Vater in der Werkstatt schaffen, sah die Mutter den Haushalt versehen, es half mit, wozu seine Kräfte ausreichten; es sah, wie einer für den anderen sorgte und sich dem Ganzen angliederte; das Kind lernte dadurch selbst Pflichtgefühl und Opfermut. Da kam die Entwickelung zur Großindustrie, revolutionierte das Kleinhandwerk und zerstörte das Heim. Der Mann wurde aus der Eigenwerkstatt in die Fabrik gedrängt, bald mußte ihm die Frau als Mitbewerberin folgen; haben wir doch heute über vier Millionen verheirateter Frauen, die im Hauptberufe erwerbstätig sind, denen Mutter und Hausfrau zu sein, nur Nebenberuf ist. Dem Kind, sonst im Haus behütet und angelernt, blieb nur die Straße mit ihren vielfachen Gefahren. Das Kind vom Lande und in der kleinen Stadt ist dem Großstadtkind gegenüber in vielen Dingen im Vorteil, es leidet nicht so durch den häufigen Wohnungswechsel, kann seinem Betätigungsdrang im Spiel mit Altersgenossen in frischer Luft, in Wald und Feld nachgehen, lernt die Natur kennen und lieben. Auf solche Jugendfreuden muß das Großstadtkind verzichten, dafür wird es durch die stetig wechselnden Eindrücke der Großstadt geistig regsamer, intelligenter, im Reden schlagfertiger, kurz früher reif als das Landkind. Durch die Wohndichtigkeit, durch das Zusammenleben vieler Menschen in den engen Räumen der Mietskasernen schaut das Großstadtkind vieles, das seine Intelligenz auf schlechte Bahnen lenkt. Einsichtige Pädagogen und Volksfreunde sind lange bemüht, hier helfend einzugreifen. Sie fordern vom Staat und Kommunen für das Kind Ersatz für das verloren gegangene Heim. Bis das geschehen, ist es nötig, das heranwachsende Arbeiterkind seiner Jugendorganisation zuzuführen. Spät, oft aber vielleicht nicht zu spät, lernt es hier doch wenigstens kennen, was ihm bis dahin häufig fremd war: Zusammengehörigkeitsgefühl, Opfermut und Arbeitsfreudigkeit für eine bessere Zukunft.

Eine Enttäuschung der ungarischen Frauenrechtlerinnen.

Bekanntlich hieß es, der ungarische Ministerpräsident Herr v. Lukacs plane eine Wahlreform, die auch einigen Kategorien von Frauen das Wahlrecht geben werde. Die Führerin der ungarischen Frauenrechtlerinnen Frau Rosika Schwimmer sprengte aus, die ungarische Sozialdemokratie sei eine Feindin des Frauenwahlrechts. Sie habe dem Herrn v. Lukacs ihre Unterstützung zugesagt, wenn er das Frauenwahlrecht fallen lasse. 20 sichere Mandate und eine Menge Geld soll die Regierung den Sozialdemokraten zugesichert haben, wenn sie auf ein Kompromiß eingehen. Und nur ein Bedenken hatten diese dagegen. Das Frauenwahlrecht wollten sie verhindern. Wohl noch selten hat sich das Sprichwort: „Lügen haben kurze Beine" so rasch bewährt wie in diesem Falle. Das schmählichste, infamste Wahlrecht bietet die ungarische Regierung den Arbeitern, so daß die Sozialdemokraten zum Generalstreik rüsten. Die Frauen aber sind ebenso ausgeschlossen vom Wahlrecht wie die große Mehrheit der Arbeiterschaft darum betrogen werden soll. Und diese Wahlreform bietet dieselbe Regierung, die nach Rosika Schwimmers Phantasie mit den Sozialdemokraten einen Pakt geschlossen hat. Ueber das Frauenwahlrecht selbst sagt die ungarische Regierung in ihrem Motivenbericht: „Der Gesetzentwurf will das Wahlrecht nur den Männern erteilen. Dies bedeutet keineswegs die Unterschätzung der Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben. Wir müssen großes Gewicht auf die Mitwirkung der Frau, insbesondere auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge legen, wo die Frau in der Tat eine unschätzbare Mitarbeiterin und Mithelferin nicht nur der sozialen Tätigkeit, sondern auch der in moderner Richtung zu entwickelnden Verwendung repräsentiert. Zu einem Zeitpunkt aber, wo eine binnen kurzem die heutige Wählerschaft erreichende neue Wählerschaft zur Ausübung der politischen Rechte erzogen werden soll, wäre es nicht zeitgemäß, die Erschütterungen des Ueberganges noch damit zu steigern, daß in die politischen Kämpfe gerade jetzt auch die Frau einbezogen würde, für welche es nur ein Verlust wäre, wenn die in der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht einmal ausgeglichenen Gegensätze durch die Parteigegensätze noch gesteigert würden." Also aus zarter Besorgnis für die Frauen gibt ihnen die ritterliche Regierung kein Wahlrecht. Beschuldigt Fräulein Rosika wieder die Sozialdemokratie? Alle Frauenrechtlerinnen verwahren sich, mit dieser Dame gemeinsame Sache zu machen.

Aus aller Welt.

Die Rettungsaktion für die deutsche Spitzbergen-Expedition.

Die norwegische Zeitung „Aftenposten" meldet aus Adventbay: Um der notleidenden deutschen Expedition zu Hilfe zu kommen, ist am Montag eine Hilfsexpedition von Adventbay unter Führung des Geschäftsführers Ingvard Jensen abgegangen. Die Expedition, die aus fünf Mann und dreizehn Hunden besteht, führte einen Vorrat von Proviant und Kleidern für die Eingefrorenen mit sich. Sie beabsichtigte, bis zur Treurenburg-Bucht zu gelangen, wo das deutsche Expeditionsschiff liegt, und möglicherweise die deutsche Besatzung nach der Adventbay zu bringen. Die Entfernung dorthin beträgt fünfundzwanzig Meilen. Die Dauer der Expedition war auf drei Wochen berechnet. Da jedoch infolge des starken Sturmes am Sonntag das Eis des Eisfjordes aufgebrochen war, mußte die Hilfsexpedition umkehren, als sie sich in der Mitte des Eisfjords befand. Ein Teilnehmer brach ein, wurde aber gerettet. Da die Expedition nicht genügende Nahrungsmittel über die Berge der Sassendbay schaffen kann, muß sie abwarten, bis der Eisfjord wieder zugefroren ist. In der Zwischenzeit wird die Hilfs-

expedition versuchen, eine Verstärkung von Hunden von Greenharbour zu erhalten. Nach einem Bericht aus Adventbay herrscht dort stilles Wetter, die Kälte beträgt bis zu 25 Grad.

Gegen den Beamtendünkel.

Ein sehr nachahmungswertes Beispiel gab in der ersten diesjährigen Sitzung der städtischen Kollegien zu Göttingen der Oberbürgermeister Cralsow. Er wandte sich in einer Ansprache gegen den Dünkel vieler Beamten und führte aus: Es sind neuerdings wieder aus der Bürgerschaft Klagen an mich gelangt, daß im dienstlichen Verkehr mit dem Publikum nicht von allen Beamten mit dem nötigen Entgegenkommen und mit gebührender Artigkeit verfahren werde. Ich habe den Beamten erst neuerdings wieder ein höfliches und entgegenkommendes Verhalten gegen die Bürgerschaft nachdrücklichst zur Pflicht gemacht und im Falle der Nichtbeachtung dieser Anordnung unnachsichtliches Einschreiten in Aussicht gestellt. Zuwiderhandlungen bitte ich zu meiner Kenntnis zu bringen; ich werde in jedem zu meiner Kenntnis gelangenden Falle eine eingehende Prüfung eintreten lassen und gegebenen Falles mit allem Nachdruck Abhilfe schaffen.

Tobsuchtsanfall des Expräsidenten Castro.

Der frühere Präsident von Venezuela, Castro, hatte sich am Freitag in New York vor einer besonderen Behörde einem Verhör zu unterziehen, von dessen Ergebnis es abhängt, ob ihm der Eintritt in die Vereinigten Staaten gestattet werden soll. Ueber die Fragen dreier Mitglieder bezüglich der Ermordung des Generals Parades von Venezuela wurde er so erregt, daß er ihnen befahl, das Zimmer zu verlassen. Als sie sich weigerten, rief Castro einen Diener herbei, ergriff einen Spazierstock und versuchte sie hinauszutreiben. Als sie sich nunmehr zurückzogen, schlug Castro die Tür zu und verriegelte sie.

Beneidenswerte Gemeinden.

In den badischen Gemeinden Wellendingen bei Bonndorf und Oberwinden bei Waldkirch sind die Bürger von der Zahlung von Gemeindesteuern vollständig befreit. Diese Gemeinden besitzen so ausgedehnte Waldungen, daß zum Beispiel Wellendingen eine Wasserleitung anlegte, ein neues Rathaus baute, ihre Bürger gratis mit Brennholz versorgte und trotzdem noch 80 000 M. Kapital erübrigte. Das gleiche ist von Oberwinden zu berichten. Aehnlich könnten die finanziellen Verhältnisse vieler Dorfschaften sein, wenn nicht in früheren Zeiten das Gemeindeeigentum entweder verschleudert oder durch Gewalt in die Hände der Grundherren übergegangen wäre.

Ein teurer Schnurrbart.

Die Pariser medizinische Welt ist in große Aufregung versetzt über eine Entscheidung der fünften Zivilkammer. Der Angelegenheit liegen folgende Umstände zu Grunde: Eine Frau hatte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, um ihren etwas starken Bart mittelst Radio-Therapie beseitigen zu lassen. Nach der 15. Sitzung zeigte es sich, daß das Gesicht vollständig verbrannt war und die Frau für immer entstellt ist. Diese stellte darauf Schadenersatz. Trotzdem von fachmännischer Seite behauptet wurde, daß der betreffende Arzt keinerlei Fehler beging und daß eine Behandlung mittels Radio-Therapie von vornherein als gefährlich anzusehen ist und man mit einem solchen Ausgang zu rechnen habe, wurde der Arzt zu 5000 Fr. Geldstrafe verurteilt.

Kleine Notizen.

Drei Arbeiter ertrunken. Drei auf dem Hüttenwerk in Esch beschäftigte Arbeiter gerieten auf dem Heimwege von der Arbeit in der Dunkelheit in ein Stauwerk und ertranken.

Vom Spiel in den Tod. In dem Brüsseler Vorort Forest wurde am Donnerstag eine Anzahl Kinder durch einen Sandhaufen verschüttet. Zwei wurden tot hervorgezogen, bei einem dritten besteht Lebensgefahr.

Lawinensturz in den französischen Alpen. Wie aus Grenoble gemeldet wird, ging oberhalb der Ortschaft Allemond eine Lawine nieder und verschüttete einen Bauplatz. Zwei Arbeiter wurden getötet, fünf andere schwer verwundet.

Einsturzkatastrophe in Texas. In McKinley ist eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen zusammengestürzt. Die Trümmer durchbrachen die Wände eines benachbarten Kaufhauses und brachten auch dieses zum Einsturz. Die Ruine des Kaufhauses geriet in Brand. Bei der Katastrophe wurden acht Menschen getötet und fünfzehn verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

L. J. 42. Ohne vorherige Naturalisation dürfte eine Anstellung nicht zu erreichen sein. — **Parteigenossin, Weißensee, Rölckestraße.** Der Pfarrer kann die Taufe ablehnen. — **M. G. 77.** 1. Die Aussichten der Berufung lassen sich erst beurteilen, wenn das Urteil mit den Entscheidungsgründen vorliegt. Die Berufung müßte durch einen Rechtsanwalt eingelegt werden. 2. Die Kosten richten sich nach dem Objekt und sind in Alimentationsprozessen jedenfalls erheblich. — **R. L. 23.** 1. Nach dem Vater nicht. 2. Sofern das Kind nach dem 31. Dezember 1899 geboren ist, bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. 3. Nein. — **S. 99.** Nein. — **H. K. 92.** Die Gesellschaft ist berechtigt, Klage zu erheben. — **O. R. Ja.** — **B. 5.** Falls die Witwe Ihre Behauptung nachweisen kann, besteht nur die Auseinandersetzungspflicht bezüglich der vom Mann eingebrachten Wirtschaftssachen. Davon gebühren den Kindern erster Ehe drei Viertel, der Witwe ein Viertel. Bezüglich Auszahlung der Gaskaution muß beim Amtsgericht die Erteilung eines Erbscheins beantragt werden, außerdem müssen die Kinder die Einwilligungserklärung abgeben. Ist eine außergerichtliche Einigung nicht zu erzielen, so ist es ratsam, beim Amtsgericht den Antrag auf Vermittelung der Auseinandersetzung zu stellen. — **A. B. 200.** Erscheint aussichtslos. — **G. R., Taubstumme.** Weibliche jeden Alters können dem Verein angehören. Die Beschränkung im Vereinsgesetz, daß nur über 18 Jahre alte Personen Mitglieder von Vereinen sein dürfen, kommt nur für politische Vereine in Frage. — **F. H. 102.** Nein. — **Drahn 100.** Eine strafbare Handlung scheint nicht vorzuliegen. Es könnten, falls die Richtigkeit der Berechnung nachweisbar ist, sämtliche Mitglieder Klage erheben. — **O. B 74.** Sie können den Vater nur dann für die Schuld in Anspruch nehmen, wenn der minderjährige Sohn zu der fraglichen Zeit ein zur Deckung seines Unterhaltes nicht ausreichendes Einkommen hat. — **7. Albertine.** Der Abzug ist unbegründet. — **P. P. 731.** 1. und 2. U. E. ja. 3. 10 M. dürften angemessen sein. — **P. H. 195.** 1. Nein, sofern die Gemeinde Unterkunft im Armenhause anbietet. 2. Ja. 3. Unterstützung kann beansprucht werden. Für eine Beschwerde ist der Kreisausschuß zu Händen des Landrates zuständig. 4. Nach Vollendung des 70. Lebensjahres, sofern die gesetzliche Wartezeit erfüllt ist, was aus Ihrem Schreiben nicht hervorgeht. Die Altersrente ruht jedoch beim Bezug von Invalidenrente. — **M. 99. Stallschreiberstraße.** Nein. — **W. 85.** 1. Die Hälfte der gesamten Kosten beträgt, sofern Beweisaufnahme stattgefunden hat, 150 bis 175 Mark. 2. Es kann Zwangsvollstreckung gegen Sie erfolgen. 3. Die Lohnforderung, welche 28,85 M. wöchentlich übersteigt, ist wegen der Kosten beschlagnahmefähig. 4. Soweit ersichtlich nein. 5. Das müssen wir Ihnen überlassen. 6. Der Gläubiger, sofern beim Schuldner nicht beitreibbar; die Staatskasse. — **M. G. B.** Die Rente bleibt bestehen. — **A. K. 19.** Etwa 20 M. Genaues läßt sich erst sagen, wenn die genaue Anzahl der geleisteten Beträge angegeben wird. — **Mille 22.** Die Höhe der Beitragsmarken richtet sich nach dem Grundlohn, der sich aus dem Kassenstatut ergibt. Als Jahresarbeitsverdienst für die Berechnung der Beiträge ist der 300fache Betrag des Grundlohnes anzunehmen. Der tatsächliche Arbeitsverdienst kommt also nicht in Frage. — **R. J.** 1. Die Klage ist auch nach dem 1. April noch zulässig. Nach Ihrer Darstellung scheint es ratsam, bis dahin zu warten. 2. Die Bekanntgabe derartiger Adressen müssen wir ablehnen. — **S. D., Adlershof.** 1. Leider nicht. 2. Das Zimmer können Sie weiter vermieten. Die Sachen können Sie, wenn Sie den Eigentümer unter Fristsetzung zur Abholung aufgefordert haben, entweder auf Lager geben oder, falls Ihnen Ansprüche zustehen, öffentlich versteigern lassen. — **Wilmersdorf. Augusta-Straße 24.** Ja. — **444.** Es ist ratsam, die Angelegenheit dem Polizeipräsidium zu unterbreiten. — **J. J.** Die Erklärung müßte mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen und die Unterschrift müßte beglaubigt sein. Andernfalls würde es auch genügen, wenn der Beamte eine solche Erklärung zu Protokoll aufnimmt. — **X. Y. Z.** Ja. Richten Sie aber einen Antrag an die Armenverwaltung, daß Ihnen die Besteuer für die Zeit der Arbeitslosigkeit erlassen wird. — **A. K. 100.** Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, in welchem Betrieb Ihr Sohn beschäftigt ist. — **B. E. 88.** Ja. — **K. T. 1000.** Sie sind zahlungspflichtig. — **E. R. 10.** 1. Wenn erhebliche Gesundheitsgefährdung nachgewiesen werden kann, ja. 2. Für den Fall, daß der ebengenannte Nachweis geführt werden kann, nein. 3. Ja, soweit Sachen entbehrlich sind. 4. Nein. 5. Notwendige Küchensachen nicht. 6. Ja. — **150. O. D.** 1. Unverständlich. 2. Ja, es ist aber für den Fall, daß der Vertrag eingereicht wird, Stempelstrafe zu befürchten. — **O. W. 100.** Die Veranlagung war zulässig, sofern Sie schon im September in Arbeit getreten sind. — **M. 8.** 1. Etwa 2 bis 3 mal wöchentlich. Je etwa 2 Stunden. 2. Nein. 3. Wenn nachweisbar, ja. Es ist aber ratsam, im Falle der Weigerung beim Kaufmannsgericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung zu beantragen. — **A. 100.** Antrag an das Polizeipräsidium, wo Sie das Nähere erfahren. — **W. 1000.** Ja. — **W. S. 12.** 1. Bei Inländern genügen in der Regel die Geburtsurkunden, ferner der Militärpaß des Mannes und schließlich, wenn die Frau minderjährig ist, Einwilligung des gesetzlichen Vertreters. Der Standesbeamte kann jedoch einen Nachweis über die Staatsangehörigkeit verlangen. 2. Die Auskunft muß erteilt werden. 3. Die Ausfüllung eines Formulars genügt. — **M., Britz.** Nein. — **H. B. 10. 1913.** 1. Das läßt sich nicht verhindern. 2. und 3. An jedem Ort während der Zeit von 6 bis 9 Uhr abends. — **H. J. 999.** Die preußische Behörde würde Hindernisse in den Weg legen. — **E. K. G.** Nach Ihrer Darstellung ist Verjährung eingetreten, so daß eine Beschlagnahme des Nachlasses nicht erfolgen könnte. — **W. r. R. 23.** Der Statutennachtrag ist gültig und für die Zeit nach dem 1. 10. 12. rechtsverbindlich. — **St. E. 100.** 1. Das ist zulässig, wenn ausreichende Gründe vorhanden sind. 2. Amtsgericht Lichtenberg. 3. Wenn die Einwilligung verweigert wird, kann sie durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. 4. Nein. 5. Ja. — **P. B. 13.** 1. Das ist möglich. 2. In 5 Jahren. — **P. F. 84.** 1. Der Eigentümer der Sachen muß unter Glaubhaftmachung seines Eigentumsrechts Freigabe fordern. Erfolgt diese nicht, so muß rechtzeitig vor dem Versteigerungstermin die Einstellung der Zwangsvollstreckung beantragt werden. 2. Nein. — **O. D. E. 2.** Ja. — **B. M. 94.** 1. Die Räumungsklage ist zulässig. Der Vermieter kann auch die entbehrlichen Sachen einbehalten. 2. Das Amtsgericht setzt nach Klageeinreichung einen Verhandlungstermin an. 3. Ja. — **B. 36.** Das Guthaben ist zum Ende des Geschäftsjahres fällig, wenn nicht im Statut etwas anderes bestimmt ist. — **E. Z. Nr. 41.** Die Streitigkeiten berechtigen nicht zur Rückforderung der Geschenke. Die gesetzliche Erbfolge ist davon abhängig, wann die Ehe geschlossen ist und wo der erste Ehewohnsitz gewesen ist. Es empfiehlt sich, ein gemeinschaftliches Testament zu errichten. — **A. E. 99.** Die Witwenrente ruht, sofern die Hinterbliebenenrente auf Grund der Unfallversicherung den dreieinhalbfachen Grundbetrag der Invalidenrente, die der Ernährer bei Invalidität bezogen hätte, übersteigt. Der Grundbetrag läßt sich nur an Hand der Aufrechnungsbescheinigungen berechnen. 2. Ja, sofern nicht die unter 1. erwähnten Voraussetzungen zutreffen. 3. Mindestens 200 Beitragswochen. Die Weiterversicherung geschieht in der Weise, daß innerhalb 2 Jahren mindestens 20 Beitragswochen einer beliebigen Lohnklasse geklebt werden und der Umtausch der Karte vor Ablauf dieser Frist geschieht. — **K. H. 65.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage noch einmal.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Inventur-Verkauf
der alten Stiller-Firma

Haupt-Geschäft: Jerusalemer Strasse 32-35 * Ecke Leipziger Strasse, am Dönhoffplatz

Potsdamer Strasse 2 | Friedrichstrasse 75
Tauentzienstrasse 19a | Rosenthaler Strasse 5
Königstrasse 25–26 | Oranien-Strasse 161

Gr. Frankfurter Str. 123 | Neukölln, Bergstr. 25
Chaussee-Strasse 114 | Charlottenburg:
Schöneberg, Hauptstr. 146 | Wilmersdorfer Str. 45

Die Preise sind bis zu 50% teilweise mehr ermässigt!

Man achte genau auf die Geschäfte der alten Stiller-Firma!

Die früheren Preise sind auf jedem Paar noch deutlich vermerkt!

Extra billig
Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe in besten Qualitäten, unsortiert
6.75
Wert bis zu Mark 18.50

Moderne Herren- und Damen-Stiefel
Grosse Posten erstklass. Fabrikate in vorzügl. Qualit., in Boxkalf, Chevreau, schwarz u. braun, Chevreau m. Lackbesatz, sowie Stiefel m. Stoff- u. Wildled.-Einsätzen, Stiefel m. Woll- u. Lammfutter, Stiefel m. Doppelsohlen

SERIE I	SERIE II	SERIE III	SERIE IV
8.75	10.75	12.75	14.75
Wert bis 12.50	Wert bis 14.50	Wert bis 16.50	Wert bis 21.00

Extra billig
Grosse Posten deutsche und amerikanische Gummischuhe für Herren und Damen
Damen: 2.10 Herren: 3.10

Damen-Tanz-Schuhe
in hocheleganten Ausführungen in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weiss Glacé, Gold, Silber usw. usw.

SERIE I	SERIE II	SERIE III	SERIE IV
5.75	6.75	8.75	10.75

Hierunter befinden sich Waren im Werte von 9 bis 24 Mark.

Extra billige Posten!
im Haupt-Geschäft
Jerusalemer Strasse 32–35
Ecke Leipziger Strasse am Dönhoffplatz

Billige Hausschuh-Reste
aus Leder und Stoff für Herren und Damen

SERIE I	SERIE II	SERIE III	SERIE IV
1.10	2.35	3.35	4.35

Diese Waren sind zum Teil bis zur Hälfte ermässigt.

Da der Andrang nachmittags stets sehr gross ist, wolle man nach Möglichkeit auch die Vormittagstunden zum Einkauf benutzen

Kein Kaufzwang! Keine Auswahlen! Kein Umtausch! Kein Versand!

Wir lassen Tatsachen reden!!!

Um uns über die Preisdifferenzen zwischen unserm Verkaufspreis (Selbstkostenpreis + 10%) und dem des alten Verkaufssystems Gewissheit zu verschaffen, haben wir bei einer Reihe von Konkurrenten verschiedene Artikel eingekauft, welche uns eine Kontrolle ermöglichen. Wir haben festgestellt, dass alle diese Artikel erheblich, und zwar

bis zu 25 Prozent teurer waren als bei uns!

Wer seinen Bedarf an Herren- und Knaben-Bekleidung jeder Art, ob fertig oder nach Mass, bei der H. K. G. deckt, erzielt auf Grund unseres Verkaufssystems, Selbstkostenpreis + 10% Umsatzgebühr, bedeutende Ersparnisse.

HKG

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Münz- und Weinmeisterstrasse

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet

Moabit, Turmstrasse 73
vis-à-vis der Emdener Strasse

In der Chausseestrasse und in der Gr. Frankfurter Strasse haben wir keine Filialen!

HKG

Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätt. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)

Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.

Ulster, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe

Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.)

Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Josetti

VERA

Qualitäts-3 Pfg. Cigarette

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Wie wird die **Staatsangehörigkeit** erworben?

Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit.

Von H. Beims.

Preis 25 Pf.

247/19

Millionen gebrauchen gegen Husten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den „3 Tannen“

gegen Heiserkeit, Verschleimung, Brust-Katarrh

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200K*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. 2833K*

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931K*

Vorjährige eleganteHerrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4. Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor“, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Joppen 4,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Diwandecken, Freischwinger, Bilder, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags geöffnet. 2848K*

Räumungsverkauf. Spottbillige Teppiche 4,95. Plüschtischdecken jetzt 5,50, Steppdecken 4,50, Diwandecken 3,95, Gardinen-Restbestände Fenster 2,50, Stores, Einzelpaare 3,25, Bettdecken 1,90, Läuferstoffreste, Möbelstoffreste jetzt fabelhaft billig. Vorwärtsleser noch 5 Prozent Extrarabatt. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. 2927K

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. *

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Matz, Mulackstraße 14. *

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen. Besuch oder Postkarte. Meisels (selbst), Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche (Farbenfehler), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärtsleser 10 Prozent! 2929K*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, **jetzt** 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2938K

Betten, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00, Winterpaletots, Winterjoppen, Gehrockanzüge spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 2937K*

Kanarienhähne, tadellose Zuchtweibchen, dreiteilige Heckbauer, zerlegbar, umzugshalber billig. Jerich, Neukölln, Allerstraße 45. †25*

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Extraliste gratis. 2945K

Große Diwandecken 4,35, buntpersisch, doppelseitig 5,85, Pa. Plüsch 16,85, Diwanrückwände, reichgestickt 8,75. Inventur-Extrapreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Es lohnt nur bei Max Weiß 88, Große Frankfurterstraße 88, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird reell und billig bedient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavalieren nur kurze Zeit getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smokings werden zu billigsten Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch leihweise sehr billig zu haben. 88, Große Frankfurterstraße 88. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten. 2 große Fenster. 14/11

Singermaschine. Klappsportwagen. Schwemmer, Ruppinerstraße 13. †82

Kanarienhähne 4,00, flottsingende 6,00, Schützenstraße 11/12 I. 14/17*

Monatsanzüge, Winterpaletot, Beinkleider, Gesellschaftsanzüge, auch leihweise, spottbillig. Schneidermeister Weiß, Wilmersdorferstraße 125, I links. Fahrgeld vergütet. 14/10

Damenhemden mit gestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dirckenstraße 21, Alexanderplatz.

Zehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt fabelhaft billig.

Gardinenreste, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände, 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similiseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,65, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Diwandecken, zurückgesetzte, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Läuferstoffe, Möbelstoffe, Linoleumreste, Schlafdecken und Reisedecken, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2911K*

Kanarienhähne, 3,00, Sien, 0,60, Heckbauer kaufe. Lagerkarte 56, Postamt 73. 14/18*

Geschäftsverkäufe.

Lokal, Parteiverkehr, Südosten, ist zu verkaufen. Auskunft Holzmarktstraße 48a. †17

Kohlengeschäft muß ich wegen Krankheit meiner Frau billig verkaufen. Erfragen Wichertstraße 135, Köppen. †79

Gutgehendes Zigarrengeschäft bei kleiner Anzahlung an solide Leute zu vergeben. Lagerkarte 306, Postamt 27. 21/9

Kohlengeschäft für Parteigenossen, billig verkäuflich. Erfragen bei Horsch, Engelufer 15. †146

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Nußbaumwirtschaft, bildschöne Stube, herrliche Kücheneinrichtung für jeden annehmbaren Preis verkäuflich. Händler verbeten. Bauer, Große Frankfurterstraße 65, eine Treppe. 14/7*

Vollständige Wohnungseinrichtung, alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis. Glaß, Rosenthalerstraße 57, vorn III. 14/9*

Möbelverkauf! Kleiderspind 29,—, Kommode 19,00, bunte Küchen, englische Bettstellen, komplette Wohnungseinrichtung von 210,00 aufwärts. Teilzahlung gestattet. Langjährige Garantie. Polstermöbel eigener Fabrik. Dresdenerstraße 14, Höfer, Tischlermeister. 2962K*

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kassenpreis. Stets Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln, auch auf Teilzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten Postamt 90 „Postlagerkarte 44“.

Privatleuten verkaufe englische Nußbaumwirtschaft, noch neu, mit hochmodernen Küchenmöbeln, Küchengeschirr, Gaskrone, Teppich 195,—. Säulentrumeau 30,—, Umbausofa 40,—. Abram, Neue Schönhauserstraße 11, II. Händler verbeten. *

Möbel! für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901K*

Rehfeld, Badstraße 49. Wohnungseinrichtungen 165,— an, auch außerhalb. *

Rehfeld, Badstraße 49. Umbau, Plüschsofas 45,—. *

Rehfeld, Badstraße 49, englische Bettstellen, Matratze 39,—, gebrauchte 12,—, 15,—, 18,— usw. *

Rehfeld, Badstraße 49. Kleiderschränke 25,—, gebrauchte, große Auswahl. 2821K*

Ein Tagesgespräch! in Berlin und Umgegend bildet mein diesjähriger Riesen-Möbel-Inventur-Verkauf. Mahagoni-Büfetts, Sofaumbauten, Schreibtische, Trumeaus, Zwei- und Vierzugtische, Bettstellen, Stühle, Waschkommoden, Nachtspinde, komplette Schlafzimmer, Salons bis 30 Prozent billiger! Besichtigung lohnend! M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2925K*

Fortzugshalber Ausverkauf. Trumeau, Vertiko, Kinderbettstelle, Tisch, Stühle, Vorsaalgarderobe usw. billigst Charlottenburg, Lützowerstraße 8, III links. 14/14

Spottbillig! Fast neu, 2 Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Ebersohn, Böhmstraße 30 I. 211/8

Räumungshalber Nußbaumwirtschaft, wie neu, Stube, Küche, Plüschgarnitur, 200,00. Casper, Lottumstraße 2, I. Händler verbeten. 2961K

Musikinstrumente.

Pianino, hohes, kreuzseitig, 120,— (eventl. Teilzahlung.) Zander, Turmstraße 9. 14/13*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Boghan, Weinmeisterstraße 2. 2246K

Bilder, billigste Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen. Große Frankfurterstraße 64. †3*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, alle Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin S, Köpenickerstraße 29. Teleph. Moritzplatz 6958. 2904K*

Höchstzahlend. Metalle, Zahngebisse. Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. (Postkarte.) 13/9*

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Goldschmelze. Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise. Goldschmied Bruckard, Mulackstr. 22, nahe Rosenthalerstraße. 1901b*

Platin 5,70, Zahngebisse, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10.

Zahngebisse, Zahn bis 1,25. Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Stanniolpapier, Zinn 3,75, Quecksilber 3,80, Kupfer 1,30, alle „Metalle“ höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 2894K*

Platinabfälle, Gramm 5,60, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber bis 3,85, Blattgold, Kehrgold kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. *

Kupfer, Messing, Späne, Zink, Blei, Zinn, wie alle Sorten Abfälle, höchstzahlend, Meyer, Elisabethstraße 56. 14/12

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer **Unterricht** erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, **Stuttgarterplatz** 9 Gartenhaus III. 44K*

Technikum Hoppe, Berlin, Mathieustraße 13. 200/161

Guter, künstlerischer Klavierunterricht wird erteilt, Neukölln, Pannierstraße 33. †17*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Waschanstalt Heinrich Kobelt, Köpenick, Glienickerstraße 36, wäscht chlorfrei Bettwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Montags. 2161b*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †83*

Waschanstalt Sievers, Köpenick, Schloßstraße 5, wäscht chlorfrei Laken, Leibwäsche, drei Handtücher 0,10. Abholung Dienstags. 14/16

Maskengarderobe, große Auswahl, billigste Preise. Plissee-Brennerei, Mundt, Skalitzerstraße 26.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Lindenstraße 3 eine Restauration eröffnet und bitte um Zuspruch. Ernst Schiebel, Restaurateur. 2165b

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, sauber, 18 Mark inklusive Kaffee, nahe Bahnhof Frankfurter Allee, sofort an Herrn oder Dame, Scharnweberstr. 47, vorn IV rechts. 14/15

Möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herren, Straußbergerstraße 36, rechts III. †40

Schlafstellen.

Schlafstelle, 2 Herren, Vorderzimmer, Flureingang, 1. Februar, Strisch, Stettinerstraße 4, vorn IV. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, 22 Jahre, sucht Stellung als Fahrstuhlführer, Bureaudiener oder ähnliche Beschäftigung. Langjährige Zeugnisse vorhanden. Gefällige Offerten unter N. 4, Hauptexpedition des „Vorwärts“ erbeten.

Frau sucht Abwaschstelle in Lokal, auch Toilette oder sonst Beschäftigung. Frau Fischer, Köpenick, Kaulsdorferstraße. 2178b

Stellenangebote.

Köchin zum 1. Februar für Kantine gesucht. Offerten unter M. 4, Hauptexpedition des „Vorwärts“. 2166b

Zeitungsfrauen sofort verlangt Kronenstraße 2. 2158b*

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1—2. 2939K*

Mehrere **Kesselschmiede**, Rohrbieger und einen Vorzeichner sucht zu sofort für dauernde Beschäftigung **Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik Akt.-Ges. Stralsund.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Der Krawall vor dem Morgensternschen Fleischerladen

kam gestern wieder vor dem Landgericht III zur Sprache. Es handelt sich um den bekannten Vorgang am 24. Oktober. An diesem Tage sollte der Verkauf von russischem Fleisch in den Markthallen eröffnet werden. Die Käuferinnen, welche in der Markthalle am Wedding erschienen, erfuhren jedoch eine arge Enttäuschung. Denn die Fleischer hatten entgegen der von ihnen übernommenen Verpflichtung, das russische Fleisch nicht zum Verkauf gestellt, ja sie reizten die Frauen noch durch höhnische Reden. Dadurch kam es zu heftigen Auftritten. Das über die Handlungsweise der Fleischer erregte Publikum ging zum Teil nach dem Fleischerladen von Morgenstern in der Schererstraße. Hier stellte sich der Geschäftsführer mit seinem Revolver und einem Räucherspießbewaffnet, der Menge, welche in den Laden eindringen wollte, entgegen. Die Schaufensterscheiben wurden eingeworfen und Verwünschungen gegen die Fleischer ausgestoßen.

Die Näherin Marie Vogt soll sich später anderen gegenüber gerühmt haben, auch dabeigewesen zu sein. Sie wurde deshalb in Haft genommen aber bald wieder entlassen. Gestern hatte sie sich vor der Strafkammer auf eine Anklage aus § 125 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Ihr wird zur Last gelegt, daß sie an einer Menschenmenge teilgenommen habe, welche sich zusammengerottet hatte, um Gewalttätigkeiten zu begehen. Die Angeklagte bestritt, daß sie bei dem Krawall zugegen gewesen sei. Sie sei, als sie vom Abliefern ihrer Arbeit nach Hause ging, am Morgensternschen Laden vorübergekommen, sie habe die zertrümmerten Scheiben und andere Spuren der voraufgegangenen Ausschreitungen gesehen, diese selbst aber seien längst vorbei und der Laden geschlossen gewesen. Erzählt habe sie zu anderen nur, was sie hier gesehen, aber nicht, daß sie dabeigewesen sei. —

Zwei Verkäuferinnen aus dem Morgensternschen Geschäft, Klara Gartz und Marta Schröter, gaben als Zeuginnen an, sie hätten die Angeklagte ganz bestimmt in der lärmenden Menge gesehen, sie habe eine hohe Haarfrisur und Ohrgehänge getragen. — Dagegen gaben fünf Zeuginnen an, sie hätten die Angeklagte kurz vor der Zeit, wo der Krawall stattgefunden habe, mit ungekämmten Haaren in ihrer Wohnung gesehen, wo sie mit der Fertigstellung der abzuliefernden Arbeit beschäftigt gewesen sei.

Unter Hinweis auf die Angaben der beiden Verkäuferinnen, wonach sich die Angeklagte durch lautes Schreien in der Menge hervorgetan haben soll, beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, beantragte Freisprechung, da man nach den Angaben der fünf Zeuginnen annehmen müsse, daß auf Seiten der beiden Verkäuferinnen eine Personalverwechselung vorliege.

Aus diesen Gründen kam denn auch das Gericht zu einem freisprechenden Urteil.

Beihilfe zur Fahnenflucht.

war zehn Mitgliedern der Anarchistischen Föderation zur Last gelegt, die sich deswegen, wie unsere Leser sich entsinnen werden, am 16. Februar vorigen Jahres vor dem Landgericht Berlin I zu verantworten hatten. Der fahnenflüchtige Soldat ist ein **Geisteskranker**. Deshalb hat ihn das Militärgericht von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen, und er ist aus demselben Grunde vom Militär entlassen worden. Die Angaben des Geisteskranken genügten aber der Staatsanwaltschaft, um ein Strafverfahren einzuleiten gegen zehn Personen in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Elberfeld und Krefeld, bei denen der Fahnenflüchtige Zuflucht oder Rat zum weiteren Fortkommen gesucht hatte. Die **Angeklagten** wurden sämtlich **freigesprochen**. Bei sieben von ihnen hielt das Gericht nicht für erwiesen, daß sie wußten, sie hätten es mit einem Deserteur zu tun. In bezug auf die übrigen drei Angeklagten nahm das Gericht an, sie hätten dem Fahnenflüchtigen zwar Beihilfe geleistet, aber nicht zu einer strafbaren Handlung, denn ein Geisteskranker könne keine Straftat begehen, also sei auch die Beihilfe in diesem Falle keine strafbare Handlung. Aus diesem Grunde wurden auch die letzten drei Angeklagten freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft focht das Urteil durch **Revision** an und das **Reichsgericht hob dasselbe auf, soweit es die erwähnten drei Angeklagten betrifft.** Es sind dies die in Berlin wohnenden **Buchbinder Böttcher, Tapezierer Kielmeyer** und **Fräulein Ludwig.** Bezüglich dieser drei hat das Reichsgericht den Standpunkt eingenommen, es müsse untersucht werden, ob sie sich des **Versuchs** der Beihilfe zur Fahnenflucht schuldig gemacht haben. Ein solcher Versuch würde ein von der straflosen Handlung des Geisteskranken unabhängiges selbständiges Delikt sein.

Gestern sollte nun die erste Strafkammer des Landgerichts I feststellen, ob sich die Angeklagten eines strafbaren Versuchs zur Beihilfe bei einer nicht strafbaren Handlung schuldig gemacht haben. Aber diese juristische Aufgabe wurde noch nicht gelöst. Nach zweistündiger Verhandlung beantragte der **Staatsanwalt** die Ladung eines Richters, der bei dem ersten Prozeß mitgewirkt hatte. Durch dessen Zeugnis glaubt der Staatsanwalt beweisen zu können, daß die Angeklagten im ersten Prozeß zugegeben hätten, dem Fahnenflüchtigen Unterkommen verschafft oder gewährt zu haben, während sie jetzt andere Angaben machten. — Der **Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, beantragte** demgegenüber, falls nicht sofort Freisprechung erfolge, die Ladung anderer an dem Vorprozeß beteiligt gewesener Personen. — **Das Gericht gab diesen Anträgen statt und vertagte die Verhandlung.**

Die Angelegenheit wird also in einem neuen Termin wieder in voller Breite aufgerollt werden.

Eine Spitzelsache vor Gericht.

Eine kleine Spitzelgeschichte kam gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zur Verhandlung. Schankwirt **Thomae** in der **Hussitenstr. 35** war wegen angeblicher **Uebertretung der Polizeistunde** vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu **3 M.** Geldstrafe **verurteilt** worden. Er legte **Berufung** ein, da er der Ueberzeugung war, daß er zu Unrecht verurteilt worden sei. In der Verhandlung bemerkte der Angeklagte: Er bestreite, die Polizeistunde übertreten zu haben. Um 11 Uhr abends sei nur noch ein Gast in seinem Lokal gewesen; diesem habe er bedeutet, daß Feierabend sei, daß ihm mithin nichts mehr verabreicht werden könne und er das Lokal verlassen müsse. Der Gast habe eingewendet: So genau werde es die Polizei nicht nehmen; er möchte noch schnell einen kleinen Kognak trinken. Er (Angeklagter) habe die Verabreichung des Kognaks abgelehnt, da ihm bekannt sei, daß die Polizei gegen Schankwirte, die als Sozialdemokraten bekannt seien und bei denen Genossen verkehren, sehr scharf vorgehe. Sehr bald sei auch ein Kriminalbeamter im Lokal erschienen und habe ihn alsdann angezeigt, da der Gast trotz wiederholter Aufforderung noch immer im Lokal verweilt habe.

Der als Zeuge geladene „Gast“, **Postbote Franz Becker, gab auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Theodor Liebknecht, zu:** Der Kriminalbeamte habe ihn ersucht, in das Thomaesche Lokal zu gehen und den Versuch zu machen, ob der Wirt die Polizeistunde pünktlich einhalten werde. Der Kriminalbeamte habe ihm gesagt: es sei ungemein schwer, bei sozialdemokratischen Parteilokalen eine derartige Feststellung zu treffen, da die Wirte gewöhnlich einwenden, es habe ein Verein oder eine Vorstandssitzung bei ihnen getagt. Er (Zeuge) habe deshalb dem Kriminalbeamten gerne den Gefallen getan, ihm behilflich zu sein, eine etwaige Uebertretung der Polizeistunde festzustellen.

Das **Gericht** erkannte nach sehr kurzer Beratung dem Antrage des Verteidigers entsprechend auf Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils, **sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf.** Der Vorsitzende, **Landgerichtsdirektor Schwarzer,** bemerkte in der Urteilsbegründung: Eine Uebertretung der Polizeistunde liegt in keiner Weise vor. Der Zeuge, der sich zu Spitzeldiensten hergegeben hat, ist allerdings bemüht gewesen, den Angeklagten zur Uebertretung der Polizeistunde zu **verleiten. Ein derartiges Verfahren ist vom moralischen Standpunkt aufs schärfste zu verurteilen.** Jedenfalls trifft dem Angeklagten keine Schuld; es war daher wie geschehen zu erkennen.

Ein mißhandeltes Kind.

Der **Werkmeister Wildauer** stand unter Anklage der Körperverletzung, begangen durch **Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes** an seiner zehnjährigen Tochter Erna. Diese hat sich seit der vor Jahren erfolgten Scheidung der Ehe des Angeklagten bei ihrer Mutter, der geschiedenen Frau Wildauer, aufgehalten. Nach dem Tode derselben war dem Angeklagten, der sich inzwischen wieder verheiratet hatte, das Erziehungsrecht an seiner Tochter zugesprochen. Doch zwischen dem Vater und dem Kinde stand des Kindes **Großmutter,** die Mutter der geschiedenen Frau. Nach der Ehescheidung bestand ein feindseliges Verhältnis zwischen Wildauer auf der einen und der geschiedenen Frau und deren Mutter auf der anderen Seite. Als das Kind dann im Mai vorigen Jahres in den Haushalt ihres Vaters übergeführt wurde, zeigte sich, daß zwischen Vater und Kind kein gutes Verhältnis herrschte. Das Kind war nicht so folgsam, wie es der Vater wünschte, es sehnte sich nach der Großmutter zurück, in deren Haushalt es mit der Mutter jahrelang gelebt hatte. Eines Tages fuhr Erna, statt in die Schule zu gehen, zur **Großmutter** und diese ging zum **Gemeindewaisenrat,** um über die Behandlung des Kindes durch den Vater Klage zu führen. **Diese Klagen waren jedoch, wie sich der Waisenrat später überzeugt hatte, grundlos.** Als Erna nach dem Besuch bei der Großmutter wieder zum Vater kam, nahm dieser wegen des Ausbleibens aus der Schule und auch wegen vermeintlicher anderer Ungezogenheiten eine Züchtigung an dem Kinde vor, die mehr den Charakter einer groben Mißhandlung als den einer väterlichen Strafe gehabt haben soll. Wildauer warf die Kleine auf ein Bett und versetzte ihr mit einem Rohrstock **15 bis 20 Hiebe** auf Gesäß und Schenkel. Die Hiebe ließen sichtbare Spuren zurück: Blaue Flecke, Beulen, Striemen, blutunterlaufene Stellen und einen blutenden Riß.

Das **Schöffengericht** hat den Angeklagten **freigesprochen.** Auf **Berufung** der Staatsanwaltschaft wurde die Sache gestern vor dem Landgericht III verhandelt und der vorstehend skizzierte Sachverhalt festgestellt. Ferner kam zur Sprache, daß die Kleine nach der Schöffengerichtsverhandlung von ihrem Vater geflüchtet ist und sich seitdem wieder bei der Großmutter aufhält, die ihr einen **Pfleger** in der Person des Pastors Pfeiffer besorgt hat.

Auch in der Berufungsinstanz wurde der Angeklagte **freigesprochen** mit der Begründung: Der Angeklagte habe Grund zur Züchtigung gehabt, das Kind habe keine Ursache gehabt, fortzulaufen, es sei auch vom Vater nicht schlecht behandelt worden, aber die Strafe sei zu schwer ausgefallen. Es könne jedoch nicht erwiesen werden, daß der Angeklagte nicht in der Absicht, zu strafen, sondern nur in der Absicht, wehe zu tun, geschlagen habe. Aus diesem Grunde könne eine Bestrafung wegen Körperverletzung nicht erfolgen.

Entführung der eigenen Kinder.

Liebe zu ihren Kindern gab die geschiedene Frau Franziska **Bauland,** geb. Kroll, als Motiv zu ihrer Handlungsweise an, die sie gestern unter der Anklage, ihre zwei unmündigen Kinder deren Vater durch List entführt zu haben, vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III führte. Die Angeklagte war mit dem Schlosser Gustav Bauland verheiratet. Die Ehe wurde Ende 1910 geschieden und beide Teile wurden als schuldiger Teil erklärt. Aus der Ehe stammen drei Kinder, eine Tochter und 2 Knaben im Alter von 12 und 8 Jahren; die letzteren waren bei dem Vater bzw. der Großmutter in Weißensee untergebracht. Die Angeklagte war nach Plauen i. V. übergesiedelt. Als sie im August in geschäftlichen Angelegenheiten mehrere Tage in Berlin weilte, suchte sie der ältere Knabe wiederholt auf und bat sie, wie sie behauptet, inständigst immer wieder, ihn mit nach Plauen zu nehmen, da er doch am liebsten bei seiner Mama bleiben wolle. Die Angeklagte will dies wiederholt dem Jungen ausgeredet haben, dieser sei aber bei seinen Bitten geblieben und habe erklärt: wenn die Mama ihn nicht mitnähme, würde er so viel zusammensparen, daß er dann ohne ihren Willen eines Tages in Plauen erscheinen würde. Am 17. August, als sie wieder abreisen wollte, sei der ältere Sohn, der sich auf irgendeine Weise eine Schulabmeldung schon besorgt hatte, mit dem jüngeren Bruder wieder bei ihr erschienen und nun hätten die beiden sie so dringend gebeten, sie mitzunehmen, daß ihre Mutterliebe über ihre Ueberlegung gesiegt und sie dazu bewogen habe, die Bitte ihrer Kinder zu erfüllen. Sie hat dann dem geschiedenen Ehemann in nicht sehr höflichen Worten angezeigt, daß sie die Kinder sich genommen habe und für ihre Erziehung sorgen werde. Der vernommene ältere Knabe bestätigte in seltener Uebereinstimmung die Angaben der Mutter. — Der **Staatsanwalt** beantragte gegen die Angeklagte nach der Novelle zum Strafgesetzbuch nur eine Geldstrafe in Höhe von **300 M.** Rechtsanwalt Dr. Max **Kantorowicz** hielt eine Freisprechung für angezeigt, da das Tatbestandsmerkmal der List fehle. Eventuell verdiene die Angeklagte, die doch nur aus Mutterliebe gehandelt habe, nur eine ganz geringe Geldstrafe. — Das **Gericht** hielt alle Tatbestandsmerkmale des § 235 für gegeben und erkannte auf **50 M. Geldstrafe.**

Eine Adoptionsschwindlerin

mußte sich gestern in der Person der früheren Hebamme Anna **Hodam** vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. — Die Angeklagte ist eine der Polizei seit langem sehr bekannte Persönlichkeit, bei der sie als eine der bekanntesten „weisen Frauen“ Berlins gilt. Erst kürzlich wurde sie von der Strafkammer wegen Verbrechens gegen den § 218 zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt. Anscheinend brachten ihr derartige Dinge nicht genügend ein oder waren ihr vielleicht auch zu gefährlich, denn im vergangenen Jahre legte sie sich auf ein anderes Gewerbe, welches ihr ebenfalls verhältnismäßig mühelos einen größeren Gewinn brachte. Sie erließ in mehreren auswärtigen Zeitungen Inserate, nach denen sie als „ehemalige Hebamme“ ein Kind „diskreter Geburt“ gegen eine Abfindung von 10 000 M. an rechtschaffene Leute zu vergeben habe. Auf dieses Inserat hin meldeten sich etwa 100 Leute, die sämtlich die für die einzuholende Auskunft verlangten 10 M. an die Angeklagte absandten, für die hiermit die ganze Sache erledigt war. Als später gegen sie Anzeigen einliefen, zahlte sie schleunigst die einzelnen Beträge zurück mit dem Hinweise, daß das Kind bereits anderweitig vergeben sei. — Das **Schöffengericht** verurteilte die Angeklagte wegen Betruges zu **vier Monaten Gefängnis.** Auf die eingelegte Berufung hin ermäßigte die Strafkammer die Strafe auf **3 Monate Gefängnis.**

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17, Neukölln: „Idealpassage“, und Tegel: Schleiperstraße 30: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bernstein: „Willensfreiheit“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Marktpreise von Berlin am 23. Januar 1913, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,90—16,95, mittel —,— —,—, geringe —,— —,— (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,70—18,30, mittel 17,00—17,60, geringe 16,40—16,90. Hafer, gute Sorte 19,00—20,40, mittel 17,40—10,90 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,60—6,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

Wetterprognose für Sonnabend, den 25. Januar 1913.

Ziemlich mild, veränderlich, vorwiegend trübe und nebelig mit wiederholten Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 23. 1. cm	seit 22. 1. cm[1])	Wasserstand	am 23. 1. cm	seit 22. 1. cm[1])
Memel, Tilsit	230[2])	+6	Saale, Grochlitz	128	+8
Pregel, Insterburg	—8[4])	—3	Havel, Spandau[3])	74	+2
Weichsel, Thorn	142	0	„ Rathenow[3])	84	+4
Oder, Ratibor	122	0	Spree, Spremberg[3])	88	—2
„ Krossen	96	—4	„ Beeskow	92	—3
„ Frankfurt	116	—9	Weser, Münden	292	+25
Warthe, Schrimm	96	+8	„ Minden	356	0
„ Landsberg	2	+8	Rhein, Maximiliansau	424	+10
Netze, Nordamm	28	—6	„ Kaub	297	—7
Elbe, Leitmeritz	16	+7	„ Köln	476	+66
„ Dresden	—116	+14	Neckar, Heilbronn	252	+40
„ Barby	133	+7	Main, Hanau	243	+33
„ Magdeburg	110	+12	Mosel, Trier	360	—19

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Oberhalb der Stadt Eisstand.

Zöpfe und Perücken
Gegr. 1898
Haargeschäft
Neukölln, Erkstr. 3

Der vollständige Ausverkauf
aller Inventurbestände bei Schlesinger erregt ungeheures Aufsehen. Knabenjoppen 2 M. Herrenjoppen 5 M. Herren-Anzüge 15 M. Herren-Ulster 15 M. Paletots 20 M. Maßanzüge 30 M. Moderne Hosen 3,50. Blaue Drelljacken m. Umfallkragen 2,00. Blaue Jacken, schräg 1,50. Pilotjacken, indigoecht 2,50. Burschenkittel 1 M. Burschenmaurerjacken 50 Pf. Gr. Maurerjacken 1,00. Lederjacken mit Futter 3 M. Mützen 10 Pf. Hosenträger, seidenartig 50 Pf. usf. soweit der Vorrat reicht nur
Turmstr. 38,
Herrmann Schlesinger

Emil Preuß
58 Turmstr. 58
Eleg. Herren-Moden 1913
empfehle nach Maß
Herren-Rock u. Sakko-Anzüge
1 und 2 reihig
48⁰⁰ 52⁰⁰ 56⁰⁰ 60⁰⁰ 64⁰⁰—78⁰⁰
Herren-Ulster und -Paletots
1 und 2reihig, nur nach Maß
45⁰⁰ 48⁰⁰ 51⁰⁰ 54⁰⁰ 57⁰⁰ 60—75⁰⁰
Für beste Verarbeitung und vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma.
Hervorragende Auswahl in **Stoffen!** Deutsch u. engl. Fabrikate, in d. neuest. Mustern.
Werkstätte mit fest engagierten Zuschneidern im Hause.
Lieferant d. Konsumgenossensch. Berlin u. Umgegend.

In Freien Stunden
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Leihhaus Apollo neben Apollo-Theater **Friedrichstr. 215** I.
Kaufen Sie von Kavalieren getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.
Sonntags geöffnet.
Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10 % Rabatt.
Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Die Fenster-Auslagen bitte zu beachten!

Weisse Woche!

Trotz der billigen Preise **Rabattmarken!**

Riesig grosse Posten Waren wahrhaft billig!

Wäschestoffe

Elsässer Wäschestoffe	ca. 82 cm Mtr. 42	28	Pf.
Louisianatuch	ca. 130 cm . . . . . Mtr. 75	65	Pf.
Elsässer Damast oder Dimiti,	ca. 82 cm, Mtr. 75	55	Pf.
Elsässer Damast oder Dimiti,	ca. 130 cm, Mtr. 1.25	85	Pf.
Laken-Dowlas,	ca. 150 cm . . . . . Mtr. 85	65	Pf.
ca. 3000 Coupons Wäschestoffe	10 Mtr. 4.50 3.50	2 85	

Tischwäsche

Jacquard-Tischtücher	2 95	2 45	1 95	1 35
Jacquard-Tischtücher reln Leinen Hausmacher	4 75	3 95	2 95	2 25
Jacquard-Tischtücher mit Durchbruch u. Hohlsaum	3 95	2 95	2 65	
Jacquard-Servietten ca. 60/60 . . . . ½ Dtzd.	2 75	1 75		
Einzelne Tischtücher für 4—6 Personen	1 95	1 45	95	

Kaffee- u. Tee-Gedecke im Preise bedeutend ermäßigt.

Damen-Wäsche

Damenhemden	Achselschluß, Stickereipasse.	1.95	1 65
Fassonhemden	Stickerei, Banddurchzug . .	2.45	1 65
Damen-Beinkleid	Kniefform, Stickerei, Bortenbesatz	1.95	1 65
Damen-Nachtjacken	Wäschestoff m. Stickerei	2.35	1 65
Damen-Nachthemden	Hals frei, Stickerei, Banddurchzug . .	4.75	2 65
Damen-Unterröcke	Stickerei-An- u. Einsatz	6.95	4 75
Garnituren	Hemd u. Beinkleid, Stickerei, reich garniert	5.75	3 75
Batist-Hemden	Valenciennespitze, reich garniert . . .		2 95
Beinkleid	dazu passend		2 95
Untertaillen	m. Stickerei-An- u. Einsätzen 1.95, 1.45	95	Pf.

Bettwäsche

Deckbett mit 2 Kissen	aus gutem Hauztuch	3 95	2 95
Deckbett mit 2 Kissen	Linon, ganze Breite	5 95	4 75
Deckbett mit 2 Kissen	Elsasser Dimiti oder Damast	7 50	5 95
Bettlaken Dowlas . . .	Größe 150/225 1 85	Größe 150/200	1 35
Bettlaken Ia. Halbleinen . .	Größe 150/225 2 95	Größe 150/200	1 85
Bett-Inlett genäht	Deckbett 4 95 2 95	Unterbett 4 95 3 90	Kiss 1 65 95 Pf.

Handtücher

Stuben- u. Küchen-Handtücher	½ Dtzd.	1.95	1 40
Drell-Handtücher	derbe Qual. 48/110 ½ Dtzd.	2.95	2 45
Damast-Handtücher	48/110 gas. und geb. ½ Dtzd.	2.95	2 45
Damast-Handtücher	rein Leinen 50/115 ½ Dtzd.	4.25	3 45
Gerstenkorn-Handtücher	Leinen 50/110 ½ Dtzd.		3 95
Wischtücher	rein Leinen gas. u. geb ½ Dtzd.	1.75	1 25

Wilhelm Joseph

SCHÖNEBERG, Hauptstrasse 163.
BERLIN W, Großgörschenstrasse 1.

Druckknöpfe Marke Sieger garantiert rostfrei mit wertvollen Sparmarken Dtz. **15** Pf.

Kurzwaren und Futterstoffe

ganz besonders preiswert

Druckknöpfe Marke Kleeblatt mit vorzügl., garantiert rostfreier Federung . I . Dutzend **4** Pf.

Nadelwaren

Nähnadeln	Brief 1 Pf., Goldöhr Brief . .	2 Pf.
Blitznadeln	. . . . . Brief	5 Pf.
Stecknadeln	100 Gramm 25 Pf. Brief	2 Pf.
Haarnadeln	mit lackierten Spitzen . . . . . Brief	2 Pf.
Haarnadeln	Pack 1 Pf., Mehrnadeln	7 Pf.
Lockennadeln	2a 12 Brief 5 Pf. / Violetta 3 Pf. / Herta 6 Pf.	
Sicherheitsnadeln	Sortiert Dtz. 6 Pf. / Reform Dtz. 18 Pf.	
Lockenwickler	„Tonl" . . Dutzend	8 Pf.

Armblätter

Trikot	ohne Naht . . . . Paar	10 Pf.
Batist	waschbar . . . . . Paar	16 Pf.
Satin	m. heil. Gummi Paar	25, 30 Pf.
Reformschnitt	. Paar	30, 40 Pf.
Pa. Satin	mit Gummi Paar	85 Pf. 1.20

Senkel

Schuhsenkel	Eisengarn, Paar	2, 4, 6 Pf.
Makosenkel	prima . . . . 3 Paar	20 Pf.
Schleifensenk.	Mako Paar 25 / Seide Paar	30 Pf.
Bettsenkel	rot und blau . Garnitur	7 Pf.
Korsettsenk.	7, 10 Pf. / Kol. Mako 4 Mtr lg.	15 Pf.

Gummibänder

Strumpf-Gummib.	Mtr.	18, 30 Pf.
Rüschen-Gummiband	Mtr.	22 Pf.
Seiden-Gummib.	Meter	45, 60 Pf.
Strumpfbänder	mit Schleife Paar	30 Pf.
Strumpfbänder	Rüschenband m. Seidenschl. Paar	65 Pf.

Bänder u. Litzen

Gurtband	Satin 3 m 50 Pf. / Prima Köper	85 Pf.
Nahtband	Baumwolle 10 m 25 Pf. / Flor 10 m 25 Pf. / Halbseide 10 m 45 Pf.	
Leinenband	Nr. ¼ ¾ 1 1¼ 1½ Stück 8, 10, 11, 12, 14 Pf.	
Jaconetband	Nr. 3 7, Nr. 4 8, Nr. 5	10 Pf.
Baumwollband	4 m 4 Pf. 8 m	8 Pf.
Wäschebörtchen	ca. 5½ Meter . . . . Stück	25 Pf.
Bettlitzen	Stück 8 Meter	25, 35, 45 Pf.
Gardinenband	„Herta" . Meter	10 Pf.

Ein Posten Damen-Gürtel schwarz Samt und Brokat . . . . . Stück **68** Pf.

Blusenhalter „Adastra" . . Stück **50,75** Pf.

Strumpfhalter Rüsch.-Gummib. Paar **25,35** Pf.

Futterstoffe

In grosser Auswahl — Besonders preiswert

Jaconet	weiss, schwarz, grau . . . Meter	25, 35 Pf.
Jaconet	Seidenglanz, in vielen Farben . . . . . Meter	38 Pf.
Reversible	doppelseitig gemustert . . . . Meter	40 Pf.
Aermelfutter	hell und dunkel gestreift . Meter	75 Pf.
Futter-Orlins	moderne Farben . . . . . Meter	48 Pf.
Faille	deutsch, ca 100 cm breit, in vielen Farben . . Meter	55 Pf.
Faille	prima englisches Fabrikat, ca. 100 cm breit . . . . Meter	68 Pf.
Kleider-Satin	in vielen Farben . . . . . Meter	75 Pf.
Seiden-Satin	„Alexandra" Mtr.	95 Pf.
Jackettfutter	prima Halbseide, uni u. chang., Mtr.	1.35

Div. Kurzwaren

Leinenknöpfe	gr. Dtz. 6, mitt. Dtz. 5, klein Dtzd.	4 Pf.
Haken u. Augen	lackiert und versilbert . . Paket	4 Pf.
Kleiderverschluß	mit Fischbein-Einlage Stück	10 Pf.
Kragenstäbe	Spiral, m Seide überspunnen . . Dutzend	15 Pf.
Kragenstäbe	glashell Herta Dtz. 12, / Freia 8, / Carmen 4 Pf.	

Tüll-Spachtel-Stoffe weiss und schwarz Met **78** Pf. **1 35**

Druckknöpfe Koh-i-noor garantiert rostfrei mit wertvollen Kupons . . Dtz. **9** Pf.

Zwirnspitzen Kupon 10 Mtr **48, 65** Pf.
Klöppelspitze imit., Kupon 10 Meter . . **95** Pf.

Zur Einsegnung Preiswerte Kleider-Stoffe

Schwarze Kleiderstoffe

Serge, Cheviot, Crepe	reine W. Meter	1 15 1 45
Popeline, Satintuch	reine W. Meter	1 65 1 95
Satintuch, Cachemir	reine W. Meter	1 85 2 45
Mohaircrepe	doppeltbreit . . . Meter	1 65 1 95

Weisse Kleiderstoffe

Wollbatist, Voile	reine Wolle Mtr.	1 35 1 75
Cheviot, Popeline	reine Wolle Mtr.	1 50 1 95
Satintuch	110 cm, reine Wolle, Mtr.	1 95 2 45
Eolienne	moderne Farben . Mtr.	1 95 2 95

Farbige Kleiderstoffe

Wollbatist	reine Wolle . . . . . Meter	1 15 1 35
Satintuch, Crepe	reine Wolle Mtr.	1 75 2 25
Wasch-Voile	glatt 115 cm . . Mtr.	1 95 2 45
Eolienne	in vielen Farben Mtr.	1 95 2 95

Billiger Konserven-Verkauf

Gemüse-Konserven

Schnittbohnen Ia	2 Pfund	35 Pf.
Kohlrabi	2 Pfund	33 Pf.
Spinat	2 Pfund	42 Pf.

Kakao garantiert rein . . Pfund **70, 90** Pf.

Apfelsinen	10 Stück	20, 25, 35 Pf.
Murzia-Blutapfelsinen.	10 Stück	45, 55 Pf.
Zitronen	10 Stück	40, 50 Pf.
Blumenkohl	grosser Kopf	15 Pf.

Frucht-Konserven

Pflaumen	süß mit Stein . .	1 Pfund 25 Pf., 2 Pfund 40 Pf.
Birnen		1 Pfund 45 Pf., 2 Pfund 75 Pf.
Kirschen	m. Stein	1 Pfund 55 Pf., 2 Pfund 1.00

Sahnen-Schokolade Pfund **95** Pf.

Im **Erfrischungsraum** vorzügliche Speisen und Getränke

A. Weiss & Co Nachf.

Inh. Fritz Prieur ▫ Berlin-Schöneberg ▫ Hauptstrasse 11

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.